INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

everybody must get stoned

Nr. 437

13. November 1997

Nr. 437 13. November 1997

INTERIM

wöchentliches Berlin-Info 2,- DM

Vorwort

Im Verfassungsschutzausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses versuchten letzte Woche die VertreterInnen von Bündnis'90/Grüne und der PDS genaueren Einblick in den Haushalt dieser Behörde zu bekommen. Doch außer vagen Zahlen (20,8 Millionen Gesamthaushalt, und davon 1,14 Millionen für Spitzel) erfahren selbst sie von Schönbohm & Co nichts. Falls sie wirklich wissen wollen, für was das Geld verwendet wird, würden wir ihnen - ganz realpolitisch - empfehlen, mal in den Altpapiercontainern von Neukölln nachzuschauen. Dort werden sie zwar nicht das Geld finden, aber ab und zu sitzen grau gekleidete Männchen in diesen Containern und warten auf die (vermeintlichen) Andrucke der neusten Ausgabe der Interim. Wegen des Risikos, daß ihnen jene Pakete „unsachgemäß" auf den Kopf fallen, erhalten sie bis zu 360 Mark „Gefahrenzulage". So zum Beispiel geschehen am 28. November 1996 in der Framstraße, Ecke Pannierstraße in Berlin-Neukölln.

Damit wären wir bei einem weiteren Thema. Wie wir gehört haben, gab es inzwischen für die von der Razzia vom 12.6.97 Betroffenen teilweise Akteneinsicht. Daraus soll sich ergeben, daß der Berliner Verfassungsschutz spätestens Ende 1995 (!) mit einer etwa einjährigen (!) großangelegten Operation gegen die vermeintlichen Strukturen der Zeitung begann. Ende 1996 meinten sie, genügend Verdächtigungen zusammengetragen zu haben und verpetzten diese Infos als „Behördenzeugnis" an den Staatsschutz. Dieser ermittelte noch ein wenig nach (d. h. sie verpraßten wiederholt Spesengelder in einer Neuköllner Pizzeria) und veranlaßten die Razzia vom 12.6.97. Genau wie ihr, liebe LeserInnen, würden auch wir dazu gerne etwas mehr und ausführlicher erfahren. Nur damit ihr euch in etwa vorstellen könnt, mit welchen Gegnern wir uns auseinanderzusetzen haben und mit welchen Kalibern auf unsere kleine Zeitung geschossen wird. Vielleicht könnt ihr mit diesen Infos manche Entscheidungen etwas besser nachvollziehen. Grundsätzlich sind wir bemüht, wieder eine wöchentliche Erscheinungsweise garantieren zu können.

Wenn „nesting" (Zitty) gerade hip ist, dann lieferte die letzte Ausgabe einer „noch linkeren Wochenzeitung" gerade dafür ein gelungenes Beispiel. Die Redaktionsräume bestehen, so verlautet es jedenfalls in den „homestories", aus Sofas, Kaffeemaschinen, CD-Playern (Dylan igitt, igitt) und dem einen oder anderen Computer. Kurz: futuristisches Ambiente wie in jedem x-beliebigen Wohnzimmer. Hier werden dann auch die flammenden Feuilletonseiten produziert und zwischen Berichten über die Neuigkeiten aus Redaktion und Konzeption von „Tagesspiegel" und „Brigitte" („Jungle World" Nr. 45, Seite 25) liest mensch auch etwas über die „Interim". Wie ist die bloß ins Wohnzimmer gekommen, und vor allen Dingen, was ist das bloß für ein Blatt (diesbezüglicher Hinweis: ein wirklich guter Text über die Interim findet sich in der Augustausgabe der „Spex"). Na egal - was in der „short-story" unter dem Titel „Sex ist Käse" auf die Festplatte gespeichert wurde, ist in unseren Augen echt Käse. Definitionsmacht darüber, was frau als Gewalt begreift, dürfte „einer noch linkeren Wochenzeitung" doch so unverständlich nicht sein. und wenn doch: sofort Interim abonnieren.

Was nun nicht heißen soll, die hier abgedruckten Vorworte und Inhalte seien der Weisheit letzter Schluß. Wir, die Redaktion der Nummer 437, begrüssen zumindest auf das Schärfste die von

Impressum:

Herausgeberin:

Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: siehe oben

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:

Eigendruck im Selbstverlag

Vertrieb und Sonstiges:

Einzelabos und Einzelbestellungen, auch von alten Heften, gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit - wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken. Geht bitte in den nächsten Infoladen, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Photokopieren geben.

Ausnahmen davon gibt es folgende: **Knastabos** gibt es umsonst und auch **Infoläden und Infocafes** außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.

Buchläden und andere WiederverkäuferInnen können jederzeit ab drei Exemplaren bei uns bestellen. Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und den benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens drei Hefte jede Woche. Falls ihr ganz abseits im Wald oder sonstwo wohnt, und uns in einem Brief die Unmöglichkeit, zwei weitere WGs zu finden, erklärt, machen wir gerne eine Ausnahme.

Redaktionsschluß ist immer **montags**. Am besten werft ihr eure Artikel selbst in unser Postfach im Mehringhof (in einem geschlossenen Umschlag mit deutlich „für Interim" drauf durch den Schlitz im Postraum). Sollte dies euch nicht möglich sein, schickt es per Post - aber dieser Weg ist nicht 100% sicher.

Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollten **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine oder ähnlichem schreibt, ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Photo oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?

Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in der Regel ohne Kommentar in die **Ordner**. Diese befinden sich im Papiertiger (Cuvrystr. 25), im Kopierladen M.99 (Manteuffelstr. 96), im Nachladen (Waldemarstr. 36) und im Infoladen Daneben (Liebigstr. 34) und sind dort allgemein zugänglich.

Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in die Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.

Anzeigen: wir drucken keine bezahlten Anzeigen ab; aber Verlage oder Gruppen, die eine Broschüre vertreiben, können uns einfach eine Anzeigenvorlage und vielleicht als Dankeschön ein Belegexemplar schicken und wir drucken dann im Normalfall die Anzeige ab. Die Größe bestimmen wir und alles ohne Gewähr

einem Leser herausgegebene Sondernummer 436 vom 6.11.97. Somit hat sie die sich für Ende November geplante Sondernummer erübrigt, die Debatte wird nun in den laufenden Heften weitergeführt. In dieser Ausgabe findet ihr unter anderem zwei Texte, die die „Legende von Paul und Paula" heftig kritisieren. Die Redaktion der 434 äußert sich unten nochmal extra zum Thema. Doch auch für uns gibt es Texte, die wir nicht veröffentlichen wollen. Den Text von „Mili-Tante Spinne" haben wir trotz Aufforderung zur Veröffentlichung in den Ordner gepackt. Er befindet sich sogar im Internet. Wer meint, der bürgerlichen Zensur via Internet ein Schnippchen zu schlagen, sollte zumindest die Frage beantworten, wer überhaupt Zugang zum Internet hat.
Gerne hätten wir auch etwas zu Transrapid, den neusten BVG-Preiserhöhungen; Rentenreform, Bezirksreform, den existenzbedrohenden Einsparungen bei Kitas und Schülerläden, usw. im Heft gehabt.
In den letzten Wochen wurden wiederholt Artikel verschoben. Wir haben diese Woche den dicken Umschlag mit den verschobenen Texten in den Pool gepackt und einige Texte endlich reingenommen (dies ging oft nur durch verkleinern bis hart an die Grenze des Erträglichen), andere weiterverschoben. Auf jeden Fall findet ihr nebenan eine Liste mit allen verschobenen Texten.
Auch möchten wir uns für unsere KollegInnen entschuldigen. Die Kritik, daß in den letzten Wochen wiederholt Termine verschlampt wurden, ist sicher berechtigt. Wir geloben Besserung. Aber auch ihr müßt darauf achten, daß wir zur Zeit nur 14-tägig erscheinen und die Termine auch rechtzeitig abgeben. Deshalb hier unsere Erscheinungstermine bis zum Jahresende: 27.11., 11.12. und schon sieben Tage später wieder am 18.12.. Dann ist Weihnachtspause, wahrscheinlich bis zum 8.1.98.

Inhalt:

Ordner:

Umbenennung Dimitroff
Nix mehr - Kampagne
Der fliegende Wechsel
Polemik von allen anderen Frauen
Interview mit EA und Roter Hilfe (aus dem „Warschauer")
Stopp den Euro-Fighter
Militante Spinne - MoLa
Bullenspitzel??? - eine Geschichte aus HH

Verschoben:

20 Jahre Deutscher Herbst
Text der Tieraktion Nord
Veranstaltungsreihe zum Deutschen Herbst
Inhaftierte AnarchistInnen in Italien
Neubau der BAW
Interim und Internet
Gefahr aus dem Osten
Auf der Flucht

Stellungnahme der 434

Zu unserem Vorgehen in der Nummer 434 hagelte es eine Menge Kritik.

Einige Anmerkungen dazu:

Wir müssen zwischen Boykottdrohungen und Zensurvorwürfen, Ringen um politische Positionen innerhalb unseres Projektes und dem was wir selbst für politisch richtig halten, oft sehr schnell praktische Entscheidungen fällen. Dabei kommt nicht immer das Beste rumm. Nur hat das herzlich wenig mit mangelndem Mut zu tun.

Wir sagten im Vorwort zur 434, wir wollen und werden den Text der "Unglücklichen" veröffentlichen. Die in dem Text begonnene Auseinandersetzung um Identitätspolitik, Zensur und Szenepolitiken ist uns wichtig. Deshalb hofften wir durch das Verschieben, daß sich die Diskussionen nicht von Beginn an nur darum drehen, ob dieser Text noch vertretbar ist oder schon auf der anderen (reaktionären) Seite steht. Denn kurz vor der Veröffentlichung kündigten sich auch intern die befürchteten Grabenkämpfe an. Diejenigen, die sich vehement gegen die Veröffentlichung des Textes aussprachen, wollten wir durch das Verschieben dazu zwingen ihre ablehnende Haltung gegenüber den inhaltlichen Fragen des Textes zu begründen. Zugleich nahmen wir somit auf ihre Vorbehalte Rücksicht, da wir weniger Gräben ausheben, als inhaltliche und kontroverse Diskussionen entfachen wollten.

Denn lieber "Ein Leser" (Nr. 436), wir sehen das Dilemma, nicht "einfach in gut und böse aufteilen" zu können, und wollten diese Einteilung nicht ein wiederholtes Mal vor Augen geführt bekommen. Das Dilemma zu umgehen war unser Ziel, weder mit Mut (watten datten?) noch mit einem zu erwartenden Ablaßbrief hatte das etwas zu tun.

Indem wir die Zwickmühle, in der wir uns befanden öffentlich etwas undurchsichtig breit traten, wir genau das nicht erreichten, war uns schnell klar (nicht schnell genug, aber schnell). Wir hätten besser geschwiegen, die Herausgabe um 2 Wochen verschoben, um über die sich auftuenden Gräben zu diskutieren. Nur diese Einsicht hat nichts mit den Vorwürfen von mangelnder "Zivilcourage" (hää? Kerzen, oder was? Ich greife ein!?) oder Zensur zu tun. (Lieber Fliegenpilz, was ist daran Zensur einen Text mit zugegeben mäßiger Begründung um 4 Wochen zu verschieben, jedoch mit der Zusicherung ihn zu bringen?)

Nun hat sich ja ein ganz besonders mutiger und aufrechter Leser gefunden, uns die Arbeit abzunehmen.

Vielleicht wird es nun spannender über die Fragestellungen des Textes zu diskutieren, anstatt sich um unseren Mut zu kümmern.

Da unser Beitrag zur Diskussion keine weitere Stellungsnahme "der Interim" zu diesem Thema werden soll, werden wir ihn irgendwann mal unter Pseudonym veröffentlichen.

Es reicht - Verarschen können wir uns selber!

Anmerkungen zum Umgang der BI-Ahaus mit anderen Widerstandsgruppen auf dem Delegierten-Treffen in Ahaus.

Wir sehen das gemeinsame politisches Vorgehen auf dem Deli-Treffen in Ahaus grundlegend gefährdet durch den unsolidarischen Umgang von Leuten der BI Ahaus und einiger anderer. In den Auseinandersetzungen um „X-tausendmal quer", bzw. darum, ob es eine Kampagne unter diesem Motto geben soll, haben Delegierte der BI durch ständiges Ingnorieren des auf den Deli-Treffen erzielten Konsens bewußt Spaltungen in Kauf genommen. Das bedeutet, daß sich die Urheber(innen?) über die Konsequenzen ihrer „Politik" des Faktenschaffens im klaren gewesen sein müssen. Der in der Septemberausgabe der AntiAtomAktuell erschienene Artikel von Andreas über eine Überwindung von Spaltungen auf dem Treffen ist zwar gut gemeint, die genannten „Kompromisse" auf dem Treffen am 17.08. erweisen sich bei genauer Betrachtung jedoch als Mogelpackung. Der „konstruktive politische Prozess", für den Andreas bezüglich des Ahaus-Widerstandes plädiert, ist mit Leuten, die diesen systematisch unterlaufen, nicht möglich und hat auf dem Deli-Treffen definitiv seine Grenzen erreicht. Warum das so ist, soll im folgenden verdeutlicht werden. Die Ausgangslage: nach den Auseinandersetzungen um „X-tausendmal quer" im Wendland, nach den unsäglichen Ausgrenzungen von Militanten durch dogmatisch „Gewaltfreie" auf der Sitzblockade am Verladekran, gab es in Ahaus auf dem Deli-Treffen eine Debatte über „X-tausendmal quer". Hier wurde die richtige Konsequenz gezogen. Um der im Wendland faktisch vollzogenen Spaltung des Anti-Atom-Widerstandes entgegenzuwirken und einer solchen für die Ahaus-Kampagne vorzubeugen, war gemeinsamer Konsens, daß es keinen Aufruf für eine groß angelegte Sitzblockade unter dem Motto „X-tausendmal quer" geben sollte. Statt dessen wurde das bereits für Ahaus bestehende Motto „Wir stellen uns gemeinsam quer" von allen beteiligten Gruppen befürwortet. Daß es für die zu mobilisierenden, in Ahaus ansässigen Menschen ein Konzept geben muß, das diese nicht überfordert und womöglich in der Form einer großen Sitzblockade ohne aktive Gegenwehr gegenüber der Staatsgewalt ablaufen soll, ist klar. Das sollte aber eben NICHT unter dem Label „X-tausendmal quer" laufen. Dem stimmte auch die BI zu.

Was ist geschehen? Auf dem Deli-Treffen im August wurde nun den erstaunten Mit-Delegierten ein 6-seitiger, zweifarbig gedruckter „X-tausendmal quer"-Aufruf für Ahaus präsentiert. In Aufbau und Wortlaut (!) ist es mit dem Gorlebener Aufruf für X3 nahezu identisch, einzelne Sätze sind leicht umformuliert und an Ahauser Verhältnisse angepaßt. Inhaltlich wird „gewaltfreier" passiver Widerstand (Sitzblockade) als einzig legitime Form des Widerstands propagiert: „Mit Gewalt können sie (die Polizei, die Verf.) umgehen, an der Gewaltfreiheit scheitern sie aber auf Dauer, da der Gegenseite das Feindbild fehlen wird." Der von Medien und Staat forcierten Spaltung in „gewaltfrei" - gut und „militant"- böse wird exakt entsprochen, indem das Feindbild des Staates unhinterfragt übernommen und sich mit einem dogmatischen Begriff von Gewaltfreiheit von WiderständlerInnen mit anderen Aktionsformen distanziert wird. Hiermit werden diese der staatlichen und gesellschaftlichen Repression freigegeben. Daß erst das massive Ausgrenzen von z.B. schwarzgekleideten Menschen am Verladekran dazu geführt hat, daß „Militante" zu StatistInnen unter der „Obhut" der Polizei gerieten (wie bei Quickborn), wird ebenso unterschlagen wie der Umstand, daß z.B. das „nicht-gewaltfreie" Verteidigen von Barrikaden bei X2 sehr effektiv gewesen ist. Zum vermeintlichen „Scheitern" der Polizei bei „gewaltfreier Sitzblockade": Bei der Räumung von „X-tausendmal quer" am Verladekran hat es hunderte von durch die Polizei verletzte BlockiererInnen gegeben. Und danach war die Strecke frei...Diese Auseinandersetzung um „X-tausendmal quer" und die Folgen war eigentlich hinlänglich geführt worden!Auf dem Treffen wurde außerdem eröffnet, daß der Aufruf bereits 10.000 (!) mal gedruckt ist und am nächsten Tag verschickt würde. Das wurde von dem BI-Delegierten mit der Macht des Faktischen einfach so gesetzt und als unabänderlich dargestellt (u.a. mit dem wenig originellen Kostenargument). So sah sich die Mehrheit der Delegierten trotz ihrer heftigen Kritik zu einem „Kompromiß" genötigt, der auf „Schadensbegrenzung" aus war und bereits nicht mehr von allen getragen wurde. Das „Entgegenkommen" der BI bestand darin, ALLEN Aufrufen einen „Beipackzettel" beizufügen, auf dem explizit für die Vielfalt der Widerstandsformen anerkannt werden sollte. Der Text wurde dann allerdings ohne vorherige Ankündigung von Leuten, die gerade RaucherInnenpause machten, formuliert und dem Plenum am Schluß vorgelegt. Eine transparente, offene Debatte über den Inhalt des Zettels war so nicht mehr möglich.

Zum Beipackzettel selber: Der Beipackzettel entspricht nicht den getroffenen „Vereinbarungen" vom Delegiertetreffen! Stattdessen befindet sich vor dem eigentlichen, auf dem Treffen formulierten Text (wie er auch in dem AAA-Artikel zitiert wird), ein Abschnitt, in dem sich von dem folgenden Originaltext geradezu distanziert wird. Die VerfasserInnen seien „von einigen Leuten um eine Erklärung gebeten (worden) (...)". Und weiter: "Wir setzen uns dafür ein, daß es auch in Ahaus keine Aktionen von AtomkraftgegnerInnen geben wird, die Menschen gefährden, und wir sind zuversichtlich, daß es dazu einen breiten Konsens geben wird.(...)" Anstelle wie vereinbart, den vereinbarten Text ganz einfach dem Aufruf beizufügen, imaginiert die BI noch zuvor Spaltungslinien ("Gefährdung von Menschen") innerhalb des Anit-Atom-Widerstands. Weiter heißt es in dem ersten Abschnitt, daß die "nachstehende Erklärung aus der Kritik an der "X-tausendmal quer"-Aktion in Gorleben (folgt)". Es wird deutlich, daß die BI nicht aus eigener Überzeugung auf einen solidarischen Umgang aller Widerstandsformen pocht, sondern sich einem Druck von außen beugt. Mit diesen Formulierungen, die nicht vereinbart waren, wird das Gegenteil von dem bewirkt, was zumindest von uns beabsichtigt war. Wir fühlen uns hochgradig verarscht und betrachten Eure (BI) Äußerungen als Provokation.


Das Allerletzte....entgegen der eindeutigen Selbstverpflichtung, den vermeintlich schadenbegrenzenden Beipackzettel auch allen Aufrufen beizupacken, ist dies nicht geschehen! So bekamen wir auf einer Veranstaltung der UWG-Jugend 1 ½ Wochen und auf der Neckarwestheimsternfahrt zwei ganze Wochen nach dem Treffen „X-tausendmal quer"-Aufrufe ohne Beipackzettel in die Hand. Die Erklärung, daß es organisatorische Probleme gegeben habe, ist lachhaft; die BI schafft es immerhin, am Deli-Treffen vorbei in einer Blitzaktion einen 10.000fachen Aufruf zu verfassen, zu drucken und aufwendig zu verschicken. Ein Mitglied der BI erklärte es uns so: das Delegiertentreffen ist sowieso Quatsch, in seinen (des BI-lers) 20 Jahren Widerstand hat er die Erfahrung gemacht, daß man es nie allen recht machen kann und daß es immer Leute gibt, die was zu kritisieren haben. Auf unsere Frage, ob es nicht möglich sei, von „erfahrenen" BI-lern ein Mindestmaß an Verbindlichkeit hinsichtlich getroffener Vereinbarungen einfordern zu können, wurde mit der Gegenfrage reagiert, ob wir ihn nun daran hindern wollten, die Aufrufe weiter zu verteilen. Eigentlich hatten wir das machen sollen. Das wäre konstruktiver, als sich ständig verarschen zu lassen!

Ein paar Worte an die P.R.O.V.I.N.Z.K.L.U.G.S.C.H.E.I.S.S.E.R.I.N.N.E.N.: In Eurem Papier „Nix geht mehr, wenn wir wollen!" liefert ihr einerseits ein strategisches Widerstandskonzept für X4 (dezentrale Aktionen gegen die Schienen), dem wir weitgehend zustimmen. Andererseits bringt ihr im ersten Teil eine "Kritik" an dem Umgang von Teilen des autonomen Anti-Castorwiderstandes mit der Ahaus-Kampagne. Hier aber betreibt ihr nicht nur „Klugscheisserei", wenn ihr suggeriert, daß bestimmte Gruppen aus dem linksradikalen Spektrum anderen, "gewaltfreien" Gruppen die Berechtigung zu bestimmten Widerstandsformen absprechen wurden. Dann habt ihr vielleicht den Sinn der „X-tausend mal quer"-Kritik nicht verstanden. Aktuell läuft es, wie oben dargestellt, genau anders herum.

Es ist eine logische Konsequenz, wenn Leute darauf verzichten, mit Gruppen zusammen zuarbeiten, von denen mensch ausgegrenzt und verarscht wird. Die Formulierung: „Eins in die Fresse mein Herzblatt" gerichtet an Gruppen, die die berechtigte Befürchtung einer „X-tausend mal quer"-Dominanz in Ahaus hegen, ist völlig daneben. Auch wenn ihr das nicht wörtlich meint, solltet ihr Euch mal ein paar Gedanken zu patriarchal-gewalttätiger Ausdrucksweise und Sprache machen. Gewaltandrohungen aller Art bekommen wir nämlich schon vom Staat, von Nazis, im Wendland von hochmotivierten „Gewaltfreien" am Verladekran und anderen Arschlöchern.

Anti-Atom Gruppe Bergisches Land

Kontakt: Anti-Atom-Gruppe Bergisches Land, c/o Infoladen, Brunnenstraße 41, 42105 Wuppertal



Linksextremistische Bestrebungen gegen den Castor-Transport

Linksextremistische Atomkraftgeg-
ner streben verstärkt eine räumliche
Ausweitung und Intensivierung ihrer
militanten Aktionen an. Ihr taktisches
Ziel ist es, den finanziellen Aufwand
für Schutz- und Sicherungsmaßnahmen
bei der Durchführung von Castor-
Transporten in eine wirtschaftlich nicht
mehr vertretbare Höhe zu treiben, die
letztlich politisch nicht zu rechtfertigen
wäre. Die verantwortlichen Entschei-
dungsträger aus Politik und Wirtschaft
sollen genötigt werden, aus der Atom-
technologie auszusteigen.

"Wir lassen nicht locker"

In der Nacht zum 29.10.97 haben wir, autonome Anti-AKW-GegnerInnen, die
Oberleitung der Bahnstrecken Berlin-Hannover und Berlin- Magdeburg mit
Hakenkrallen sabotiert. Dabei ist keinem Menschen ein Haar gekrümmt
worden.

Die Atommafia bereitet in diesen Wochen neue massive Castortransporte von
deutschen Atomkraftwerken nach Ahaus in Nordrhein-Westfalen sowie nach
England und Frankreich vor.
Die AtomkraftgegnerInnen im In- und Ausland haben angekündigt, diese
Atommülltransporte entlang der vorgesehenen Bahnstrecken zu blockieren.
In Ahaus finden deshalb alle 3 Wochen Widerstandsaktionen statt. Wie auf
der Göttinger Anti-AKW-Konferenz am letzten Wochenende beschlossen, sind
dazu "alle Aktionen legitim, die keine Menschen gefährden."
In diesem Sinne haben wir die Deutsche Bahn an die ultimative Aufforderung
der Anti-Atomkraft-Bewegung erinnert, die Castor-Atommülltransporte
einzustellen. Im Frühjahr 1997 kam es infolge mehrerer Bahnanschläge zu
massiven Verspätungen in der gesamten BRD, und die Deutsche Bahn
beklagte einen Millionenschaden durch die Widerstandsaktionen der
AtomkraftgegnerInnen. Wenn wir den Preis für die Castortransporte weiter in
die Höhe treiben, begreift vielleicht auch der letzte Vorstandsdödel der Bahn,
daß Castortransporte kein lohnendes Geschäft sind.

Für die sofortige Einstellung aller Castortransporte und die Stillegung aller Atomkraftwerke - weltweit!

Autonome Gruppen

Wenn auch das Zwischenlager in
Gorleben mittlerweile einen besonde-
ren „Stellenwert" im „Anti-AKW-
Kampf" einnimmt, bedeutet dies nicht,
daß sich Aktionen vornehmlich oder
gar ausschließlich gegen dieses Lager
richten bzw. in dieser Region verübt
werden. Vielmehr gehen militante
Atomkraftgegner bundesweit gegen
eine Vielzahl unterschiedlicher Ziel-
objekte vor; dazu zählen insbesondere
- die Standorte von Atomkraftwerken,
- die Standorte von Zwischen- oder Endlagern für nukleare Brennelemente,
- die Verkehrswege zwischen Atomkraftwerken und Zwischen- oder Endlagern.

In Betracht kommen auch militante
Aktionen gegen Firmen bzw. Institu-
tionen, die Atomkraftwerke herstellen
(z.B. Fa. Siemens), betreiben oder im
Bereich Atomforschung/-technologie
wirtschaftlich aktiv sind. – Was heißt das nun alles
für linksradikalen, antikapitalistischen
Widerstand?" („INTERIM", Nr. 386 vom
23. August) die Atomenergie als „Teil
des patriarchalisch-kapitalistischen
Systems", das nur durch den „Prozeß
der Sozialen Revolution" zu beseitigen
sei. Der „Anti-AKW-Kampf" müsse in
den Zusammenhang eines „generellen
revolutionären Kampfes gesetzt wer-
den". Die gesamte „Struktur des Atom-
programms" müsse zum „Angriffs-
punkt" gemacht werden.

TOD DER ATOMMAFIA
Wir haben heute in der
Gemarkung Stockstadt
die DB Trasse heimgesucht
Im Vorfeld eines neuen ~~gepl~~
geplanten CASTOR TRANSPORTS
WERDEN DADURCH DIE SCHADEN
WIEDER IN MILLIONENHÖHE
GEHEN!! HOFFENTLICH
DB UND ATOMMAFIA ANGREIFEN!!
AUF NACH AHAUS
NIX MEHR CASTOR

aus dem niedersächsischen Verfassungsschutzbericht 1997



Rund 60 AtomkraftgegnerInnen haben gestern in den frühen Morgenstunden die Schienen vor dem Atomkraftwerk Krümmel blockiert, um gegen den Transport von zwei Castor-Behältern zu protestieren. Nach 40 Minuten wurden sie festgenommen. Nach Angaben der Polizei sollten sie in Gewahrsam bleiben, bis der Transport Schleswig-Holstein verlassen habe. Tatsächlich begann der Transport zur britischen Wiederaufbereitungsanlage Sellafield am Nachmittag. Weitere Blockaden wurden von den AKW-Gegnern entlang der Schienenstrecke auch für Hamburg, Bremen, Münster und Köln vorbereitet.

Der Castor kommt nur langsam vom Fleck

Schwache Lok unterstützt DemonstrantInnen

Berlin (taz) – Der Transport von abgebrannten Brennelementen aus dem AKW Krümmel in Richtung Sellafield gestaltet sich schwierig. Mehrfach mußte die Route von Hamburg ins Ruhrgebiet geändert werden, um DemonstrantInnen abzuschütteln. Polizei und Bundesgrenzschutz begleiteten den Müll auf der gesamten Strecke; normalerweise fahren die Castor-Behälter in Güterzügen mit.

In Bengel bei Trier saßen morgens um fünf Uhr 21 AKW-GegnerInnen auf den Gleisen und zwangen den Zug zu einer dreistündigen Pause. Die Polizei nahm die meisten von ihnen in Gewahrsam; einige konnten unerkannt in den Wald entschwinden. Doch der Transport konnte zunächst nicht fortgesetzt werden: Die Lokomotive schaffte es aus eigener Kraft nicht mehr anzufahren, weil der Halt in einer Steigung lag. Eine zweite Lok mußte zur Hilfe kommen.

Zur Anti-Siemens-Demo vom 11.10.97

Berlin

Auch wir wollen uns nicht hinstellen und behaupten, die Demo sei ein Erfolg gewesen, aber sie war besser als nichts.
Es ist immer noch besser, wenn eine Demo von der Öffentlichkeit ignoriert wird als wenn es gar nichts zu ignorieren gibt.
Das Fehlen eines kurzen vermittelnden Bürgerbeitrages sehen auch wir als Fehler in unserer Vorbereitung. Die nicht so fetzige Musik und die mangelnde Plakatierung in Berlin müssen wir uns ebenfalls anlasten.

ABER eine Vorbereitungsgruppe kann nur bei guter Beteiligung gut sein, das Gleiche gilt für die Demo selbst. Liebes AOK, so berechtigt wir eure Kritik in oben genannten Punkten auch finden, diese Demo war auch eure Demo. Ihr wart offizieller Teil des Vorbereitungskreises und seid mehrfach ermuntert worden, Aufgaben zu übernehmen. Wir können nicht verstehen, warum ihr eure Kritik so formuliert, als hättet ihr als Außenstehende die Demo beobachtet.

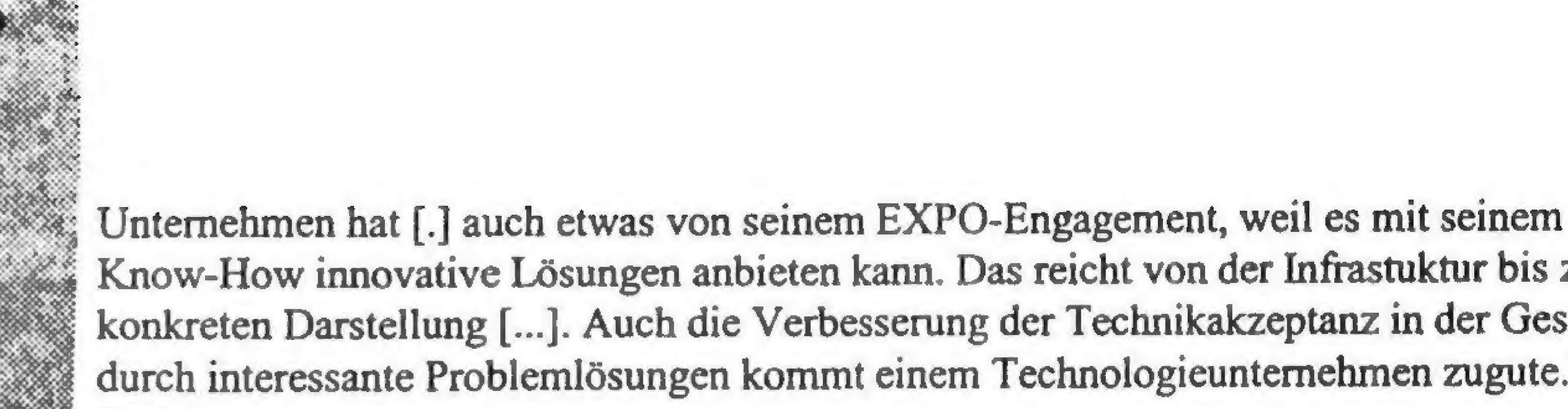
Zum Punkt Demo als Allheilmittel:
Die Brechreizreaktion ist zwar verständlich, trifft aber nicht den Punkt. Das Problem finden wir vielmehr, daß die Allermeisten nicht nur zu Demos einfach hingehn und denken, damit sei genug getan. Dadurch, daß wir keine Demos mehr organisieren, passiert nicht unbedingt mehr sondern eher nichts. Zumindest solange auch "unter uns" Konsumhaltung herrscht. Hätten wir die Demo an der Wilmersdorfer Straße aufgelöst, wären die DemonstrantInnen in die U-Bahn gestiegen und nach Hause gefahren. Allein bei dem Versuch, durch Stehenbleiben das Bullenspalier einmal nicht, wie in Berlin sonst mittlerweile üblich, tatenlos hinzunehmen, hatten das schon so viele getan, daß nicht die Bullen sondern wir unter Druck gerieten. Demos verstehen wir als eine Möglichkeit, Widerstand gebündelt auf die Straße zu tragen - der Widerstand selbst muß aber von den DemonstrantInnen kommen sonst nutzt auch die beste Demo-Crew nichts, es sei denn sie versteht sich als Alleinunterhalter.

In diesem Sinne sehen wir eine Demovorbereitung auch nicht als zuständige Beschwerdestelle dafür, daß es zu wenige begleitende Aktionen anderer Art gegeben hat. Eine Demo hält niemanden davon ab, sich was einfallen zu lassen sondern kann als zeitlich gesetzter Punkt diese Aktionen z.B. öffentlichkeitstechnisch unterstützen. Oft genug ist sie sogar erst Auslöser vielfältigster Aktionen, was immer davon zu halten ist.

Kurzum denken wir, daß es nichts bringt, einfach auf eine andere Form umzuschalten. Auch innerhalb von Demos können wir versuchen, die Konsumhaltung aufzubrechen, etwa durch ein weniger durchgestyltes Musikprogramm, damit die Menschen auf der Demo das Defizit an Parolen wahrnehmen und die dann herrschende Stille zu füllen suchen. Solange wir weiter an VorturnerInnen festhalten, wird es auch bei Auflösung von Demos kein unberechenbares Chaos in den Konsumtempeln geben. Phantasie kann nicht vom Himmel gefallen werden, selbst mit FreundInnen eine Aktion in Angriff zu nehmen erfordert einiges an Mut und den müssen wir fördern statt ihn großkotzig vorauszusetzen.

Aktionsbündnis
Unabhängiger SiemensGegnerInnen

Redebeitrag der Anti-Expo-AG zu Siemens



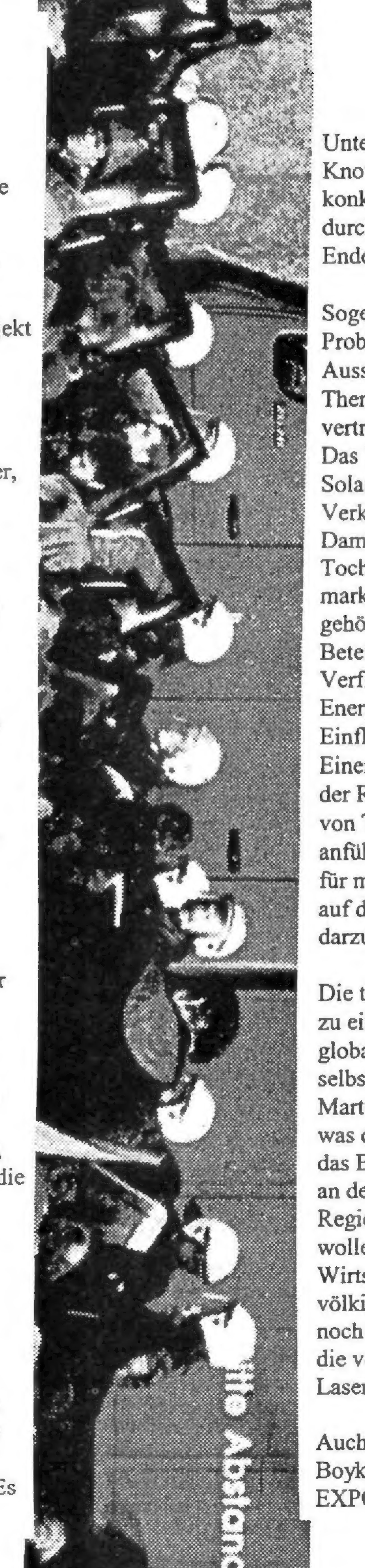
Beteiligung von Siemens bei der Weltausstellung EXPO 2000

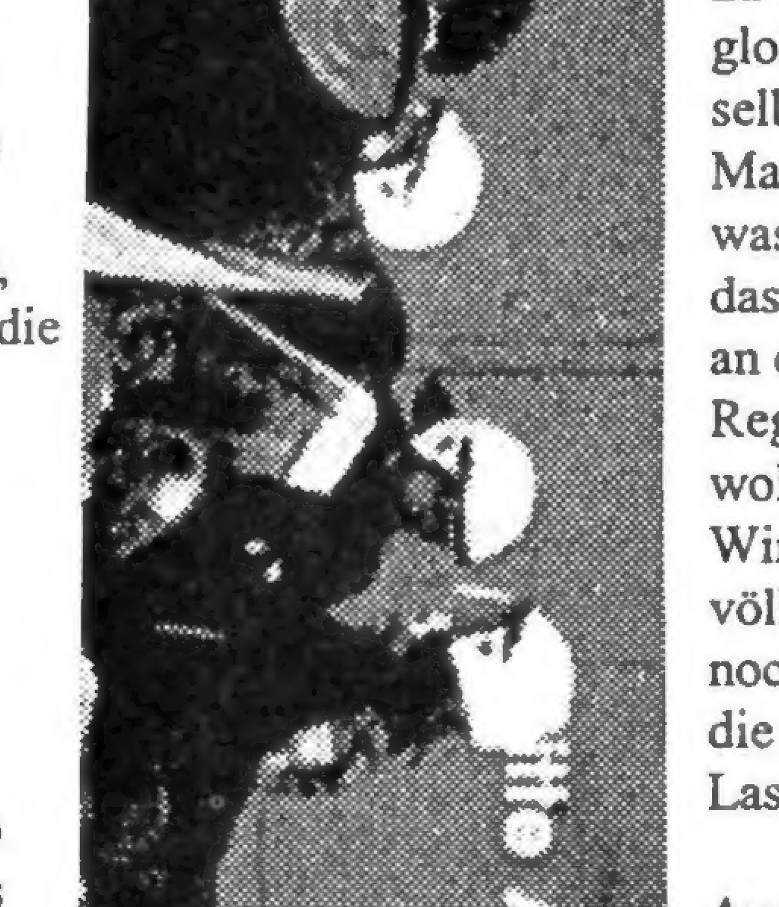
Im Jahr 2000 soll Hannover Schauplatz der Weltausstellung EXPO 2000 sein. Fünf Monate soll das Spektakel dauern, erwartet werden ca. 40 Mio Besuche - das bedeutet im Tagesdurchschnitt etwa 300.000 Menschen. Unter dem Motto "Mensch-Natur-Technik" sollen sich rund 200 Nationen, öffentliche und private Institutionen und Großkonzerne auf dem 160 ha großen Ausstellungsgelände präsentieren.
Nach dem Willen der Herrschenden soll die EXPO 2000 das größte nationale Prestige-Projekt seit den Olympischen Spielen '72 in München werden. Es hat vor allem die Funktion, Ideologie zu transportieren. Als z.B. Schäuble in Sachen EXPO verkündete: (Zitat) "Orientierung zu vermitteln ist schon immer die klassische Aufgabe von Eliten gewesen", brachte er diesen Sachverhalt auf den Punkt. Die herrschenden Eliten sehen angesichts wachsender ökologischer und sozialer Probleme ihre Akzeptanz schwinden. Was läge näher, als die viel beschworene Schwelle zum 3. Jahrtausend zum Anlaß zu nehmen, sich der Weltöffentlichkeit als geläutert zu präsentieren? Die Lösungen für die - wohlgemerkt selbstdefinierten - Probleme haben sie schon lange parat: Gentechnologie, Atomkraft, Geburtenkontrolle im Trikont und zum Behufe der größtmöglichen Partizipation der Einzelnen am Weltgeschehen den Daten-Highway. Dies alles soll auf der EXPO abgefeiert werden.

Selten konnten sich die Herrschenden mit ihren Plänen derart öffentlichkeitswirksam und gutmenschenartig verkaufen, wie sie es auf der EXPO vorhaben. In einer EXPO-Broschüre der Niedersächsischen Landesregierung hieß es: (Zitat) "Wir haben die Technik, um die globalen Probleme zu lösen. Wir haben das Wissen, um den Menschen mit der Natur zu versöhnen" (Zitat Ende), und vor kurzem ergänzte Zukunftsminister Rüttgers, daß sich Deutschland "mit normalem nationalen Selbstbewußtsein" präsentieren solle. Einmal mehr soll am deutschen Wesen die Welt genesen. Der Wirtschaftsstandort Deutschland will das mystifizierte Datum des Jahrtausendwechsels nutzen, um sich als imperiale Großmacht darzustellen.

Ein Konzern tut sich bei der Planung, beim Bau und bei der inhaltlichen Aussgestaltung der Weltausstellung besonders hervor: Siemens. Während sich große Teile der deutschen Wirtschaft bezüglich der EXPO lange Zeit sehr zurückhaltend zeigten, hatte Siemens laut eigener Aussage (Zitat) "durch frühes Engagement bei den EXPO-Beteiligten einen frühen Aufgangseingang zu verzeichnen, der den wirtschaftlichen Interessen der Geschäftbereiche entspricht. Das gilt z.B. für den Ausbau des Flughafens, die Straßenbahnwagen oder die Telematik für das EXPO-Gelände." (Zitat Ende) Siemens, als einziger potentieller Investor, konnte die Bedingungen diktieren. So übernahm der Konzern das Generalmanagement für die Erschließung und Bebauung der zentralen EXPO-Plaza, wobei ihm die ursprünglich städtischen Grundstücke zum halben Preis überlassen wurden. Siemens errichtet den Deutschen Pavillon und erhält für dessen fünfmonatige Vermietung 17 Mio. DM aus öffentlichen Kassen.

Darüber hinaus kaufte sich Siemens als sogenannter World Partner der EXPO ein. Der Konzern erwarb damit das Exklusivrecht, die gesamten Computersysteme und Telekommunikationsnetze der Weltausstellung zu installieren. Siemensprodukte werden so auf der EXPO ständig präsent sein, aber Siemens geht es um mehr: (Zitat) "Am Anfang des dritten Jahrtausends gilt es, ökonomisch sinnvoll und ökologisch vertretbar die Probleme unserer endlichen Welt zu lösen [...] Hier muß und will Siemens eigene Antworten geben. Es geht auch darum, wie Siemens in der Welt gesehen werden will. Imagefrage. [...] Das





Unternehmen hat [.] auch etwas von seinem EXPO-Engagement, weil es mit seinem Know-How innovative Lösungen anbieten kann. Das reicht von der Infrastuktur bis zur konkreten Darstellung [...]. Auch die Verbesserung der Technikakzeptanz in der Gesellschaft durch interessante Problemlösungen kommt einem Technologieunternehmen zugute." (Zitat Ende)

Sogenannte Innovative Lösungen für die von den EXPO-MacherInnen definierten dringlichen Probleme der Menschheit sollen auf der EXPO im Themenpark, der als Herzstück der Ausstellung bezeichnet wird, präsentiert werden. Die inhaltliche Ausgestaltung des Themenparks wird in neun Arbeitsgruppen ausgearbeitet, Siemens ist in vier dieser Gruppen vertreten, und zwar in den Bereichen Energie, Kommunikation, Mobilität und Gesundheit. Das Unternehmen wird damit eine große Bandbreite an Technologien präsentieren, wie z.B. Solarenergie und Atomkraft, Computer- und Kommunikationstechnik, Verkehrs- und Verkehrsleitsysteme.
Damit wird Siemens Firmenstrategie deutlich, nach der der Konzern mit seinen Tochterunternehmen in vielen verschiedenen Bereichen weltweit tätig ist und eine vielseitige marktbeherrschende Rolle einnimmt. Mit einem Jahresumsatz von über 100 Millarden DM gehört Siemens mit zu den größten weltweit operierenden Konzernen. Durch seine Beteiligungen an z.B. der Deutschen Bank und der Allianz Versicherung bzw. Verflechtungen mit anderen Konzernen, wie etliche amerikanische und europäische Energiegiganten, verfügt Siemens über enorme ökonomische und politische Einflußmöglichkeiten.
Einerseits propagiert Siemens menschenverachtende Technologien wie Atomkraft, oder ist in der Rüstungsindustrie aktiv, andererseits ist der Konzern bemüht, Marktanteile im Bereich von Technologien, die als ökologisch gelten, zu erweitern. Hier läßt sich z.B. die Solartechnik anführen, wobei Solarzellen gleichermaßen für Taschenrechner als auch für Zeitschaltuhren für militärische Raketensysteme verwendet werden können. Dem Siemenskonzern gelingt es auf diese Weise, sich als Garant ungebrochener technischer Fortschrittsgläubigkeit darzustellen und sich gleichzeitig eine Maske ökologischer Verantwortlichkeit aufzusetzen.

Die technokratische Bewältigung, der von den herrschenden Eliten definierten Probleme wird zu einem bombigen Geschäft, die Abhängigkeit der Trikontstaaten zementiert und der globalen Technokratie der Weg geebnet. Die kapitalistischen Verhältnisse werden selbstverständlich nicht in Frage gestellt, ganz im Gegenteil wird die neoliberale Martwirtschaft als das Allheilmittel propagiert. Siemens steht damit exemplarisch für das, was die EXPO 2000 transportieren will. Dem Kapitalismus wird ein grüner Anstrich verpaßt, das Etikett "Nachhaltigkeit" aufgeklebt und so auf Unzufriedenheiten eingegangen und Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen zum Zwecke der Herrschaftssicherung vereinahmt. Die Regierung der BRD und die in der BRD ansässigen Unternehmen, allen voran Siemens, wollen sich dabei eine Führungsrolle sichern. Dafür propagieren sie den vielbeschworenen Wirtschaftsstandort Deutschland, durch den ein nationaler Konsens konstruiert wird, der völkische Ideologien über Klasseninteressen stellen soll. Denn weder die Regierung der BRD noch Unternehmen wie Siemens haben ein Interesse an sozialen Bewegungen, die sich gegen die verschärften Ausbeutungsbedingungen wehren. Stattdessen gibt es mit der EXPO Lasershow und Spiele.

Auch Siemens Beteiligung bei der EXPO macht deutlich: 150 Jahre Siemens sind genug. Boykottieren, sabotieren, abschalten und enteignen sowie Siemens und allen anderen EXPO-Machern die kapitalistische Propagandashow EXPO 2000 vermiesen.

Einfach Daneben...

Friedrichshainer Argumentationsunfähigkeit

Eigentlich war dieser Beitrag für die angekündigte Sondernummer gedacht. Weil der Text „Die Legende von Paul und Paula" mit einer augenscheinlich „gefälschten" Interim Ausgabe von einer Dickkopffraktion („Ein Leser") veröffentlicht wurde, will ich hiermit meine Antwort darauf geben. (Ich hoffe, daß er im Interim-Briefkasten nicht verloren gegangen ist)

Worum geht es? Ein Teil eines Infoladenkollektives (vom friedrichshainer Infoladen „Daneben") mit dem Namen „die Unglücklichen" will sich mit autonomer Politikunfähigkeit auseinandersetzen. Beispielhaft an einem Text von FrauenLesben aus dem Hamburger Infoladen Schwarzmarkt wollen sie „ex-autonome" Politikansätze kritisieren. Bei dem FrauenLesbenpapier geht es um die Nicht-Veröffentlichung der Arranca!-Ausgabe Nr.8 über Sexualität. Dazu gab es über ein Jahr in der Interim eine Diskussion. Wer sich nicht wie die friedrichshainer Infoladenmenschen von den laufenden Diskussionen in der autonomen Szene abschottet, konnte diese Diskussion über Sexualität und Herrschaft - eben anhand der o.g. Arranca-Ausgabe - in der Interim mitverfolgen. Dort ging es genau um diese Auseinandersetzung, die sich über das Thema „Zencur" entwickelt hat. (Ihr solltet das auch mal lesen, was Ihr so verkauft!! Oder anders gefragt: Warum geht Ihr darauf inhaltlich kaum ein?)

Die Unglücklichen argumentieren, daß die autonome Linke sich die Gegenstände ihrer Kritik beraubt, indem sie diese „wegzensiert". Die für sexistisch befundene Ausgabe der Arranca Nr. 8 wurde von den Schwarzmarkt-FrauenLesben wegen ihres Inhaltes und ihrer Fotos nicht veröffentlicht, „zensiert". Dadurch könne nicht über das diskutiert werden, was unliebsam erscheint.

Mit einer Akribie, die schon an Peinlichkeit grenzt, nehmen sie Satz für Satz des Hamburger Papiers auseinander um mit viel Rhetorik und Wortklauberei die (vermeintliche) Rückschrittlichkeit des FrauenLesbenkampfes zu dokumentieren, die Arranca-Ausgabe zu rechtfertigen und am Ende ihre Vorstellung von Dekonstruktivismus vorzustellen. Sie scheuen dabei nicht davor zurück, den autonomen FrauenLesben (beispielhaft an den Hamburgerinnen) einen banalen, verkürzten politischen Ansatz unterzuschieben.

Inhaltlich erfährt der/die LeserIn wenig Qualifiziertes zum Thema Sexualität. Dafür enthält der Text lange Durststrecken, viel Ungenauigkeiten und auch Ärgerliches. Fragwürdig finde ich vor allem, daß die Unglücklichen als gemischte Gruppe sich ausgerechnet die autonome FrauenLesbenbewegung vorknöpfen wollen, um an ihr exemplarisch die Bewegung zu kritisieren. Das hätten sie sich sparen können. Ihre Vorstellung von Dekonstruktion hätten sie besser anhand ihrer eigenen Politikunfähigkeit diskutieren und über 3-4 Seiten vorstellen können.

WIR BAUEN UNS EINE SANDBURG

Wer und was soll nun im Text der Unglücklichen kritisiert werden? Wenn es nach den Unglücklichen geht, befinden wir uns heute im Jahre 1997 in der ex-autonomen Szene (weil die „Sprengkraft unserer inhaltlichen Positionen" gegenüber vor 10 Jahren nachgelassen hat, sprechen sie von „ex"-autonomer Szene!). Diese ex-autonome Szene vertritt - so die Unglücklichen - eine bestimmte inhaltliche Position, die von der FrauenLesbenbewegung herrührt. Es handelt sich um den sogenannten identitätsorientierten Ansatz. Da haben wir das Übel. Dieser Ansatz setzt laut den Unglücklichen das Vorhandensein von „männlichen" und „weiblichen", genauer: feststehenden Identitäten voraus. Wie diese nun zustande kommen, ob biologisch oder sozialisationsbedingt, ist zweitrangig. Jedenfalls würden „neue" Identitäten, die sich „die Szene" aufbaut, dazu führen, wieder Verfestigungen hervorrufen. Das hätte zur Folge, daß das Männlein-Weiblein-Schema einfach umgekehrt werden würde. An den Geschlechterverhältnissen würde sich nix ändern, alles dreht sich im Kreis und bleibt patriarchal - ohne es als Autonome mitzubekommen.

Exemplarisch am Papier der Hamburgerinnen verorten sie in der radikalen Linken, „der Szene", insbesondere der linxradikalen FrauenLesben, diesen „identitätsorientierten" Ansatz, den es zu überwinden gelte. Die Schaffung eigener, „neuer" Identitäten würde diese erneut verfestigen und zu weiteren Ausgrenzungen (wie den Bildern und Inhalten der o.g. Arranca-Ausgabe) führen.

Die vielversprechende Hilfe sehen sie in ihrer Auffassung von Dekonstruktivismus. Demnach sollten sich feste Identitäten auflösen. Männlichkeit bzw. Weiblichkeit würden hier von vornherein als gesellschaftliche Konstrukte demaskiert. Derartige Begriffe verlieren nach ihrem Bild vom Dekonstruktivismus an Bedeutung. Bei Männlichkeit beispielsweise ginge es nicht darum, alle gemeinsamen Eigenschaften der Männer im Herrschaftsgeflecht zusammen zu fassen, um eine männliche patriarchalische Gesellschaftsstruktur ausfindig zu machen. Damit würden nur Identitäten entstehen, die sich festfahren. Vielmehr setzt ihr Dekonstruktivismus ganz eng beim Subjekt mit seinen individuellen Gegebenheiten an und versucht anhand derer den Einzelfall zu überprüfen. Eben eine starke Betonung auf dem Besonderen. So in verkürzter Interpretation.

Im Prinzip ist ihre Auffassung von Dekonstruktivismus ja nix neues. Wer ist schon so eingleisig und begreift sich nur in seiner/ihrer zugeschriebenen „Szeneidentität"? Natürlich geht es *irgendwann* (die Betonung liegt auf diesem Wort!) darum, festgefahrene Identitäten aufzulösen. Identitäten sind wichtige Gradmesser, um zu erkennen, welche Funktion in dieser Welt für uns erdacht wurde und wir für andere vorsehen. Über politische Identitäten entstehen Anknüpfungspunkte für gemeinsame Kämpfe, Teilbereichskämpfe eben. In diesem Zusammenhang gilt: „Sobald die allgemein anerkannten Identitäten und Dialogstrukturen, die der Vermittlung bereits etablierter Identitäten dienen, nicht mehr das Thema oder den Gegenstand der Politik bilden, können Identitäten je nach den konkreten Praktiken, die sie entwickeln, wechselweise entstehen und wieder auflösen." (Judith Butler in „Das Unbehagen der Geschlechter") Aber bis dahin ist es ein sehr weiter, beschwerlicher Weg. Mannsein oder Frausein kann können als „Zuschreibungen" bzw. Identitäten erst in Frage gestellt werden, wenn sie als solche in einem geeigneten Rahmen (als Männer in einer Männergruppe) erkannt, reflektiert und verändert werden. Schließlich leben wir diese „Zuschreibungen", produzieren sie, haben sie verinnerlicht und z.T. erst begonnen, sie zu Stück für Stück zu durchschauen... Gerade unter uns Männern sehe ich da kaum eine fortschrittliche Bewegung, kaum einen gemeinsamen Willen, was zu ändern. Da muß erst einmal erkannt werden, was da aufgelöst werden soll (und das nicht nur auf der abgehobenen Theorieebene)!! Der beste Platz hierzu ist in einer Männergruppe mit Selbsterfahrungsansatz.

Die gesellschaftskritische (bitte nicht neo-!!) Psychoanalyse hat sehr akribisch gezeigt, daß die Geschlechteridentitäten in dieser Gesellschaft untrennbar mit Sadismus und Masochismus verwoben sind und daß wir seit frühester Kindheit (jaja auch heute noch!!) an verinnerlichten Herrschaftsstrukturen zu arbeiten haben, die mit der Ausbildung unseres Familienbildes im Kopf zusammenhängen. (Jessica Benjamin, Marcuse, Fromm und auch Freud sind einen Leseausflug wert!)

Aber daß bestimmte Identitäten festfahren, liegt weniger an ihnen selber als an sozialen/persönlichen Rahmenbedingungen. Anders ausgedrückt, haben alle in diesem großen Irrenhaus (namens Gesellschaft) an ihren eigenen Dingern zu arbeiten. Wenn diese Bereitschaft schwindet, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen und auch an sich zu arbeiten, dann hilft das ganze Gefasel von Dekonstruktivismus und Identitätsorientierung nichts.

Ob es einen identitätsorientierten feministischen Ansatz gibt, wie ihn die Unglücklichen beschreiben, wage ich zu bezweifeln. Ich denke, daß dieser Ansatz, wenn es ihn überhaupt in dieser Ausschließlichkeit geben sollte, ein wenig aufgebauscht ist. Das ganze klingt für mich mehr nach einer Verschwörungstheorie. Dazu aber später.

Wenn die Unglücklichen konsequent in ihrem anti-identitären/dekonstruktivistischen Ansatz wären, würden sie den Begriff „die Szene" nicht so undifferenziert benutzen, sondern näher darauf eingehen, wen sie jetzt außer den Hamburger FrauenLesben meinen. „Die Szene" ist sehr vielschichtig, bunt und auch von den inhaltlichen Ansätzen her in sich unterschiedlich. So richtet sich ihre Kritik neben den Hamburgerinnen an eine diffuse, schwammige Szene, die mensch sich argumentativ so zurechtkneten kann, wie es gerade paßt.

NICHTS GERAFFT...

Worum geht es im eigentlichen? Der Beitrag der Hamburgerinnen kann auch ohne viel Wortklauberei und Rhetorik spätestens zwischen den Zeilen ganz gut gelesen und verstanden werden. Ein bißchen Sensibilität und ein wenig Antipat-Auseinandersetzung, was Du so als Mann in dieser Gesellschaft für eine (strukturelle) Funktion einnehmen sollst, können da eine große Hilfestellung geben. Jeder Text beinhaltet mehr Ebenen als nur die Interpretation seiner aneinandergereihten Worte in ihrer Grammatik.

Aus der Sicht der Macht betrachtet wehren sich die Hamburger FrauenLesben gegen die Vereinnahmung des Diskurses über Sex, „freie" Liebe und Körper durch eine gemischte, d.h. männerdominierte Mehrheit. Es ist seit vielen Jahren ein Anliegen der FrauenLesbenbewegung gewesen, uns Männer mit den dunklen Seiten unserer Sexualität und Herrschaft zu konfrontieren. Diese Herangehensweise findet ihre Begründung in den Diskussionen, wie sie Ende der siebziger Jahre in Italien oder spätestens Anfang der achziger Jahre hierzulande geführt wurden. Stichwort: Genosse auf der Straße - Faschist im Bett. So waren Anfang der siebziger Jahre die Anläufe von „freier" Liebe in Kommunen und WGs mehr von einem diffusen Freiheitsgeist und typischen Männerphantasien als von einer antisexistischen Praxis geprägt. Bis heute hat sich bei uns Männern denn soviel auch nicht geändert. Die Strategien, bestimmte Auseinandersetzungen über die eigenen Herrschaftsanteile in der Sexualität zu verdrängen, sind andere geworden. Sex soll einzig Spaß machen. Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, sich als Mann antisexistisch zu engagieren bzw. sich mit dem Thema sexueller Gewalt auseinanderzusetzen, ist nicht angesagt. Unliebsame Diskussionen über eigene Machtphantasien, Dominanzverhalten oder gar Vergewaltigung verunstalten die

süße rosa Traumwelt beim Sinnieren über Sex. Eben so ist das auch mit dem Diskurs über Sex und Herrschaft. Sex ohne Gewalt ist in dieser Gesellschaft ein Traumgebilde. Wer die Gewalt verschweigt, wenn er/sie über den Sex spricht, verschleiert bzw. beschönigt die Herrschaftsverhältnisse. Wer es genauer wissen will, der/die soll in der Sexualitätsdebatte aus der Interim (zu kopieren/kaufen als Reader im Nachladen, Waldemarstr.) nachlesen.
Das sind die Ausgangsbedingungen dafür, wenn wir öffentlich über Sex schreiben. Auf die teilweise unausgesprochenen Hintergründe, warum sich Frauen immer wieder gegen sexistisch geprägte Diskurse wehren, sind die Unglücklichen mit keinem Wort eingegangen. Anstatt dessen meinen sie: „Innerhalb unserer Szene haben identitätspolitische Positionen von FrauenLesbengruppen die Hegemonie in Diskursen über Sexismus, Patriarchat, Geschlechterverhältnis, Gen- & Reproduktionstechnologien und im Gesundheitsdiskurs." Das hört sich fast danach an, als wenn die ganze Szene über nichts anderes redet...
Wenn dem so wäre, dann könnten wir uns über eine größere profeministische Männerbewegung, eine gemischte antisexistische Praxis und unsere gemeinsamen antipatriarchalischen Inhalte freuen... Abgesehen davon sagt dieser o.g. Satz herzlich wenig darüber aus, wo, wann und wie diese Diskurse geführt werden und wie machtvoll/machtlos sie sind (sie sind zumindest unter uns Männern herzlich wenig präsent). Anstatt darauf einzugehen, werfen die Unglücklichen den Hamburgerinnen Machtverhalten (wegen Manipulation und Rhetorik) vor. An dieser Stelle können sich die Unglücklichen endlich mal austoben: Satz für Satz, den sie bei den Hamburgerinnen auseinandernehmen. Mir kommt der 27-Seiten Text eher vor wie eine Abrechnung mit der autonomen FrauenLesbenbewegung als eine Aufarbeitung linksradikaler Politikansätze. Welches Interesse hat wohl ein männliches Mitglied dieser Gruppe die Unglücklichen daran, die Praxis von FrauenLesben (exemplarisch an den Hamburgerinnen) auseinander zu nehmen? Damit kommen wir zu einem spannenden Punkt.

UNGLÜCKLICH GELAUFEN...

Mit ihrer Auffassung von Dekonstruktivismus können sich die Männer der Unglücklichen ganz gut den Hals aus der Schlinge ziehen. So scheint es zumindest. Getrennt geschlechtliche Organisierung ist ja eh nicht angesagt. „Diese Fetischisierung" könnte ja schnell zur Verfestigung der Geschlechterpositionierung beitragen. Viel zu gefährlich. Schließlich sind wir Männer ja mit unseren spezifischen Situationen und verschiedenen Sozialisationen so unterschiedlich, daß es sich nicht lohnen würde, eine gemeinsame Identität als gesellschaftliche Unterdrückerposition zu demaskieren. Oder?! Alles andere wäre eine identitätsorientierte Variante, wie sie ja inbrünstig und unreflektiert von den autonomen Feministinnen vertreten wird (!!). Was empfiehlt der Küchenchef anstatt dessen? Begreift sich die gemischte Gruppe die Unglücklichen in dem Thema Sexualität und Herrschaft gleichermaßen betroffen, daß sie sich gemischt diesem Thema annimmt? Ziehen Männer wie Frauen bei ihnen am selben Strang, wenn es um die Frage nach strukturellen Verantwortlichkeiten und persönlichem Umgang mit sexueller Gewalt geht? Fühlen sich die Männer in dieser Gruppe aufgrund ihres Geschlechtes diskriminiert? Wie sieht ihre soziale Praxis aus, als Männer - ganz dekonstruktivistisch - was zu ändern? Oder handelt es sich um einen bloßen Theoriezirkel, der nur vergessen hat, daß das Private auch das Politische sein kann? Gibt es ein Leben außerhalb der Bücher, Broschüren und des Infoladens? Jaja, alle diese inquisitorischen Fragen müssen Männer sich stellen lassen, wenn sie so ein bizarres Bleiwüstenpamphlet mitverfassen ... Die Thematisierung bestimmter Gemeinsamkeiten unter Männern hinsichtlich unserer Funktion für das Patriachat würden ja schnell zu Identitäten (als „Männerbewegte") führen, was natürlich *von vornherein* abzulehnen ist. Oder!?

BILDER AUS DEM KOPFKINO

Dicke kommt es, wo es um die Arranca-Fotos geht, die von den Hamburgerinnen als pornographisch bezeichnet werden. Mit einer bemerkenswerten Vielzahl von möglichen Begründungen versuchen sie, der Arranca-Fotoauswahl (vom Fick-Foto bis George Grosz mit errigiertem Schwanz) was Fortschrittliches abzugewinnen. Sie sparen nicht mit persönlichen Kommentaren einzelner „Außenstehender" und scheuen nicht vor absurden, ärgerlichen Vergleichen zurück. Bezüglich der Veröffentlichung von pornographischen Bildern, die ja schließlich im Zusammenhang mit dem Buch stünden, würden Bilder von Nazis ja aus einem Antifa-Buch ja auch kein Faschobuch machen... Entweder gehen die Unglücklichen davon aus, daß alle immer alles lesen und richtig verstehen, oder daß mann sich an Nazibildern aufgeilt. Daß ein Bild von George Grosz gemalt wurde, macht es im übrigen nicht automatisch antisexistisch, selbst wenn es sich gegen den nazistischen Sauberkeitswahn richtet...! Dieses Bild paßt einfach nicht zu einer Sexualitätsdiskussion Ende der 90er Jahre. Aus heutiger Sicht kann es nicht als fortschrittlich gesehen werden, den Protest mit dem abspritzendem Schwanz in der Hand, d.h. anhand eines patriarchalischen Machtsymboles, vorzutragen. Die Kategorien, die die Unglücklichen letztendlich aufstellen, um Bilder/Fotos als pornographisch einzuordnen, sind sehr dürftig: „Bilder sind gut, wenn sie locken und provozieren", „Wir gehen davon aus, daß Bilder erst durch ihre Interpretation mächtig werden", usw. Letztendlich sollten die Frauen

doch mal bei sich selber nachgucken, warum sie Bilder für pornographisch befinden und warum sie diese abstossen, so die Unglücklichen...
So rigoros, wie die Unglücklichen gegen die Geschlechteridentitäten argumentieren, weil da was festgefahren wird, so wenig kritisieren sie eben diese Rollenzuweisungen anhand von pornographischen Bildern.
Daß es in der Szene Leute gibt, denen solche Fotos, wie sie in der Arranca veröffentlicht wurden, piep egal sind, oder die darauf abfahren, interessiert den/die gähnende LeserIn nur am Rande. Solche Bilder korrespondieren nun einmal mit der herrschenden Meinung und dem typisch männlichen Blick. Letzteres reicht aus, um den Vorwurf von Pornographie ernst zu nehmen, zumindest im Falle des „Fick-Bildes".
Um über Sexismus zu schreiben, brauche ich auch keine Fotos aus dem Playboy, um ihn zu diskutieren. Solche Bilder haben wir Männer eh alle im Kopf - sie sind Bestandteil männlicher Sozialisation und an jeder Ecke zu sehen, zu kaufen. Es geht darum, sie nicht noch hundertfünfzigmal nachzudrucken, sondern sie durch andere zu ersetzen, die möglichst nichts mit der patriarchalischen/kapitalistischen Erschließung von Körpern, insbesondere von Frauenkörpern, zu tun haben.
Was vielmehr interessant ist: inwieweit bedienen wir uns als radikale Linke denselben Bildern wie denen der Herrschenden, das wir unter dem Motto „wir thematisieren Sex mal anders, lustvoller", usw. laufen lassen. Haben wir keine eigenen Fotos, Bilder zu bieten, die unseren Träumen wie auch dem im Alltag unerwünschten, autonomen Blickwinkel entnommen sind? Brauchen wir stattdessen für unsere Medien ähnliche Bilder wie aus Fernsehillustrierten oder aus dem Museum? Ich glaube kaum, daß einzelne aus der Arranca-Redaktion sich selber in derartigen Posen zum Thema Sex hätten ablichten lassen (die Unglücklichen doch wohl auch nicht, oder?)...

DIE MACHT DER DISKURSE

„Jeder, der ernsthaft den Versuch unternimmt, an einer Argumentation teilzunehmen, läßt sich implizit auf allgemeine pragmatische Voraussetzungen ein, die einen normativen Gehalt haben; das Moralprinzip läßt sich dann aus dem Gehalt dieser Argumentationsvoraussetzungen ableiten, sofern man nur weiß, was es heißt, eine Handlungsnorm zu rechtfertigen." (Jürgen Habermas 1991: Erläuterungen zur Diskursethik")

Über die Mittel und Wege, wie die herrschende Meinung in uns eingetrichtert werden, sollte mal mehr nachgedacht und nachgelesen werden. Jede Publikation, die veröffentlicht wird, besetzt und unterstützt innerhalb dieser Gesellschaft eine größere bzw. kleiner Machtposition. Gesellschaftlich gesehen bezieht sich die überwiegende Mehrzahl dieser Veröffentlichungen auf ein (alltägliches) patriarchalisches Grundverständnis, d. h. sie stehen feministischen Kämpfen entgegen. Die autonome Szene ist auch nicht frei davon, um es abgeschwächt auszudrücken. Feministische Positionen müssen sich immer wieder Raum erkämpfen. Das wird gerne vergessen. So auch mit der Veröffentlichung des Textes der Unglücklichen. Die rhetorische Floskeln im „Offenen Vorwort", mit der ihr Text veröffentlicht wurde, täuschen eine/n vor, wir hätten es mit unterdrückten Meinungen zu tun, die von den inquisitorischen Redaktionen zurückgehalten würden. Ich hatte mir ihre Bleiwüste aus dem Ordner kopiert, gelesen und mich auf die angekündigte Sondernummer vorbereitet. Ohne Kommentierung hätte ich es auch fragwürdig gefunden, ihren Text im „Vereinsblatt" zu veröffentlichen, weil er antifeministischen Positionen viel Raum gibt und schlichtweg den autonomen FrauenLesben inhaltliche Unwahrheiten unterschiebt (s.o.). Schließlich sollte ja auch so eine Wochenzeitung bestimmte inhaltliche Kriterien besitzen, um nicht jedem möglichen Mist viel Raum zu geben. Es geht nicht darum, nach außen hin eine scheinbare Meinungspluralität zu wahren, die letztendlich nichts anderes beinhaltet, als den patriarchalischen Mainstream noch mehr Raum zu geben.
Beispielhaft dafür, wie die Macht der Diskurse unterschätzt wird, ist der schlichtweg falsche Umgang mit Begriffen wie „Zensur", an denen die Unglücklichen ihre Argumentationen aufziehen.

ZENSUR AM ZEITUNGSKIOSK

Immer dieselben nervigen Diskussionen um den Gebrauch der Begriffe: „das unter Stalin war auch Faschismus", „der Rauswurf von RassistInnen ist Repression", „Rassismus von BerlinerInnen gegen Schwäbinnen", „Zensur in der Szene", usw... So ein Quatsch muß mensch ständig diskutieren.
Der Begriff Zensur beschreibt ähnlich wie die Wörter Repression, Stigmatisierung oder Rassismus einen zwanghaften Zustand, der - gesamtgesellschaftlich gesehen - von einer machtvollen Mehrheit gegenüber einer (relativ) machtlosen Minderheit aufrechterhalten wird. Zensur wird - wie die anderen genannten Begriffe auch - spätestens von der Neuen Linken als Kampfbegriff benutzt. Mit diesem Begriff ist eine konkrete Geschichte der Zensur verbunden, die zum Teil (eben wegen der Zensurmaßnahmen) verschütt gegangen ist. Der Kampf gegen Zensur ist der Kampf für die Stimmen der marginalisierten, unterdrückten Meinungen, die sich im Widerstreit mit der herrschenden Meinung und Geschichtsschreibung befinden. Wenn wir als radikale linke Inhalte nicht veröffentlichen, weil wir sie für sexistisch, rassistisch, chauvinistisch befinden, so hat das nichts mit Zensur zu tun, höchstens mit nicht-Veröffentlichung oder Boykott. (Im Falle der Arranca war es eine Nicht-Veröffentlichung, da andere Ausgaben dieser Zeitschrift ja weiter-

hin verkauft werden; Boykott beinhaltet eine Dauer und Systematik). Wir boykottieren diejenigen Inhalte, die zu sehr mit den herrschenden, eben weit verbreiteten Inhalten konform gehen. In diesem Zusammenhang wird keine Meinung von uns „unterdrückt" oder „zensiert". Diese Definitionsmacht über die herrschenden Diskurse besitzen wir gar nicht. Genauso wenig sind wir als radikale linke Minderheit in dieser Gesellschaft in der Position, gegen andere Repression auszuüben. Richtiger wäre es zu sagen, daß wir dem Unterdrückerischen nicht noch mehr Raum geben, als es ohnehin schon hat. Das ist der Punkt. Wer beispielsweise Wiglaf Drostes Texte oder ähnlichen sexistischen Müll aus dem Bücherregal verbannt, handelt in dieser Logik. Aus Sicht der Macht wird der Droste nicht zensiert, sondern der zu große Raum, den er mit seinen Statements besetzt, von uns ein wenig eingeschränkt. Sexismus gibt's ja an jeder Straßenecke zu kaufen...
Ähnlich verhält es sich mit Fascholiteratur, rassistischen Meinungen, die in ihren Grundzügen ja mit dem alltäglichen Rassismus und Chauvinismus korrespondieren.
Konstruktive Kritik ist gut. Natürlich sollen alle über alles reden können. Aber zwischen veröffentlichen und dokumentieren besteht nun einmal ein Unterschied. Im Falle der o.g. Arranca-Ausgabe, die zweifelsohne voller bedenklicher Inhalte ist (siehe Sexualitätsdebatte in der Interim), wäre eine dokumentierte Veröffentlichung der „beste" Weg gewesen, fortschrittliche antipatriarchalische Diskurse zu unterstützen. Gerade Zeitschriften, die sich ein intellektuelles Aushängeschild anheften und abgehobene Texte enthalten, sind für Menschen mit weniger „Bildung" undurchschaubarer und dadurch schwerer zu kritisieren.
Hier sehe ich auch ein wünschenswertes Selbstverständnis für Infoläden: Gegenöffentlichkeit zu bilden, verschütt gegangenes Wissen hervorzukramen, antisexistische, antirassistische und antikapitalistische Diskurse zu unterstützen, Wissen auf weniger abgehobene Weise zu übersetzen (Fingerzeig an die Unglücklichen!) und der herrschenden Verblödung etwas entgegen zu setzen. Irgendetwas muß einen autonomen Infoladen ja von einem Zeitungskiosk unterscheiden, um nicht den herrschenden Zeitgeist zu verkaufen... Dafür sollte auch verantwortungsvoll mit Begriffen wie Zensur umgegangen werden. Zensur ist ein Kampfbegriff, der etwas über die Machtverhältnisse in dieser Gesellschaft und über die Geschichte unterdrückter Bewegungen aussagt. Soviel zu linksradikalen-autonomen Ansprüchen, wie ich sie für mich verstehe.

POSTMODERNE UND DEKONSTRUKTION

Die Unglücklichen beziehen sich mit ihrer Idee von Dekonstruktion (übersetzt: etwas auseinandernehmen) auf eine postmoderne Entwicklung dieser Gesellschaft. Aber sie gehen weder darauf ein, was die Postmoderne umfasst, noch auf welche Diskussionen sie sich hierzu beziehen. Das ist alles sehr wabbelig und diffus bei ihnen.
Die Diskussion um die Postmoderne existiert seit 1979 (mit Jean-Francois Lyotards Veröffentlichung „das postmoderne Wissen"). Seit Anfang der achtziger Jahre gibt es eine feministische Diskussion darüber (Benhabib, Butler, Irigaray, etc.). Die Postmoderne wird als ein gesellschaftlicher Zustand gesehen, in dem jegliche Allgemeingültigkeiten schwinden, indem sich die industrielle Gesellschaft ideologisch atomisiert. Anders ausgedrückt ist die Postmoderne antiuniversalistisch und dezentralistisch. Nach Seyla Benhabib gibt es drei Hauptmerkmale, die die Postmoderne kennzeichnen: der Tod der Geschichte (z.B. fehlende Bezugspunkte zur Geschichte von Frauenkämpfen), der Tod der „großen Erzählungen" (der Allgemeingültigkeit von Ideologien wie z.B. des Marxismus-Leninismus) und das Verschwinden des Individuums (z.B. Schwulsein verschwindet in einer Aneinanderreihung beliebiger Identitäten; Du als Person bist nichts, Deine Funktion in der Gesellschaft ist mehr, aber wiederum nur neben vielen anderen). Abgehoben ausgedrückt dezentralisiert sich die gesellschaftliche Macht mit ihren Diskursen immer mehr. Die Ideologie einer beliebigen, konsumgeilen, entpolitisierten Warengesellschaft wird zur Alltagseinstellung.
Auch wenn das wachsende Mißtrauen gegenüber „den großen Erzählungen" neue Chancen aufwirft, nun andere (linxradikale) Inhalte in die Waagschale zu werfen, geht der Trend des postmodernen Zeitgeistes in ein politisches Rollback. So antiuniversalistisch sich die Postmoderne gibt, so universell beinhaltet sie eine (allgemeine) Entpolitisierung. Antiuniversalistisch geben sich auch die Unglücklichen. Sie schreiben: „eben weil wir keinem linken Universalismus huldigen, müssen wir uns fragen, wie eine nicht- oder schwachidentitäre Differenzpolitik aussehen könnte." Während sie sich von Allgemeingültigkeiten distanzieren, übersehen sie die grundsätzlichen Werte, für die die (radikale) Linke von jeher eintritt: der Bezug des individuellen Handelns und Denkens zur Gesamtgesellschaft und die universellen Menschenrechte (Hegel lesen!). Dazu gehören die allgemeinen Forderungen nach Gleichheit und Solidarität. Das sind Grundbausteine für eine befreite Gesellschaft. Wer dies übersieht, landet (ohne es zu merken) in den Diskursen der Neuen Rechten, die die größte Gegnerin des Universalismus ist. Im Unterschied zu den Unglücklichen dekonstruieren sie Allgemeingültikgeiten, um letztendlich reaktionäre Identitäten zu verfestigen. Die Unglücklichen wollen sowohl Allgemeingültigkeiten wie auch Identitäten auflösen bzw. minimieren. Neue Rechte Politik zeichnet sich u.a. dadurch aus, Allgemeingültigkeiten zu zerreden und auf Territorien, „Rassen", Kulturen und Ethnien zu minimieren. Das ist denn auch ein Punkt, der das Rollback einer postmodernen Entwicklung auszeichnet.

5

Dekonstruktion ist in etwa das, was die Unglücklichen uns mit ihrer akribischen Wortklauberei anhand des hamburger Textes vorzuführen versuchen. Es ist keine allgemeingültige Methode sondern vielmehr eine Lesart, Dinge so zu zerstückeln, sprachlich zu zerlegen, um mitunter einen Text auf seine sprachliche Begrenztheit und seinen tieferen Hintergrund zu erforschen. Demnach geht es weniger darum, aus einem Text eine letztendliche Absicht herausfiltern zu wollen, als die jeweiligen Sinnzusammenhänge einzelner Sätze zu erfahren. Dazu gehört es auch, die Bedingungen zu ergründen, warum bestimmte Inhalte in Texten nicht auftauchen. So habe ich zumindest den postmodernen Philosophen Jaques Derrida verstanden. Die Praxis von Dekonstruktionen kann als ein Merkmal postmodernen Denkens gesehen werden, weil es auch hier darum geht, sich von Allgemeingültigkeiten zu verabschieden.

Noch befinden wir uns nicht in der Postmodernen, sondern in einem Prozeß, der genau diese o.g. Merkmale/Zustände ansteuert. Wie diese Entwicklung zu bewerten ist und ob wir uns als radikale Linke mit unserem Politikverständnis der Postmoderne anpassen sollen, ist eine andere Frage. Ohne es zu wissen, verhalten wir uns als radikale Linke in unserer Praxis hinsichtlich festgefahrener Identitäten dekonstruktivistisch. Wir versuchen, das so weit wie möglich umzusetzen, was wir uns unter befreiter Gesellschaft vorstellen. Angefangen in der WG, wo wir probieren, aus der Hausfrauen- und Patriarchenrolle wegzukommen bishin zur gewünschten Dekonstruktion eigener rassistischer Denk- und Verhaltensweisen z.B. im Umgang mit Flüchtlingen. Auch hier ist der ständige Bezug zu allgemeingültigen Werten wie Gleichheit und zum gesellschaftlichen Ganzen wichtig. Alles was nicht in Bewegung ist, läuft Gefahr, zu stagnieren, sich festzufahren. Hinsichtlich unserer Diskurse sind wir nicht so weit, die Dekonstruktion unseres eigenen Rassismus oder Sexismus zu verkünden. Das wäre der 10. vor dem ersten Schritt. Der erste Schritt kommt nunmal nicht an der Konstituierung von „neuen" Identitäten nicht vorbei.

ANSTATT DES LANGEN GEREDES...

„Was hat der rosarote Panther mit Philosophie zu tun?"
„Der rosarote Panther imitiert nichts, er reproduziert nichts, er malt die Welt mit seiner Farbe, rosarot auf rosarot, dies ist sein Welt-werden, so daß er selbst unsichtbar wird." (Gilles Deleuze)

Spannender als ausgerechnet anhand der FrauenLesbenbewegung eine diffuse undefinierte autonome Politik zu kritisieren hätte ich es gefunden, wenn die Unglücklichen etwas über sich und ihren Kiez geschrieben hätten. Die Szene in Friedrichshain unterscheidet sich schließlich von der in Kreuzberg, Wedding, Neukölln, Prenzlauer Berg oder Moabit. Um es in ihrem Sinne „dekonstruktivistisch" zu betrachten, hätten die Unglücklichen besser daran getan, von ihren Gegebenheiten auszugehen und ihre Schwierigkeiten anhand eigener Erfahrungen in ihrer politischen Praxis im Kiez aufzuarbeiten.
„Identitätstheoretisch" gesehen ist der muffelige friedrichshainer Infoladen ja nicht gerade die NachbarInnenbegegnungsstätte im Kiez. Mit den Problemen der Häuser identifiziert sich da kaum wer. Die örtliche HausbesetzerInnenszene hat in diesem Sinne in den letzten Jahren viel an anfänglichen Sympathien und Chancen vertan, über den eigenen Tellerrand zu gucken. Die autonome Politikunfähigkeit beginnt da nicht an irgendeinem „identitätsorientierten" Feminismus, sondern mit mangelndem Interesse und fehlender Aufgeschlossenheit gegenüber „Außenstehenden". Es sind weniger die Identitäten als die Festgefahrenheit, die uns als autonome Linke vom Rest der Welt abschotten. Die wichtigste Voraussetzung, Identitäten zu ändern, aufzulösen besteht in einer Aufgeschlossenheit , Lockerheit für Veränderung. Aber das kann für die einzelnen leicht dahingesagt sein. An wen wende ich mich denn, wenn ich von der autonomen Szene spreche? Da gibt es Menschen, die nicht einfach so locker sein können, weil es eine Menge aufzuarbeiten gibt, andere Leute, die sich z.B. über schwullesbische Identitäten politisieren, wiederum andere, die hinsichtlich von Lockerheit an ganz anderen Punkten stehen. Natürlich wende auch ich mich gegen Verbohrtheiten und einseitige Feindbildpolitik in der autonomen Szene. Ich setze da momentan am Thema Ethik/Moral an.
Beispielsweise an diesem Thema hätten es die Unglücklichen besser getan, um dort nachzuspüren, wie sehr sich die radikale Linke in einer Endlosschleife moralisierender Denk- und Verhaltensweisen befindet. Diese tragen zur Verfestigung von Einstellungen, Identitäten, etc. bei.
Es bringt einfach nichts, das Besondere gegen das Allgemeine stellen zu wollen, um daraus einen Ansatz zu basteln, der nicht mit emanzipatorischen Ansprüchen zusammenpaßt, die für alle gelten sollen. Der Bezug zum gesellschaftlichen Ganzen geht darin vollends verloren. Auch wenn das von den Unglücklichen nicht beabsichtigt scheint.
Und außerdem: wer einen Ansatz in einer derartigen Ausschließlichkeit hochhält, ist für mich dogmatisch! Die bunte Vielzahl und das Zusammenwirken von Zutaten macht eine Suppe schmackhaft!

Für das Gute - gegen das Böse!!
Kermit

6

Debatte um Paul und Paula - zweiter Beitrag

Zur "Legende von Paul und Paula"

Mit der Veröffentlichung der "Legende von Paul und Paula" nimmt das Rollback in der linken Szene weiter seinen Lauf Auf polemische, unsachliche Art soll der sog. Identitätsfeminismus am Beispiel der Hamburger Schwarzmarkt Frauen (HH) als überholte moralisierende Theorie entlarft werden, die an der Perspektivlosigkeit der Szene Schuld ist. Parteilichkeit ist nicht mehr gefragt; ganz im Gegenteil, alle können endlich alles sagen, was sie schon immer mal loswerden wollten und dabei werden Grenzverletzungen in Kauf genommen So reiht sich dieser Text wie geschmiert in die sog. "Sexualitätsdebatte" der Interim ein.
Die "Legende" bietet mit ihrer Herangehensweise an die Themen Zensur und Identfikationsfeminismus keinerlei Grundlage für eine konstruktive Diskussion

Zur Atmosphäre, die der Text produziert

Die SchreiberInnen der "Legende" wollen laut eigenen Angaben "einen Beitrag leisten ( ), die Debatte auf eine sachliche Ebene zu heben(...) Nur eine genaue und sachliche Diskussion kann uns im Kampf um Emanzipation weiterbringen"(Absatz 253). Diesem Anspruch werden sie durchgehend wahrend des ganzen Textes nicht gerecht. Es wird eine Atmosphäre mit Hilfe von polemischen Witzen, metaphorischen Gewaltandrohungen, Unterstellungen, Grenzverletzungen, Diffamierung und Verdrehung von Tatsachen geschaffen, in der nun identitatsfeministische Überlegungen kritisiert werden Bsp "Die Zensorin als gute Konigin bleibt Königin. Könige sind Schurken und gehören umgebracht. Das sang Yok früher und Königinnen sind hiermit gemeint.." (41) Oder:"(Polemik on) Wir schlagen den HH vor, eine Telefonnummer der Glaubenskongregation dem Zentralkommitee der Autonomen Einheitspartei (...) zu veröffentlichen (...)Diese Wühlarbeit sexistischer Agentinnen des Patriachats (Hexen) kann nur durch die konsequente Fortsetzung der Arbeit der Zentralen Kontrollkommission auf Grundlage der Beschlüsse des 13. Konzils der feministischen Teile der Bewegung in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wahrheit beendet werden (Polemik off)."(Fußnote 36). Ich gehe davon aus, daß es den SchreiberInnen keineswegs um eine sachliche Diskussion geht. Diese Plattheiten deuten vielmehr darauf hin, daß eine Diskussionsebene geschaffen werden soll, in der alle Grenzen überschritten und ChauviSprüche gesagt werden dürfen.

Zur Zensur

Die AutorInnen des Textes schreiben, daß die HH durch ihre Zensur bestimmte Diskussionen verhindern. Die Beteiligten können sich aber nur "ihr *eigenes* Bild machen, um ihre *eigene* Position bestimmen und vertreten zu können"(35), wenn sie die Arranca lesen
Meiner Ansicht nach ist eine Diskussion über einen "sexualmoralischen Zusammenhang" sehr wohl möglich, ohne sexistische Texte und Bilder zu vertreiben. Die SchreiberInnen der "Legende" gaukeln in ihrem Text immer wieder vor, daß diese Diskussion nur durch die Arranca möglich sei und die HH Schuld daran sind, daß dies nun nicht mehr geht. Da wird glatt vertuscht, daß es in der Szene schon einige Möglichkeiten gab. Auch ich gehe wie die HH davon aus, daß man/frau sehr wohl Positionen zu "sexualmoralischen Zusammenhängen" beziehen kann, ohne sich sexistische Texte und Bilder reinzuziehen. Und wenn jemand doch auf diese Art Texte/Bilder verbreiten will, gehört ihm die Plattform dafür entzogen. Wenn den SchreiberInnen zu dieser Form von Zensur nur einfällt, daß dies nicht emanzipatorisch ist, können in den Infoladen ja ruhig rassistische, faschistische, sexistische Publikationen vertrieben werden, weil wir nur so zu unserer "eigenen Position" kommen können

Ein immer wieder auftauchendes Argument der SchreiberInnen ist, daß diese Meinungen doch in der Szene rumwabern, also nicht durch Zensur verdeckt werden sollten, sondern ausgesprochen werden, damit wir endlich darüber diskutieren können Ich denke, es gibt ganz andere Ebenen dies zu thematisieren und Zensur ist keineswegs ein Mittel, jegliche Diskussion zu unterbinden. Sie schafft ganz im Ggenteil die Möglichkeit auf anderen Ebenen zu diskutieren. So wie deie SchreiberInnen an das Thema Zensur herangehen, läuft das Ergebnis darauf hinaus, daß jetzt alle szenєöffentlich äußern können, was sie schon lange sexistisches denken. Darauf hab ich nu überhaupt keinen Bock!

Identitätsfeminismus

"Innerhalb unserer Szene haben identitätspolitische Positionen von Frauen-Lesbengruppen die Hegemonie in Diskursen über Sexismus, Patriachat, Geschlechterverhältnis, Gen- und Reproduktionstechnlogien und im Geschlechterdiskurs",(36) so die AutorInnen. Das ist mir ja nun ganz was neues, da gibt es wohl in der Szene verschiedene Realitaten. Wenn Frauen-Lesbengruppen bisher die einzigen waren, die zu diesen Themen Stellung bezogen haben, kann ihnen das kaum als "Hegemonie" untergeschoben werden.
"Mit solchen Versuchen Auseinandersetzungen zu blockieren, auf einer Identität zu beharren, deren Grundlagen schon immmer fragwürdig waren, ruinieren die HH und mit ihnen immer noch ein Teil der Szenefeministinnen seit geraumer Zeit jegliche Versuche der Szene, sich aus dem Schlamm der Perspektivlosigkeit und selbstgerechtem Gehabe zu befreien."(176) Dieses Zitat bezieht sich auf die Kritik der HH an C. Garazoubal, sagt aber auch aus, daß die Szenefeministinnen schon lange die heißersehnte Befreiung ruinieren Aha! Spannend wäre hier zu wissen, wo, wann ,was die Szenefeministinnen da getan haben und was wiederum die restliche Szene da versucht hat. Die Szenefeministinnen sind also Schuld an der Perspektivlosigkeit der Szene. Ich wüßte nicht, was für einen Grund es geben sollte, so einen Mist öffentlich zu verbraten. Es ist schon mehr als scheinheilig, wenn die SchreiberInnen in ihrem Papier versichern, daß es ihnen um eine "sachliche, solidarische" Kritik geht. Wenn eine gemischtgeschlechtliche, hetera/htero-Gruppe eine Kritik am Identatsfeminismus üben möchte, erwarte ich als erstes eine Selbstkritik zum Thema und einen sensibleren Umgang mit nach außengehender Kritik

Weitere Zitate

"Und die Zensur der HH wird auch nicht verhindern, daß es weiterhin Sex in dieser Gesellschaft geben wird. Wenn dies aber weder in Wort und Bild erfaßt werden soll- um überhaupt diskutierbar zu werden -, wie es sich die HH wünschen, sondern nur im dunklen Hinterzimmmer oder in der hintersten Hirnwindung stattfinden kann, dann kann an den Verhältnissen keine Kritik geübt und ihre Veränderung nicht beieinfußt werden. "(96) Mit diesem Zitat wird deutlich, wie die SchreiberInnen des Papiers versuchen, ihre Kritik anzubringen, eben mit platten Unterstellungen und Diffamierung. Das wird im folgenden Zitat nur bestarkt:" Wir kommen nun zu der Schlußfolgerung, daß Sexualität den HH zufolge anscheinend nicht in das öffentliche saubere Leben gehört."(97)

Ein inhaltlich anderes Zitat der SchreiberInnen zum Thema AAO-Artikel in der Arranca:"Wir denken, daß man die Kommuneversuche allgemein und auch die AAO als Teil eines praktische Versuches von Befreiung begreifen muß und wir uns deshalb ernsthaft Fragen nach deren Attraktivität, nach ihrem Funktionieren, nach ihren Niederlagen stellen muß ..."(224)
Wenn ich diese Argumentation im Zusammenhang damit sehe, daß sich manche der SchreiberInnen in ihrer politischen Praxis mit "sexueller Gewalt und sexuellem Gebrauch von Kindern" jahrelang beschäftigt haben (so sagen sie ganz am Anfang ihres Textes) und immer noch der Meinung sind, daß die AAO ein praktischer Versuch der Befreiung war, frage ich mich, was sie da jahrelang gemacht haben. Otto Mühl, Gründer der AAO, war schon vor der Gründung mit seinen sexistischen Aktionen bekannt, seine Ideologie war Basis der Kommune und durfte von niemanden kritisiert werden. Jahrelang mißbrauchte er Kinder und definierte das als freie Sexualität. Die SchreiberInnen der "Legende" sehen in der AAO einen Teil des Versuchs der Berfeiung - wer berfreit hier wen und von was?- und ubernehmen in diesem Zitat Tätersicht Ich sehe keinerlei Veranlassung Tätersichtweisen szeneöffentlich zu verbreiten und dieser Form diskutierbar zu machen

Ida.F.

„Die Unglücklichen“ melden sich

Glücklich sind wir noch lange nicht

Mitten in unserer Überarbeitung einer Stellungnahme zum Editorial der interim Nr. 434, wurden wir von der unerwarteten interim Nr. 436 überrascht und schenken uns diese Stellungnahme deshalb jetzt: Nach monatelangem Warten und den verwickeltsten Diskussionen erscheint unser Papier "Die Legende von Paul und Paula. autonome Politikunfähigkeit am Beispiel...." nun, sieht aus wie eine interim, ist aber scheinbar nicht von einer interim-Redaktion herausgegeben.



Unklar ist uns, weswegen unser Papier auf diese seltsame Weise rausgekommen ist. Über die Motive für dieses Vorgehen können wir nur spekulieren, klar ist, daß die interim-Redaktionen auf diese Weise von ihrer Verantwortung für eine Veröffentlichung unseres Papiers einerseits und die Verschleppung der Veröffentlichung andererseits entlastet werden.

Wir finden es frustrierend, daß ein Papier wie unseres in der Szene nur per Handstreich veröffentlicht werden kann. Aber klar sind wir erfreut, daß unser Text nun raus ist (und wem sollen wir die Schokolade schicken?). Noch wissen wir nicht, wie weit diese Nummer eigentlich verbreitet wurde, hoffen aber, daß nun endlich öffentlich über unser Papier diskutiert wird.

Are you ready to rock?
Are you ready to roll?
Are you ready to read?

Die Unglücklichen
c/o Infoladen Daneben
Liebigstraße 34
10247 Berlin
email: Daneben@omega.berlinet.de

1.Mai.98 Grunewald

Der vergangene 1.Mai lässt eigentlich nur einen Schluß zu: So kann es nicht weitergehen ! Im vorderen Teil der Demo fand ein Opfergang statt, im hinteren Party. Das alles auch noch in Vierteln, in denen bei Eskalation keine relevanten Schäden zu erwarten waren und es oft die Falschen trifft.
Was ist von der Kraft des revolutionären 1.Mai`s 87 noch da ? Nichts, außer Mythos und Propaganda. Die Maifestspiele sind im Hauptstadt-leben integriert, alles passiert unter Kontrolle der Schergen. SIE bestimmen den jeweiligen Rahmen, je nach aktuellem Befehlshaber.

BINGO Neue Glücks-Zahlen
Berlin freut sich auf den 1. Mai
Boris und Steffi: Wir kommen bestimmt
Oranienplatz

Das muß anders werden !

Deshalb besuchen wir die Herrschenden in ihren Wohnzimmern, viele davon sind im Grunewald. AUF AUF ! RAUS AUS DEM GETTO
Auch wenn es uns nicht gelingen wird die Paläste der Mächtigen in Schutt und Asche zu legen: Lassen wir sie zittern. Zeigen wir ihnen, daß wir sie finden werden.
Zur eventuellen Route: Erst ihre Konsummeile, dann ihr Zuhause.
Die Frage nach optimalen Abbruchorten stellt sich dort nicht, denn überall ist dort der Feind. Zum Marsch in Feindesland gehört natürlich Stärke, Kraft und Mut. Lasst uns die Zeit nutzen, um am 1.Mai kraftvoll gegen die MACHT zu ziehen.

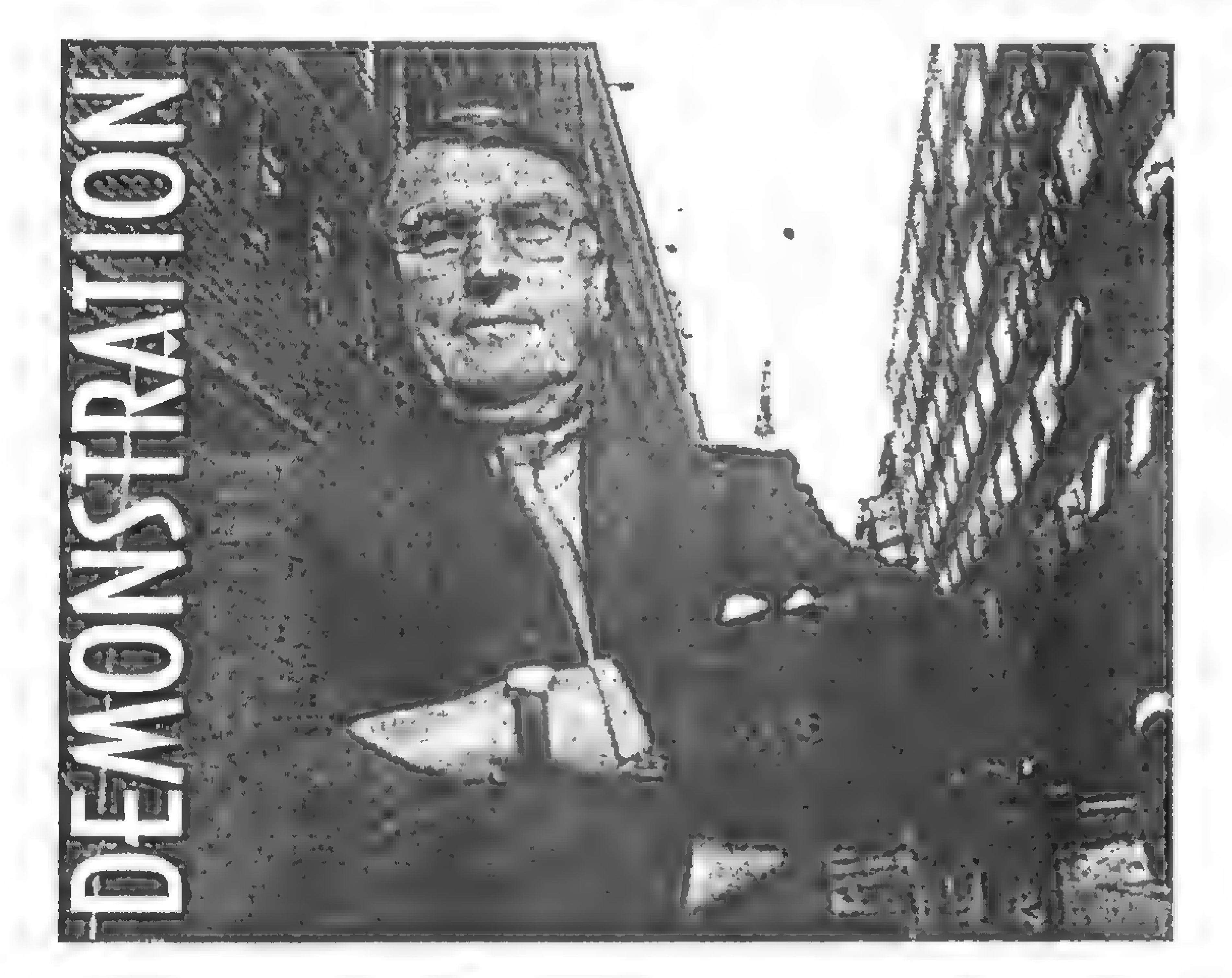
FRIEDE DEN HÜTTEN , KRIEG DEN PALÄSTEN !

...auch am 1.5.

ps.1: Wir hoffen, damit die Diskussion angestoßen zu haben und erwarten heftigsten Widerspruch.

ps.2: Für zielorientierte Diskussionsprozesse halten wir es für unabdingbar, daß die interim sofort zur wöchentlichen Erscheinungsweise zurückkehrt.

DIE SOZIALBETRÜGER SITZEN IN DEN CHEFETAGEN!



Die Betreiber von Obdachlosen- und Flüchtlingswohnheimen kassieren jedes Jahr Millionen DM aus den Sozialhilfeetats, die bei den EmpfängerInnen gekürzt werden.
BEISPIEL: Firmenbesitzer STAHN läßt sich in der Scharnweberstraße 29 Sätze von ca. 50 DM täglich pro Kopf + Nacht bezahlen, d.h. mindestens 1500 DM pro Zimmer und Monat. Die Hotelkette SORAT verdient mit ihren Flüchtlingsheimen mehr als mit ihren Hotels. Bewacht werden die Heime von dem firmeneigenen Wachschutz BOSS, der auf Kosten des Senats die Flüchtlinge schikaniert.

Wir haben die Schnauze voll von Rassismus und Niedrigeinkommen!



SOZIAL AG

DO 27.11.97 18.30 UHR
Scharnweberstraße 29 (U-Bahn Samariterstraße)
Abschlußkundgebung vor BOSS/ Markgrafendamm

V.i.S.d.P. P.Muller, Rigaerstr.2 10247 Berlin

DIE SOZIALBETRÜGER SITZEN IN DEN CHEFETAGEN!

An die Anwohnerinnen und Anwohner: Einladung zur DEMONSTRATION UND KUNDGEBUNG am 27.11.97

Besitzer von privaten Heimen verdienen Millionen an der Unterbringung von Flüchtlingen und Obdachlosen.
So auch der Besitzer des Obdachlosenheims in der Scharnweberstraße 29, STAHN. Er bekommt pro Obdachlosen einen Tagessatz von ca. 50 Mark. Bei AsylbewerberInnen liegt der Satz nach der Senatorin für Gesundheit und Soziales Beate Hüber (CDU) bei 20 bis 40 Mark. Die Unterbringung ist meist schlecht, die Zimmer überbelegt, die Heime isoliert. Das heißt, ein großer Teil des für Obdachlose und Flüchtlinge vorgesehenen Geldes landet bei den Betreibern. Allein für eine Drei-Raum-Wohnung in einem Obdachlosenheim (jedes Zimmer mit 3 Leuten belegt bei einem Tagessatz von 50 Mark) bekäme der Betreiber 9000 Mark monatlich. Eine Traumrendite aus dem Sozialetat für Makler und Immobilienhaie.
Da drängt sich die Frage auf: Wer sind denn die Sozialschmarotzer? Die, denen das Geld regelmäßig gekürzt wird oder die, die daran verdienen?
Die Firma SORAT ist eines dieser privaten Unternehmen, das auf Kosten von Flüchtlingen und Obdachlosen fette Beute macht und mehr Gewinne rausschlägt, als es mit Luxusmieten möglich wäre. Sie betreibt bundesweit eine Hotelkette, Obdachlosen- und Flüchtlingsheime und daran angeschlossene Warenmagazine, die von der Handels-AG SPAR beliefert werden. Sie ist damit verantwortlich für die Umsetzung der von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Sondergesetze für Ausländerinnen und Ausländer einschließlich des Asylbewerberleistungsgesetzes.
Dieses Gesetz sieht besonders im Land Berlin das - rassistische - Wertgutscheinsystem für Flüchtlinge vor, also einkaufen mit Chipkarten, nur in bestimmten Geschäften, zu meist überhöhten Preisen und Schikanierung durch das Personal. SORAT sah sich wegen des öffentlichen Drucks schon genötigt, eine Meldung zu lancieren, sie hätten ihre Läden geschlossen. Sie betreiben die Läden aber im Stillen weiter.
Der Sicherheits- und Reinigungsdienst B.O.S.S. arbeitet als Tochterfirma des SORAT-Konzerns Hand in Hand mit den konzerneigenen Heimen sowie mit den Lebensmittelgeschäften und sorgt tatkräftig für "Ruhe und Ordnung".

Unsere Forderungen:

Für eine Gleichbehandlung von Flüchtlingen und anderen SozialhilfeempfängerInnen vor dem Sozialhilfegesetz (Aufhebung der Heimpflicht bzw. Selbstorganisation der Heime statt Kontrolle durch den Wachschutz und Isolierung von der Nachbarschaft, Bargeld statt Wertgutscheine)!

Schluß mit überteuerten Unterbringung. Hauseigentümer konnen mit der Zweckentfremdungsverordnung auch zur Vermietung zu wesentlich niedrigeren Beträgen gezwungen werden!

Für günstigen Wohnraum und Existenzgeld für alle!

Für eine Umverteilung von oben nach unten!



Sozial AG

DO 27.11.97 18.30 UHR
Scharnweberstraße 29 (U-Bahn Samariterstraße)
Abschlußkundgebung vor BOSS/ Markgrafendamm

V.i.S.d.P.: P.Müller, Rigaerstr. 2, 10247 Berlin

Hintergrund: Das rassistische Asylbewerberleistungsgesetz

Zum 1.6.97 wurde das Asylbewerberleistungsgesetz massiv ausgeweitet. Noch viel mehr Flüchtlingen als bisher schon wird für mindestens drei Jahre der Lebensstandard deutlich unter das Existenzminimum der Sozialhilfe gekürzt. Betroffen sind AsylbewerberInnen, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge und alle Flüchtlinge mit einer Duldung, d.h. Menschen, die auf Zeit hier leben: Bundesweit um die 500.000, in Berlin 30.000 Menschen. Sie müssen in Heimen und Lagern wohnen, dürfen nicht arbeiten, haben kaum Rechte auf medizinische Versorgung und keinen Anspruch auf Sozialhilfe. Was sie noch erhalten, entspricht im Wert nicht einmal 80% des Sozialhilfesatzes. Das Gesetz gibt nicht zwingend vor, in welcher Form die Flüchtlinge Leistungen bekommen sollen. Doch die Berliner Sozialsenatorin ist sehr bemüht zu erwirken, daß alle Bezirkssozialämter auf das Prinzip von Sachleistungen und 80,- DM Taschengeld umstellen. Insgesamt ist das sehr viel aufwendiger und damit teurer, als den Menschen den vollen Sozialhilfesatz auszuzahlen. Es dient einzig dazu, sie zu entwürdigen, ihnen das Leben in Deutschland möglichst schwer zu machen und sie in den Augen der übrigen Bevölkerung zu 'Menschen Dritter Klasse' zu machen. Von dem Taschengeld können Familien z.B. noch nicht einmal Fahrkarten für Schulkinder zahlen.

Wir lehnen das Asylbewerberleistungsgesetz als rassistisches Sondergesetz ab!

Zur Zeit müssen in Berlin ca. 2.500 Menschen bargeldlos in zwei Sachleistungsmagazinen "einkaufen". Diese Magazine, eines in Reinikkendorf, eines in Kreuzberg, werden von SORAT betrieben und von SPAR beliefert. Sie müssen quer durch die Stadt fahren - auch diese Fahrkarten gehen von den 80,- DM Taschengeld ab - um das Nötigste zum Leben zu erhalten. Innerhalb kurzer Öffnungszeiten müssen Wartemarken gezogen und lange Wartezeiten abgesessen werden. Die Magazine bieten eine geringe Auswahl, die Waren sind teurer als in den meisten Supermärkten, oft ist die Haltbarkeitszeit abgelaufen, Waren sind verdorben, das Personal ist häufig überfordert, gestreßt und unfreundlich.

aktuell: Die genauen Umstände der angekündigten Magazinschließung wurden in der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen. Weder zog sich SORAT damit aus dem Geschäft mit den Sachleistungen zurück, noch rückte der Senat von seinem Ziel ab, alle 32.000 in Berlin potentiell betroffenen Flüchtlinge nur noch mit Sachleistungen zu versorgen. Stattdessen erklärte sich SORAT bereit, für eine Übergangszeit ein System zu organisieren, mit dem die bisher schon betroffenen Flüchtlinge mit Wertgutscheinen in verschiedenen Supermärkten und Einzelhandelsgeschäften hätten einkaufen sollen. In jedem Fall freilich mit Leistungen, die ihrem Wert nach deutlich unter dem Existenzminimum des Sozialhilferechts liegen. Das wird es nun auch nicht geben. Stattdessen betreibt SORAT die Magazine stillschweigend weiter und hofft, daß niemand dies merkt ...

Nach Zeitungsberichten liegt das daran, daß keine ausreichende Zahl von Supermärkten und Einzelhandelsgeschäften für die Beteiligung an dem Gutscheinsystem gewonnen werden konnte. Das war abzusehen: Der bürokratische Aufwand des - ohnehin nur als Übergangsregelung - geplanten Systems wäre viel zu hoch gewesen.

Das kann aber kein Grund sein, nun alles beim alten zu belassen: SORAT muß die Magazine **schließen. Der Senat muß wieder zur Auszahlung von Bargeld zurückgehen.**

zukünftig: Langfristig soll für alle 32.000 Betroffenen ein "Chipkartensystem" eingeführt werden, das ebenfalls bargeldlose Einkäufe in gängigen Geschäften ermöglicht. Als Zielvorstellung wird hier der Jahresbeginn 1998 genannt. Durch eine europaweite Ausschreibung soll jetzt ein Unternehmen gefunden werden, das dieses System für den Senat managt. Auch hier hat dem Vernehmen nach SORAT, neben anderen Firmen, seine Bewerbung abgegeben. Die Organisation der Ausschreibung hat übrigens das Bezirksamt Zehlendorf übernommen.

Außerdem plant Berlin bereits **die nächste Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes:** In das Gesetz soll ein neuer Paragraph eingefügt werden, nach dem Flüchtlinge, die angeblich "nach Deutschland gekommen sind, um Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu beziehen", keinen Anspruch mehr darauf haben. Dies wäre ein richtiger "Gummiparagraph", mit dem die zuständigen Behörden einem Großteil der Flüchtlinge bereits den Anspruch auf das Nötigste zum Überleben aberkennen wollen.

Widerstand gegen jede Form von Rassismus und Sozialabbau!

ViSdP: B. Leberecht, Straße der Pariser Commune 1, 10243 Berlin

Schluß mit der rassistischen Behandlung von Flüchtlingen in Berlin!

Ende September stand es in allen Tageszeitungen zu lesen: SORAT schließt die Sachleistungsmagazine für Flüchtlinge in Berlin (Hintergrundinformationen auf der Rückseite). Dies wäre die Konsequenz aus dem Widerstand der Betroffenen und dem Protest von FlüchtlingsunterstützerInnen- und Menschenrechtsgruppen gewesen. Es hatte in den letzten Monaten eine breite öffentliche Kritik an der Doppelzüngigkeit der Firma SORAT, die neben den Sachleistungsmagazinen auch eine Hotelkette mit international-kulturellem Ambiente betreibt, gegeben. An den Magazinen habe SORAT ja gar nichts verdient, so wurde von der Firma und dem Senat immer wieder versichert. Dann beruhen ihre Geschäfte also noch nicht einmal auf ganz gewöhnlichem kapitalistischen Gewinnstreben, sondern auf purem Rassismus. Diese Kritik hatte nun dazu geführt, daß SORAT, wenn auch mit fadenscheinigen Gründen, medienwirksam die Schließung der Magazine verkündete.

SORAT betreibt die Sachleistungsmagazine weiter!

Nun sind einige Wochen vergangen. SORAT betreibt die Magazine stillschweigend weiter und hofft, daß niemand dies merkt ... Die Zustände in den Magazinen sind die gleichen wie bisher: Sie bieten eine geringe Auswahl, die Waren sind teurer als in den meisten Supermärkten, oft ist die Haltbarkeitszeit abgelaufen, Waren sind verdorben, das Personal ist häufig überfordert, gestreßt und unfreundlich.

Es ist wichtig, weiter Druck auf SORAT auszuüben. Wir fordern die Schließung der Sachleistungsmagazine und die Rückkehr zu voller Sozialhilfe in bar und rufen deshalb

zu zwei Kundgebungen auf:

Mittwoch, 12.11.97, 14.00 Uhr,
vor dem Sachleistungsmagazin
in der Methfesselstraße 43, Nähe Platz der Luftbrücke

und

Freitag, 14.11.97, 17.00 Uhr, vor dem SORAT-Hotel in der Joachimstaler Str. 29, zwischen Kudamm und Lietzenburger Straße

ViSdP: B. Leberecht, Straße der Pariser Commune 1, 10243 Berlin

AMOK-KOMA

AMOK
Das Volk lacht ~~das Militär~~ aus!

-Über die Scheiße, die auf der „AMOKabschlußparty" am 3.10.auf dem Breitscheidplatz gelaufen ist-

Es fing für uns damit an, daß ein Punk, der ein paar Meter von uns weg stand, wegen Polizei-SA-SS-Spruches auf seiner Jacke von selbiger mitgenommen wurde. Das schien von den zig Leuten, die ihre Erbsensuppe mit Würstchen(!) löffelten und doof rumstanden, nur ca. 10 zu interessieren. Nach kurzem Rumgestresse mit den Bütteln sind wir zur Bühne, um ne kurze Durchsage zu machen. Dort erfuhren wir von ein paar Leuten, die zum gleichen Zweck da waren, daß auch andere Menschen abgegriffen worden waren. Allerdings wurde uns recht schnell vom AMOK-Obermacker klargemacht, daß er auf keinen Fall sein schönes Konzert unterbrechen und uns auf die Bühne lassen würde (O-Ton Obermacker: „Ich kann als Veranstalter sehr wohl das Mikro blockieren, nachher kommen 20 Leute und wollen alle was sagen" „Das waren z.T. ganz normale Festnahmen wegen BTM und so" „Das machen die doch ständig, kannste auch nix gegen machen"). Nach einiger Zeit gestand er uns schließlich zu, daß sein Moderator nach dieser Band was dazu sagen würde, was der auch tat. Er erzählte erstmal, daß Leute festgenommen worden waren und von den neuen Polizeigesetzen mit „gefährlichen Orten" und so. Soweitsogut. Aber denne: Es sollte doch allen klar sein, daß auf Demos n Perso mitgenommen wird und „gewisse Dinge"(?) nicht in der Nähe von Polizeiautos gezeigt werden dürften. Außerdem gäbe es Gelegenheiten zum Protestieren und welche zum Feiern und das hier wäre eine zum Feiern (!!).

Soviel zum Geschehenen.
Es stellt sich jetzt für uns nur noch die Frage, inwieweit AMOK ein Verein ist, mit dem uns über das bloße „Dagegensein" hinaus irgend etwas verbindet.
Ganz konkret heißt das, daß es ein superbeschissenes Verhalten ist, wenn Leute aus ner Demo o.ä. heraus abgegriffen werden, dies nicht sofort durchzusagen (einmal aus Gründen der Solidarität, aber auch zum Schutz/Warnung der anderen Leute) und dann auch noch mit der selber-Schuld-Masche anzukommen (es war zwar auch von den Leuten, die während der Festnahmen einfach danebenstanden Scheiße, muß aber jedeR selbst wissen).
Die zweite Frage, die sich uns stellt, ist die über die Struktur von AMOK. Es kann doch nicht sein, daß da AMOK-Leute an der Bühne stehen und sagen „ihr habt ja Recht, aber wenn der Veranstalter (AMOK-Boss) sagt nein, dann können wir auch nix machen". Seid ihr ne linke Gruppe oder bloß Herr Amok und seine Getreuen?
Drittens: Wie peinlich und bescheuert ist es eigentlich, sich in Ermangelung eines eigenen Lautis (wegen Verbotes) einen von den Cops auszuleihen (so geschehen auf der buhbuhichbineingespenst-Demo in der Nacht zum 3.)?
Viertens: **Es gibt nichts zu feiern!** (außer vielleicht bei kaisers...)
Was unterscheidet denn noch groß die Leute, die apathisch aufm Breiti ihre Erbsensuppe löffeln von denen, die das unterm Brandenburger Tor tun (außer der Haartracht und den Kapuzenpullovern)?

Komitee der Ober Motz Autonomen

Kundgebung in Berlin-Grünau

NO DEPORTATION OF REFUGEES!

Gegen die *demokratisch abgesicherte Barbarei* in Berlin

Abschiebehaft gehört abgeschafft!

Die Maschinerie läuft. Obwohl seit der Asylrechtsänderung die Zahl der Flüchtlinge, die nach Berlin kommen, kontinuierlich abnimmt, steigt die Zahl der Flüchtlinge, die jedes Jahr zwangsweise aus Berlin abgeschoben werden. Das wichtigste Instrument, welches den reibungslosen Ablauf des staatlich organisierten Rausschmisses garantiert, ist die Abschiebehaft. Menschen, die das "Verbrechen" begangen haben, keine gültigen Personaldokumente bei sich zu haben oder nach Ablehnung ihres Asylantrages nicht rechtzeitig das Land verlassen zu haben, können bis zu 6 Monaten, in bestimmten Fällen sogar bis zu 18 Monaten weggesperrt bleiben. Dort sitzen sie nun, oftmals in völliger Unkenntnis ihrer eigenen Situation und mit nur eingeschränkten Möglichkeiten ihre Rechte wahrzunehmen und warten darauf, daß sie entweder abgeschoben oder in erneute Illegalität entlassen werden.

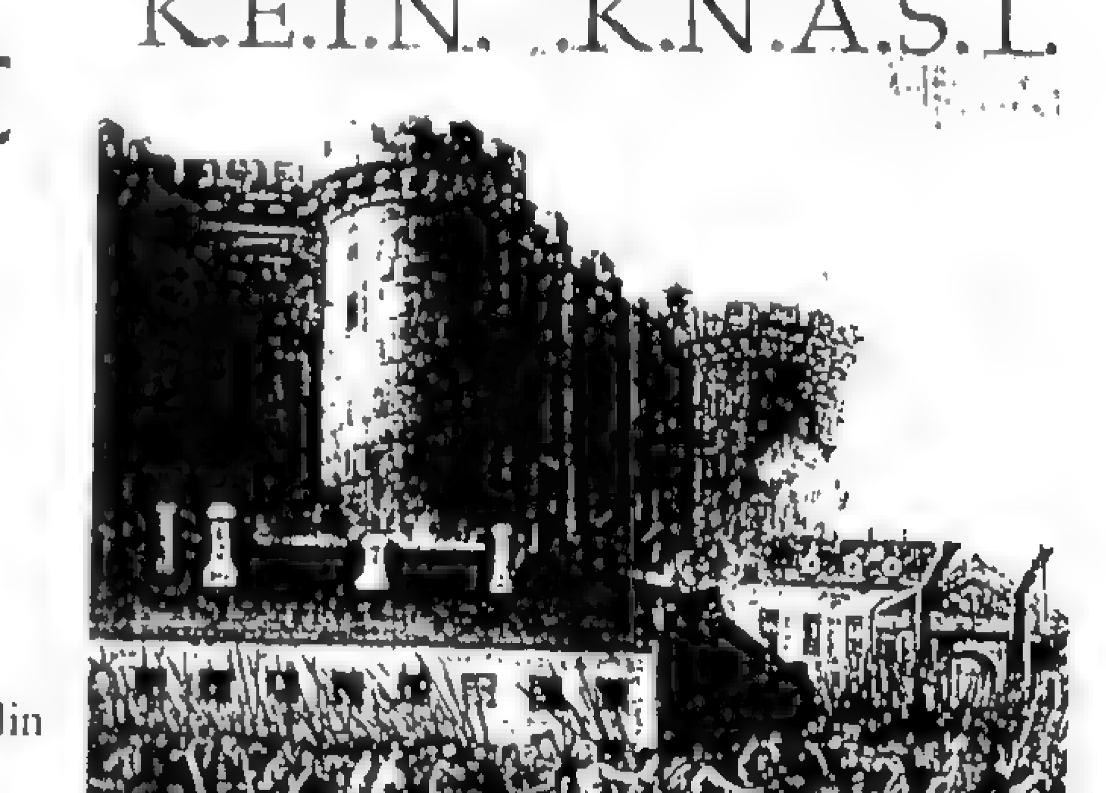
Schönbohm und seine Innenverwaltung, die für den Knast verantwortlich sind, prahlen mit den ständig steigenden Zahlen der Menschen, welche die Abschiebehaft durchlaufen und werten den Knast als vollen Erfolg.

Nichts geändert hat sich aber an den miesen Haftbedingungen und alltäglichen Schikanen. Die Leute haben keine Möglichkeit zu Arbeit oder Freizeitbeschäftigung. Das Essen sowie die medizinische und soziale Betreuung sind katastrofal. Die Gefangenen werden von ihren Bewachern geduzt oder mit Nummern angeredet. Die Regeln im Knast werden meist vom Personal selbst gemacht.

Weil wir diese Vorgänge öffentlich machen wollen, weil wir den Gefangenen zeigen wollen, dass wir zu ihnen halten, weil wir uns über jeden Fall freuen, bei dem es z.B. durch Ausbruch gelingt, den Abschiebemechanismus zu sabotieren, ziehen wir zum wiederholten Mal vor den Abschiebeknast in Köpenick.

Abschiebung ist Mord.
Enough is Enough.

K.E.I.N. K.N.A.S.T.



... steht ewig, *gelle*...

5.
SOLIDARITÄTSKUNGEBUNG
am ABSCHIEBEKNAST
GRÜNAU
(Grünauer Str.)

SONNTAG,
23.11.97
13.00 Uhr

Treffpunkte:
(S) Bundesplatz 11.3o Uhr
(S) Friedrichstr. 11.3o Uhr
(S)Baumschulenweg 12.15 Uhr

Programm:
BUD'S BALOOZE (Ska aus Berlin)
DI STREHBA (Punk aus Bernau)
... Percussion, Vokü, Theater, Aktionen...

Aufrufende:
Jugendcamp gegen Rassismus & Antirassistische Initiative & Initiative gegen Abschiebehaft & Initiative gegen das Asylbewerberleistungsgesetz & F.e.l.S. & RAA Angermünde & Kein Mensch ist illegal

V.i.S.d.P.: T.Engelmann, Kaisers Augustienstr. 3, Berlin

Wenn, dann freßt eueren Scheiß selber

Gen-Tech

Keine gentechnischen Freilandversuche im Berliner Umland und anderswo !

Es liegt schon einige Zeit zurück, aber immerhin: Am letzten Septemberwochende fand eine erneute Protest-Aktion von rund 40 Gegnerinnen der Bio- und Gentechnik im Berliner Umland statt. Organisiert vom Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche, führte eine Radtour zu Versuchsfeldern der agroindustriellen Konzerne Monsanto in Tempelfelde und der AgrEvo in Schönfeld. Beide Orte sind im Landkreis Barnim, etwa 6 km südostlich von Bernau, gelegen.

Der US-Konzern Monsanto, auch bekannt durch die Produktion des Entlaubungsmittels "Agent-Orange" während des Vietnamkrieges, begann Anfang September mit der Aussat von gentechnisch verändertem Winterraps in Tempelfelde. In einer dreijährigen Versuchszeit soll dort der Einsatz des Pflanzenschutzmittels 'Roundup' weiter getestet werden. Denn bisher, so die Feststellung der Monsanto-Forscher, wird bei dem Einsatz des Pflanzenschutzmittels mehr zerstört als nur einfaches Unkraut.

In den USA ist der Einsatz des Monsanto-Produkts 'Roundup' bereits in vollem Gange und es wird immer großflächiger eingesetzt. Zum Beispiel für das ungehemmte Wachstum genveränderter Sojakeimlinge. Das gentechnisch manipulierte Soja wird seit 1996 kommerziell angebaut. Dabei verdealt der Monsanto-Konzern gleich beides: Den Rohstoff Soja und das Pflanzenschutzmittel Roundup. Und verdient auch doppelt gut, den beide Produkte stammen aus den eigenen Labors.

Nach Firmenangaben erzielt das Monsanto-Soja in diesem Jahr bereits einen Anteil von 15% an der gesamten Sojaernte in den USA. Die FR am 1.10 reportiert dazu: .."im mittleren Westen der USA, einer der Soja Hochburgen, waren 1996 bereits zehn Prozent der gesäten Sojapflanzen gentechnisch verändert, dieses Jahr waren es schon 20% und für 1998 wird mit einem Anteil von 40 Prozent gerechnet". Auch wenn diese Prognosen mit Vorsicht zu genießen sind, sie verdeutlichen einen Trend.

Die Refinanzierung der millionenschweren Forschungen, weiteres Wachstum und steigende Gewinne sollen aber nicht nur auf dem US-Markt erzielt werden. Von den 70 Mio.Tonnen der gesamten US-Sojaernte gingen in den vergangenen Jahren rund zehn Millionen Tonnen in die Europäische Union, davon waren 2,2 Mio. Tonnen für den deutschen Markt bestimmt. Und mit dem steigenden Anteil gentechnisch veränderter Produkte an der Gesamternte steigt auch der Anteil am Export. Rund 330.000 Tonnen Gen-Soja aus der laufenden Ernte werden nach Deutschland fließen. In der Praxis nicht fein säuberlich voneinander getrennt und etikettiert, sondern schön untergemischt unter die gesamte Ernte. Anschließend gehts ab in Nahrungsmittelfabriken. Und irgendwie landen so Millionen Tonnen von Nahrungsmittel-Produkten, deren Herstellung auf gentechnisch veränderten Rohstoffen beruhen, bereits heute in den Supermärkten der großen Handelsketten.

Wer glaubt, daß die bestehenden Gesetze zur Kennzeichnungspflicht den Konsumentinnen (noch) ausreichend Schutz bieten würden, irrt mächtig. Die Verordnungen sind so grobmaschig gestrickt, daß den Konzernen schon einiger Spielraum zur Profitmaximierung gegeben ist. In der Praxis bedeutet die Kennzeichnungspflicht zum Beispiel das bei genmanipulierter Tomaten, sofern sie unverarbeitet verkauft werden ein Hinweis darauf gegeben werden muß. Gelangt die selbe Tomatenscheiße zu Pizzabelag verarbeitet in den Handel, ist die Rechtslage schon gar nicht mehr eindeutig. Oder bei Bonbons die zu 97 Prozent aus genmanipulierten Zuckerrübern stammen konnen oder Lachs, dem gentechnisch erzeugte Wachstumshormone verabreicht wurden, braucht keine Kennzeichnung zu erfolgen.

Ein anderes weites Feld in der die Gentechnologie eingesetzt wird ist die Produktion von Enzymen (Eiweißen). Diese niedlichen Dinge finden sich in Wasch- und Geschirrspülmitteln oder werden bei der Produktion von Brot, Alkohol, Fruchtsäften, Käse, Marzipan oder Mayonnaise benötigt. Durch die bisherigen Herstellungsmethoden waren der Lebensmittelindustrie jedoch Grenzen gesetzt.

Mit der Gentechnologie laßen sich diese Dingerchen nun zum einen billiger, in beliebigen Mengen und in höherer Reinheit herstellen und zum anderen steigern sich die Kombinationsmöglichkeiten. Denn der moderne Mensch in den Metropolen soll es leicht (Light-Produkte) und gesund lieben, mit wenig Fett und Kalorien und cholesterinfrei. Es soll schnell zuzubereiten sein, möglichst frisch, lange haltbar und schmackhaft sein. Ein weites Feld. Das die Gentechnik in immer stärkeren Maße bei der Enzymproduktion eingesetzt wird, leugnen die Vertreterinnen dieser Technik kaum noch. Nur wo genau, darüber schweigen sie sich gerne aus. Ebenso über mögliche Folgen. Enzyme (Eiweiße) sind für ihr hohes allergenes Potential bekannt.

Finden sich in den Nahrungsmitteln zukünftig immer mehr und immer neuere Kombinationen von gentechnisch hergestellten Eiweißen, steigt dann unsere Allergieanfälligkeit?

Wie lange überleben geklonte Organismen die zur Enzymherstellung benötigt werden außerhalb der Reagenzgläser?

Ist die Feststellung, daß bei Kühen die mit Monsanto-Soja gefüttert wurden teilweise der Fettgehalt der Milch gestiegen ist ein historischer Zufall?

Auf diese und viele andere Fragen haben weder Industrie noch Genehmigungsbehörden eine Antwort.

Geklonte Schafe und Frösche ohne Köpfe, die Patentierung von Leben und die Herstellung einzelner menschlicher Organe sind widerlich, überflüssig und schlagzeilenträchtig. Der massenhafte Einsatz von Gentechnologie in der Nahrungsmittel-Industrie ist widerlich und überflüssig, jedoch nicht so schlagzeilenträchtig.

Nur vereinzelt, wenn Staat und Industrie die Gentechnologie zu einer Standortfrage hochpushen, zur Frage von Schaffung von Arbeitsplätzen. In privaten Laboren, halbstaatlichen Forschungseinrichtungen und Überwachungsinstitutionen. Und, welch ein Trost, werden damit zukünftige Arbeitsplätze in der High-Teach-Medizin gesichert, die zur Bekämpfung auftretender Folgen der Gennahrung benötigt werden?

Die Feldversuche im Berliner Umland (in Golm bei Potsdam sowie in Schönfeld und Tempelfelde bei Bernau) sind Teil eines gesellschaftlichen Feldversuches den die gentechnikfixierte Nahrungsmittel-Industrie gegenwärtig durchführt. Auch die Felder im Berliner Umland sind widerlich und überflüssig !

Wir fordern

Kennzeichnung aller Produkte die nicht gentechnisch verändert wurden (ist einfacher) !

Verseuchung aller Versuchsfelder mit Genteach Zuckerrüben Bonbons !

Mehrmonatige Zwangsernährung aller Gentechnik Verantwortlichen von Staat und Industrie mit Monsanto und AgrEvo Produkten - ohne medizinische Betreuung !

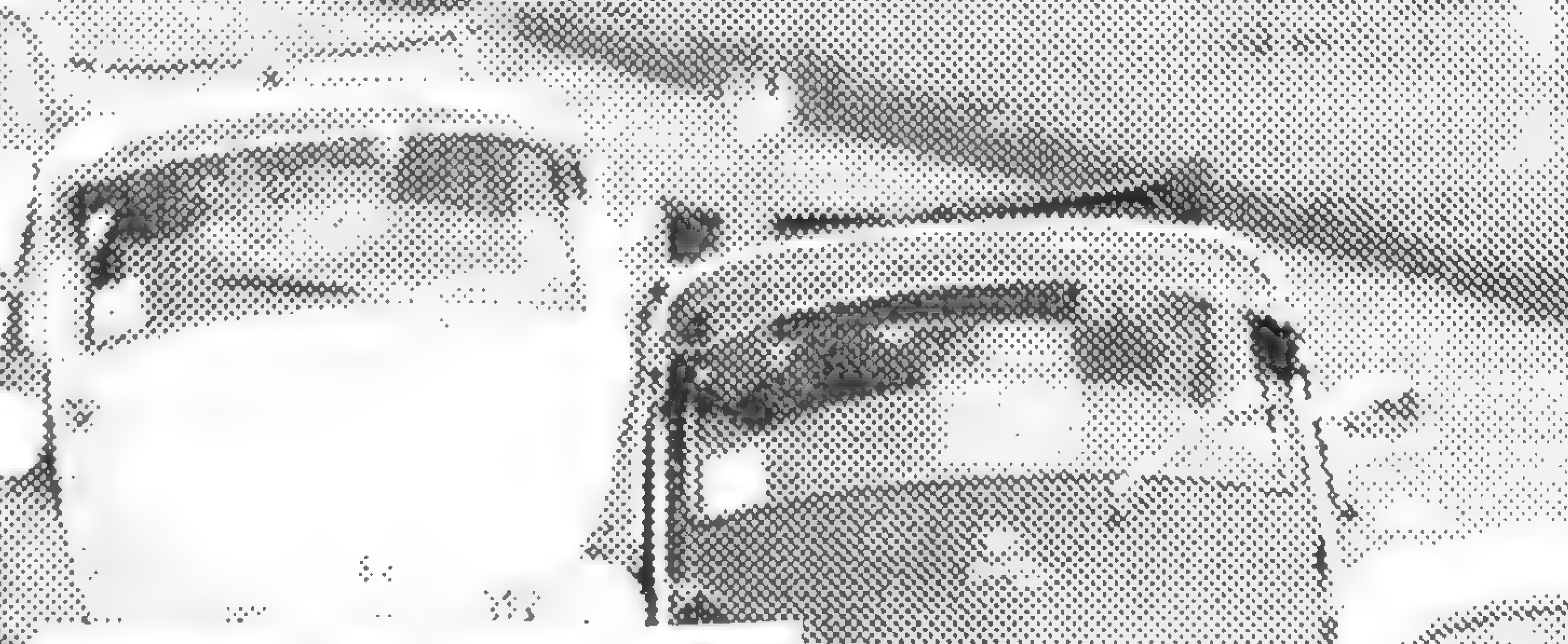
Rums & Bums

Buchbesprechung

Der Abstieg Berlins zum Regionalzentrum Ost

In elf thematischen Streifzügen durch Berlin beschreibt Uwe Rada die Gegenwart der „Hauptstadt der Verdrängung".

Uwe Rada
Hauptstadt der Verdrängung
Berliner Zukunft zwischen Kiez und Metropole
Verlag Schwarze Risse, Berlin 1997
238 Seiten, 32 Mark
ISBN 3-923737-39-8



„Kann man in der Friedrichstraße küssen?" fragt uns Uwe Rada in Anlehnung an ein Zitat der DDR-Schriftstellerin Brigitte Reimann, auf einem seiner Spaziergänge durch das neuerbaute Berlin. Leider nicht, denn zwischen dieser inszenierten, an die Architektur des italienischen Faschismus erinnernden Stadtlandschaft aus lauter kalten Steinklötzen, ist für das Leben der Menschen kein Platz. Inzwischen ist die Friedrichstraße nicht nur städtebaulich, sondern auch kapitalistisch gescheitert. Milliarden wurden in den märkischen Sand gesetzt und stehen nun leer; und es erscheint zweifelhaft, ob diese Ödnis je mit Leben erfüllt wird

Die Friedrichstraße ist nicht das einzige Vorhaben, das der Pleiten-, Pech- und Pannenmannschaft des Berliner Senats im märkischen Sand versinkt. Nichts ist mit Weltstadt, europäischer Dienstleistungsmetropole, und Olympiastadt 2000; kein Vergleich mit Paris und London ist angesagt, sondern Berlin steht im Wettbewerb mit Leipzig, Prag und Warschau. Ob der Regierungsumzug da noch viel retten kann, oder nur ein weiteres, kleines Ghetto rund um den Reichstag bewirken wird, ist unklar. Die Stadt Berlin ist als „Regionalzentrum Ost" auf dem Boden der Tatsachen angekommen.

Zu elf Spaziergängen und thematischen Streifzügen durch das neue Berlin macht sich Uwe Rada mit den LeserInnen auf. Er führt sie unter anderem zur virtuellen Welt der Infobox am Potsdamer Platz, durch die neue Friedrichstraße und in die verschiedenen Kieze von Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Mitte und Neukölln.

Er beschreibt das Scheitern der hochtrabenden Pläne der Herrschenden: Nicht die Armen verlassen die innenstädtischen Viertel, sondern die Besserverdienenden sowie jene Familien, die sich den Traum vom Häuschen im Grünen leisten konnen. Um die neu errichteten „Zitadellen" des Reichtums (nicht von ungefähr ähnelt das Daimler-Benz-Gelände am Potsdamer Platz einer mittelalterlichen Burg mit Wassergraben) und des Regierungsviertels legt sich langsam ein Ring von „sozialen Problemvierteln", deren BewohnerInnen immer weiter sozial absteigen. Kreuzbergs Südosten und der Norden von Neukölln mit jeweils fast 30% Arbeitslosen geben die Richtung vor. Durch den ökonomischen Druck nehmen die internen Konflikte im Stadtteil zu - Armut macht aggressiv - und zerstören damit die Reste von „community". Somit sind die Horrorszenarien der autonomen Szene zu Beginn der 90er Jahre , in denen sie sich schon zusammen mit den ärmeren Bevölkerungsteilen in die Ghettos von Hellersdorf verdrängt sahen, nicht eingetroffen Der Angriff kommt als Auflosung des sozio-kulturellen Milieus. Aus diesem Szenario fallen nur einzelne Straßenzüge heraus, wie die Gegend rund um den Wasserturm in Prenzlauer Berg, die Bergmannstr in Kreuzberg 61 und die Spandauer Vorstadt rund um die Hackeschen Höfe. Sie werden zwar enorm aufgewertet, geben aber nur noch eine Kulisse fur Touristen ab

Den Hauptteil des Buches machen die sehr materialreichen und fundierten Betrachtungen zum Verschwinden der Offentlichkeit und des offentlichen Raums in der Stadt aus Jegliches sozial abweichendes Verhalten soll per staatlicher und privater Polizei mit „Null Toleranz" kriminalisiert, verfolgt und verdrangt werden Die Razzien gegen die informellen Treffpunkte von Flüchtlingen am Breitscheidtplatz oder die Sonderkommision der Kripo gegen Graffitti-SprayerInnen sind nur zwei Beispiele. Ausführlich wird beschrieben, wie die alte „Berliner Mischung", die Einheit von Wohnen, Leben und Arbeiten im Kiez sich auflöst Doch auch wenn gegenuber den neuen Multi-Media-Profit-Centern der alte patriarchal geführte Hinterhofbetrieb geradezu heimelig wirkt, sollte nicht vergessen werden, wie unerträglich diese Strukturen auch sein können. An einigen Stellen verfallt Uwe Rada in diese Melancholie, daß früher alles besser war. Es war anders, aber haben sich die BewohnerInnen 1983 gegenuber der Stadt weniger fremd gefühlt? Ist es nicht ein Problem, daß die Linke die Position des Neuen, der Veranderung und der Dynamik allein der Kapitalseite überlaßt? Wollen nicht auch wir Veränderungen, nur andere? Seit wann ist die „Berliner Mischung" der 70er Jahre das Ziel unserer Träume?

Am besten gefallen die auf eigene Beobachtungen des Autors aufbauenden Streifzüge durch die verschiedenen Berliner Kieze. In Relation dazu fallen die Kapitel etwas ab, in denen unterschiedliche Betrachtungen und Positionen aus anderem Munde sozusagen journalistisch aufbereitet werden Beeindruckend ist noch das Kapitel über die neuen Ängste der StadtbewohnerInnen, die von den Rechten so erfolgreich aufgegriffen werden und gegen sozial abweichendes Verhalten instrumentalisiert werden

Es ist schwer, sich der Stimmung des Buches zu entziehen, die Berlin in einem schwarzen Loch versinken läßt. Am liebsten würde mensch sich nach der Lektüre am Kottbusser Tor auf die U-Bahn-Schienen setzen und auf den Zug warten. Aber übersieht Uwe Rada da nicht die potentielle Erneuerungskraft des Kapitalismus, der sich in jeder Krise, über die von ihm produzierten Leichen hinweg, zu einem neuen Zyklus aufraffen kann

So ist es auch ein wenig zuviel versprochen, daß sich das Buch mit „der Zukunft" Berlins beschäftigt. Denn das letzte Kapitel, in dem er einen Ausblick versucht, bleibt etwas schwammig. Da sich Uwe Rada das ganze Buch hindurch nicht entscheiden kann, ob er als Beobachter oder als Akteur die Szenerien beschreibt, schwankt er ständig zwischen beiden Positionen hin und her. Dies ist bis zu dieser Stelle kein Problem doch spatestens hier mußte er sich entscheiden und klar Position beziehen. Da reicht es einfach nicht, sich hinter Micha Brumliks Forderung, neu über den Kommunismus reden zu wollen, zu verstecken. Da könnte er schon selbst etwas konkreter werden und zum Beispiel die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden in der Stadt thematisieren

Richtig ärgerlich wird es bei seiner Kritik an den neuen sozialen und autonomen Bewegungen der 80er Jahre Warum dieser süffisante, außen-vorstehende Stil? Warum nicht in Ichform? War Uwe Rada nicht selbst ein Träger dieser Politik? Daß andere Zeiten anderer politischer Antworten bedurfen, ist unbestritten

Auf den letzten Seiten deutet Uwe Rada sehr vorsichtig an, was die anstehenden Aufgaben sein konnten. eine „stadtische Bewegung der Menschenrechte", die versucht das Recht auf eine eigene Existenz für Alle, sowohl materiell wie soziokulturell, durchzusetzen. Zuerst bedeute dies, „soziale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Orte und Räume, in denen Stadt tatsächlich noch der Ort sozialen Zusammenlebens ist", zu verteidigen und neu zu besetzen. Gegen die Ausgrenzung und das Verdrangt-werden durch die sich im Besitz der politischen Macht befindenden „Ins" und Reichen, wieder „einen gesamtstadtischen Handlungsspielraum zu schaffen." Sehr viel konkreter wird er leider nicht

Uwe Radas Spaziergänge und Streifzüge durch die Stadt sind das erste Buch, daß die Veranderungen der letzten zehn Jahre in der Stadt nachvollzieht und zusammenfaßt und sich somit auf der Höhe der Zeit befindet. Mit seinem Buch gibt er den LeserInnen das Werkzeug in die Hand, um die individuell erfahrenen Veranderungen vor der Haustür wieder in ein Gesamtbild der gemeinsamen Stadt einordnen zu können. Und dies ist der erste Schritt, um sich die Stadt wieder als die Stadt der Gesamtheit ihrer BewohnerInnen, und nicht einer kleinen Clique von Mächtigen und ihrer Kofferträger, aneignen zu konnen

B.

Kommt massenhaft und bringt Eure Ideen mit!
FrauenLesben-Vollversammlung

näxte FrauenLesben VV am 29.11.97 um 15 Uhr in der SFE

„...daß wir FrauenLesben wieder zu einer öffentlichen Diskussion über Ziele und Wege militanten Frauenwiderstands und zu einer stärkeren Organisierung finden"

ROTE ZORA

Am 26.1o.97 fand in der SFE seit langem mal wieder eine FrauenLesben VV statt. 14o FrauenLesben kamen mit großem Interesse. Es gab viele spannende, widersprüchliche lebhafte Diskussionen, vor allem in den neun Arbeitsgruppen, die zwischendrin stattfanden und in denen jede zu Wort kam. Kernpunkt der Auseinandersetzungen war die Frage nach dem Sinn eines regelmäßigen FrauenLesben Plenums: sollen die Plena mit bestimmten inhaltlichen Schwerpunkten vorbereitet werden? Wie kann eine Struktur aussehen, die sich selbst trägt? Bei jedem Plenum soll es eine "aktuelle Stunde" geben..........Viele Fragen konnten an einem Nachmittag nur angerissen werden. Auf jeden Fall ist klar geworden, daß erstaunlich viele FrauenLesben, trotz Skepsis bei einigen, ein großes Interesse und Lust haben, ein regelmäßiges Plenum aufzubauen! Es wird ein Protokoll der VV geschrieben, das ab näxter Woche montags am FrauenLesben Abend in X-B in Friedelhain, beim FrauenLesben Fruhstück sonntags in der Brunnenstr.7 und im Schocko-Cafe in Kreuzberg zu bekommen ist. Ansonsten freuen wir uns schon auf Euch und die

Frauen/Lesben-Vollversammlung

"sauer macht lustig!" (interim 428)

... und lustig ist postmodern!

Zwei Tage vor der Love-Parade 1997 erschien in der interim Nr. 427 anlässlich eines Aufrufes zur Störung dieser Veranstaltung ein Text von uns. Wir wandten uns gegen die kulturpessimistische Haltung vieler Linksradikaler, die sich generell weigern, den kulturellen Bereich als Interventionsfeld zu nutzen. Zudem regten wir dazu an, die Alternativ-Veranstaltung "Hateparade" des DJ Trauma XP zu besuchen.

Auf die darauf folgenden zwei Entgegnungen (interim 428), wollen wir hiermit antworten.

Warum ist es wichtig, sich mit dem Bereich Kultur auseinanderzusetzen?

1. Übef Kultur werden **gesellschaftliche Ereignisse ästhetisiert**, anstatt sie zu kritisieren. So versuchte der Pharmakonzern WELLCOME 1993 in London, mittels einer Ausstellung Akzeptanz für gentechnologische Methoden zu erlangen.

2. **Neurechte Inhalte** expandieren im Kulturbereich. Als Beispiel lässt sich die Einladung des antisemitischen Regisseurs Hans-Jürgen Syberberg zu einer Diskussion in der literaturwerkstatt Pankow (1996) anführen.

3. **Kultur ist eine Ausschlußkategorie.** Sie kann dazu dienen, die Konstruktion eines WIR zu betreiben, das den ANDEREN gegenübergestellt wird. Die Konstruktion von FREMDEM und EIGENEM läuft heute häufig über die des Nazismus unverdächtige Kulturkategorie.

a) Heute heißt es selten "Reinerhaltung der weißen Rasse" sondern "Bewahrung der deutschen Kultur". Jüngstes Beispiel ist die Forderung nach einer "Deutsch-Rock-Quote" durch Kunze etc.

b) Im Zuge des Projektes "Vereintes Europa" ist eine Aufwertung der "Regionalkultur" zu beobachten. Die Forderung nach nationaler Identität findet, als kulturelle Identität veredelt, in weiten Kreisen Beachtung.

4. Konventionelle politische Aktionsformen wie Demonstrationen und Flugblätter haben heute den Provokationscharakter verloren, den sie Ende der 60er Jahre besaßen. Auf der Suche nach **neuen Formen, gesellschaftliche Brüche aufzuzeigen**, bietet der Kulturbereich vielfältige Möglichkeiten. Entgegen dem üblichen funktionalisierenden Blick sollte Kultur als eigenständige Form gesellschaftlicher Intervention begriffen werden, als eine andere Form, Politik zu machen.

Zur Kritik an unserem Papier und an der "Hateparade" von DJ Trauma XP:

1. Technoide Subversion?!

"Würde Techno die Assoziation der Verschieden- und Andersartigen befördern, hätte Techno auch subversive Kraft." (Giulietta) Und das ist inzwischen nicht mehr so. Es ging uns aber auch in keinster Weise darum, die 97er Love-Parade zu verteidigen oder an die derzeitige Techno-Szene großartige Subversionshoffnungen zu verschwenden. **Vielmehr geht es uns darum, den kulturellen Bereich als wichtiges Interventionsfeld wahrzunehmen und Kultur als eine andere Form des Politik-Machens zu begreifen.**

Deshalb ist auch die Frage "was hat Techno an Befreiungspotential zu bieten?" ulkig. Wer so fragt, will immer schon schwarzrote Sessel vorfinden, in denen es sich gemütlich gemacht werden kann. Sollen bereits alle Kriterien erfüllt sein, um es für überlegenswert zu halten, sich in den kulturellen Bereich einzubringen? Woher rührt soviel Angst, sich auch in ambivalente Situationen einzubringen? Manche suchen den **archimedischen Punkt**. Wenn sie glauben, ihn gefunden zu haben, versuchen sie von dort aus alles zu sehen und zu bewegen. Es gibt aber keinen Ort, von dem aus alles gesehen werden kann. Es ist uns unbegreiflich, wie mensch linksradikalem Engagement in der Club-Szene ablehnend gegenüberstehen kann, ohne dort Erfahrungen gemacht zu haben. **Dissidenz findet mensch nicht vor, Dissidenz muß organisiert werden!** Eine andere Frage könnte heißen "Was spricht dafür, linksradikale Inhalte auch in der Dance-Szene zu etablieren?" oder "Was spricht dafür, daß die Bedingungen für emanzipatorische Inhalte in der Techno-Szene besser sind als anderswo?"

2. Love = Hate?

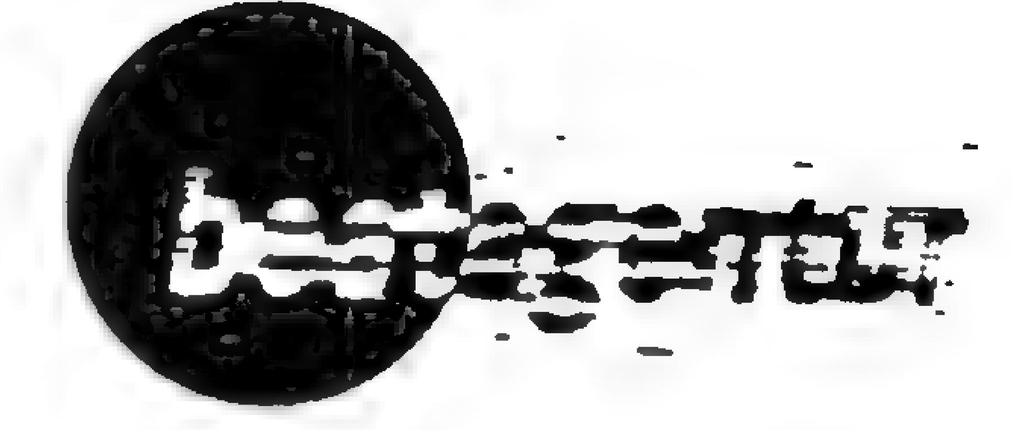
Es wurde kritisiert, Love- und Hateparade unterschieden sich nur in den Etikettierungen, die Praxis sei aber die gleiche (Giulietta). Das eine sei das Original, das andere die Kopie (Gabba the Hut).

Wer dies denkt, ist niemals offen für andere Formen, Politik zu machen. Sobald sich eine öffentliche Praxis von alten Artikulationsformen abwendet und anderes ausprobiert, beginnt das traditionsbewußte linke Mißtrauen zu rotieren. Der **richtige** Inhalt soll sich eben in der **richtigen** Form bewegen, und das bedeutet: Weiter so wie bisher.

Im übrigen entsprach die Hate-Parade des DJ Trauma XP auch nicht unseren Idealvorstellungen von subversiver Gegenkultur. Dies verleitet uns jedoch nicht zu der bequemen Aussage, "es einfach sein zu lassen" (Gabba the Hut). Mensch hätte die Hate-Parade so definieren müssen, daß klare Aussagen bspw. gegen den Sicherheitsdiskurs im Rave-Kontext (Sicherheitspartnerschaften zwischen VeranstalterInnen und Polizei) in den Vordergrund treten oder daß die Gewaltverhältnisse in den Innenstädten thematisiert werden. Dies muß auch bedeuten, sexistische Haßsprache zu kritisieren und Anmache von Typen zu unterbinden, die sich im Rave-Kontext aufhalten.

3. Stichwort Underground

Wir wurden von Giulietta so verstanden, als wollten wir "den Musikstil Underground (...) kompetent gegen Integration in den Kommerz" verteidigen.



> **Tanzvergnügen: neuer Nachttermin**
>
> **Frankfurt/M. (taz)** – Die „Partysanen" lassen sich nicht von der Straße vertreiben. Nachdem ihre erste „Nacht-Tanz-Demonstration" Anfang Juni von der Polizei gewaltsam aufgelöst worden war, laden sie zum neuen Beisammensein in die Frankfurter City ein. Die Party steigt in der Nacht vom 3. auf den 4. Juli unter dem Motto: „Lärmschutz '97 – gegen Sicherheitswahn und Rassismus".

Love/Hate-Parade

Als **Underground** bezeichnen wir die **Verbindung eines Musikstils**, der von einer zahlenmäßig kleinen Gruppe von Leuten stark vorwärtsentwickelt wird **mit einem Bereich**, der sich nicht von vornherein den Marktgesetzen unterordnet. Unter bewußter Übertretung behördlicher Vorschriften werden von hier aus auch illegale Partys organisiert.

Es wäre zu einfach, einen authentischen "Underground" - entdeckt geglaubt - verteidigen zu wollen, um somit das durch ihn verkörperte dissidente Wahre dem kulturindustriellen Falschen entgegensetzen zu können.

Das Sprechen von Underground ist problematisch, da eine **scharfe Trennung von Under- und Overground kaum mehr möglich** ist. Erstens ist der Underground die wertvollste Reserve der Musikindustrie, sozusagen die Avantgarde zukünftiger Profitmaximierung, zweitens ist der Wunsch nach Distinktionsgewinn ("strictly underground") heute nur selten politisch motiviert, vielmehr verspricht der Differenz-Bonus Vorsprünge im kapitalistischen Konkurrenzkampf.

Bis aus Subkultur Massenkultur wird, dauert es demnach nicht lange: Neben den Aufsaugbestrebungen der Industrie ist es die Profitgier im Underground selbst, die sein "commercial climbing", sein overgründig werden verursacht. **"Es hat jedoch wenig Sinn, all das zum Anlass zu nehmen, mit den (sub-)kulturellen Praktiken pseudoradikal abzuschließen. Damit wäre jegliche Möglichkeit dahin, auf die Verhältnisse anders als kulturpessimistisch zu reagieren."** (Mainstream der Minderheiten, S. 10)

Eine subkulturelle Bewegung muß der Verwertung immer ein Stück voraus sein, sie muß sich so schnell wandeln, daß es der Musikindustrie nicht gelingt, das kreative Potential abzuschöpfen.

So etwas wie Bewegungskultur entsteht dann, wenn auf vielen Ebenen Widerstand geleistet wird. **"Kämpfe auf dem Feld der Kultur (sind) wichtiger denn je** (...) allerdings muß man wohl aufgrund der ambivalenten Geschichte von Pop betonen, daß man diesen Kampf immer wieder verlieren wird, wenn es nicht gelingt, an den sozialen und institutionellen Praxen etwas zu verändern." (ebd. S. 19). Symbolische Politik braucht also notwendig die Verzahnung beispielsweise mit militanter Politik.

berlin den 27. August 97

Volxsport in Göttingen

Warum wir in der Nacht vom 6. auf den 7. November das Arbeitsamt Göttingen angegriffen haben ?

Das Arbeitsamt ist die unterste Verwaltungsstelle der Bundesanstalt für Arbeit mit folgenden Hauptaufgaben: Berufsberatung, Arbeitsvermittlung, Förderung der beruflichen Bildung, Gewährung von KurzarbeiterInnengeld, Schlechtwettergeld, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Kindergeld. Die Aufsichtsbehörde stellt das Landesarbeitsamt dar, das wiederum der Bundesanstalt für Arbeit untergeordnet ist. Hier werden die Schritte der staatlichen Arbeitsmarktpolitik bestimmt und angeordnet, deren Auswirkungen dann jede r einzelne in ihrem seinem Arbeitslosenalltag zu spüren bekommt. Nach Angaben des Arbeitsamts Göttingen lag Ende 1996 die Arbeitslosenquote bei 14,6%, 1995 lag sie noch bei 12,9%. Ende August 1997 liegt die Quote für Göttingen bei 14,7% - Göttingen wird in der Umgebung nur noch von Osterode (15,1%) und Uslar (16,3%) übertroffen. Die Dunkelziffer dürfte jeweils um einiges höher liegen, denn wer glaubt schon einer Statistik, die er/sie nicht selbst gefälscht hat. Ohnehin fallen alle diejenigen aus den statistischen Angaben, die sich nicht alle drei Monate beim Arbeitsamt melden. Andere, die kein Geld vom Arbeitsamt erhalten, werden vom Arbeitsamt nie vermittelt werden. Das Arbeitsamt spielt ohnehin inzwischen bei der Arbeitsplatzvermittlung eine geringe Rolle. Private Vermittlungsdienste sind oft attraktiver und effektiver geworden. Im Beschäftigungsbereich wird ein fortschreitender Arbeitsplatzabbau forciert, im Arbeitsförderungsgesetz-Reformgesetz werden einschneidende Kürzungen und Streichungen vorgenommen. Nach dem Eingriff in den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit (BA) sind von den beantragten 105 Milliarden DM nur noch 100 Milliarden bewilligt, und auch der Bundeszuschuß von 9,4 Milliaren DM schrumpfte inzwischen auf 4,1 Milliarden DM. Dies passiert zeitgleich mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen um derzeit plus 443000 auf 4,2 bis 4,3 Millionen statt der erwarteten 3,95 Millionen im Jahresdurchschnitt. Die Zahl der offiziell gemeldeten Langzeitarbeitslosen lag Ende Juli bei 1,44 Millionen und damit 20% höher als 1996. Dafür arbeiten nur noch 214000 in Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen (ABM), somit ein Viertel weniger als im Juli 1996. Dies sollte nicht verwundern, wurden gerade in Ostdeutschland doch gerade 200000 ABM-Stellen gestrichen und andere arbeitsmarktpolitische Instrumente eingeschränkt. Dazu kommen die erweiterten Eigenleistungen durch die ABM- und Fortbildungsmaßnahmen, so daß sie für die meisten TrägerInnen nicht mehr leistbar sind. Bei den Neuzusagen ist ein Rückgang von 41% zu verzeichnen und von den ursprünglich eingeplanten 723 Millionen DM wird "voraussichtlich nur die Hälfte zur Verfügung stehen" (Wilhelm Adamy, DGB-Arbeitsmarktexperte). Allein im Fortbildungs- und Umschulungsbereich kann sich keines der 30000 Unternehmen sicher sein, im 4. Quartal dieses Jahres und vor allem darüber hinaus von der BA Nürnberg gefördert zu werden. Auch die berufsbereitenden Maßnahmen in der beruflichen Erstausbildung bei Unternehmen werden wegfallen, bzw. schwer eingeschränkt werden: größere Unternehmen haben schon damit begonnen, indem sie DozentInnen und MitarbeiterInnen entlassen haben. Wenn überhaupt, wird zukünftig auf ungesicherter Honorarbasis weitergearbeitet. Dem im großen Stil betriebenen Abbau der ABM steht eine Umstrukturierung der noch existierenden ABM-Stellen gegenüber. Anstelle dauerhafter Arbeitsstellen treten kurzfristig greifende ABM-Stellen, die sich für die Wirtschaft eher rechnen als sozial und finanziell abgesicherte Arbeitsplätze. ABM zeichnen sich besonders durch die Nichtexistenz von Urlaubs- und Weihnachtsgeld - und das bei niedrigstem Tariflohn - aus. Insofern werden aus den ursprünglich für Arbeitssuchende gedachten ABM für ArbeitgeberInnen finanziell günstige Übergangsjobs. Dies ist auch auf dem Sozialsektor zu beobachten: der schon seit Jahren betriebene Abbau von Stellen dort wird mit dem Jobkiller "Zivildienstleistender (ZDL)" kurzfristig überbrückt. Abgesehen davon, daß der "zivile Zwangsdienst" keine realistische Alternative zum Zwangsdienst in der Mördertruppe Bundeswehr darstellt, wird mit dem Masseneinsatz von ZDL im sozialen und medizinischen Sektor die eventuelle Chance einer Humanisierung der betreffenden Bereiche vertan (Humanisierung meint hier, durch dauerhafte Mehreinstellungen eine Sozial- oder Medizinversorgung am Fließband zurückzudrängen und den Menschen als Subjekt der Fürsorge zu behandeln). Dies beides führt zu einer Straffung des "zweiten Arbeitsmarktes" mit Billiglöhnen. Städte im Osten beispielsweise gründen nur mit ABM-Kräften ganze Unternehmen z.B. im Gartenbau und lassen Kleinbetriebe ihrem finanziellen Ruin entgegengehen, indem sie mit Tiefst-Preisen arbeiten können. Die betreffenden Unternehmen entlasten sich somit von ihrer Verantwortung und sparen an ihren Ausgaben. Wenn die Ausgaben für - ohnehin schon gekürzte - Pflichtleistungen wie Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und die ebenfalls noch obligatorische berufliche Ersteingliederung von "Behinderten" steigen, liegt es in der HERRschenden Logik, sich die Leistungen vorzunehmen, auf die kein Rechtsanspruch besteht. Es ist dann Aufgabe der örtlichen Arbeitsämter, also auch des Göttinger, genauer zu prüfen, ob Ausgaben für die Rehabilitation von "Behinderten", die seit dem 1.1.1997 nur noch eine Kann-Leistung ist, tatsächlich "arbeitsmarktpolitischen Zwecken" entsprechen. Im Klartext heißt das Prüfung, ob sie nachweisbar erfolgsversprechend sind. Die Chancen "behinderter" Menschen auf einen Job hängen nach dem seit dem 1.1.1997 geltenden "Arbeitsfördergesetz" (AFRG) von 2 Faktoren ab: von der Haushaltslage der BA, die nach Auszahlung von Arbeitslosengeld und -hilfe als Muß-Leistungen selber einschätzen kann, welche Kann-Leistungen sie erfüllt; und vom Ermessen der Effizienz der Maßnahme der örtlichen ArbeitsvermittlerInnen. Abgesehen davon wird z.B. bei Stellen in Werkstätten für "Behinderte", die eigentlich den Übergang auf den "ersten Arbeitsmarkt" erleichtern sollen, gerade mal ein Prozent der dort Beschäftigten vom Arbeitsamt vermittelt. Auch bei einer Beschäftigung in jenen Werkstätten kann nicht automatisch mit Rentenansprüchen aus einer Tätigkeit dort gerechnet werden: diese erwachsen erst bei einer 20jährigen ununterbrochenen Tätigkeit in einer Werkstatt für "Behinderte".

Doch auch in anderen Bereichen üben die örtlichen Arbeitsamt Kontrollfunktionen aus: die Razzien im Zuge der Suche nach dem in den letzten Jahren konstruierten Feindbild "SchwarzarbeiterIn" werden immer im Auftrag des Arbeitsamtes ausgeführt. In Mecklenburg-Vorpommern wurden von den örtlichen Arbeitsämtern eigens Telefonnummern eingerichtet, um sog. "SchwarzarbeiterInnen" zu melden und zu denunzieren. Daß Flüchtlinge nicht legal arbeiten dürfen, sich aber mit einer Abfindung unterhalb des Sozialhilfesatzes begnügen sollen, wird hierbei nicht berücksichtigt. Oft sind selbst die Bargeldleistungen gesperrt, so daß die Betroffenen mit sog. "Gutscheinen", bzw. fertig gepackten Lebensmittelpaketen leben müssen. Unter diesen Umständen das Bild vom "geldgierigen, schwarz arbeitenden Flüchtling, der Deutschen die Arbeit wegnimmt" zu konstruieren, dient nur der rassistischen Stigmatisierung von Flüchtlingen. Wohin die medienwirksam durchgeführten Razzien führen, war in Berlin zu beobachten, als streikende Bauarbeiter ausländische KollegInnen auf anderen Baustellen angriffen, weil diese nach der staatlich betriebenen Hetze durch ihre nicht-deutsche Herkunft per se "SchwarzarbeiterInnen" darstellen. Eine andere - durchaus gängige - Praxis besteht darin, dem Arbeitsamt kurz vor Auftragsende die eigene Beschäftigung sog. "Illegaler" (Menschen ohne Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung) zu melden. Nach der Intervention des Arbeitsamtes werden die illegalisierten Menschen sofort abgeschoben. Das heißt für das beschäftigte Unternehmen zwar, Bußgelder bezahlen zu müssen, doch dies ist für diese leicht zu verschmerzen, indem sie die Löhne für die inzwischen abgeschobenen Illegalisierten eingespart haben. Im rassistischen Klima Deutschlands konnte sich auch die Verordnung durchsetzen, daß offene Stellen zuerst deutschen Arbeitssuchenden angeboten werden müssen. In diesem Sinn ist auch das Papier zu verstehen, das in der CDU diskutiert wird. Hier werden Einreiseverschärfungen diskutiert und die schrittweise Absenkung von SaisonarbeiterInnen vorbereitet. "AusländerInnen" sollen die dreimonatige Besuchserlaubnis bei Bekannten und Verwandten nur noch nach schärferen Kontrollen und mit fälschungssicheren "Einladungsformularen" erhalten. Einschneidenste Maßnahme in diesem Papier ist ein geplantes völliges Arbeitsverbot für AsylbewerberInnen. Deutlicher als Peter Ramsauer, sozialpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, kann der Rassismus dieser

Brandanschlag auf Göttinger Arbeitsamt

Göttingen (AP) – Mit Benzin haben unbekannte Einbrecher in der Nacht zu gestern Feuer im Göttinger Arbeitsamt gelegt. Der Hausmeister erlitt eine Rauchvergiftung. Polizei und Feuerwehr beziffern den Sachschaden auf mehr als 500.000 Mark. Das Motiv für den Anschlag ist noch unklar.

... Volxsport in Göttingen

Maßnahme schlecht ausgedrückt werden: "Der Konjunkturaufschwung geht restlos am Arbeitsmarkt vorbei, weil jährlich 250000 Ausländer den Arbeitsmarkt in Deutschland belasten" (Bild am Sonntag, 28.9.97).
Für viele bedeutet Arbeitsamt alltägliche Schikane. Z.B. die Verordnung, daß Arbeitslose "zur üblichen Zeit der Briefzustellung" zu Hause sein müssen, damit sie ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld nicht verlieren. Kommt die/der Arbeitslose dieser Verordnung nicht nach, steht er an den entsprechenden Tagen nach der Meinung der Richter des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, so daß sein Anspruch auf Arbeitslosengeld für die entsprechende Zeit gesperrt wird (Urteil vom 26.11.1996 - Az: L1Ar212/95). Z.B. der Fall eines Prothesenherstellers, der zusätzlich zu seinen sonstigen Beschäftigten eine Frau aus Kroatien eingestellt hatte, die nach ihrer Ausbildung wieder nach Kroatien wollte. Der Arbeitgeber wurde vom Amtsgericht Hannover verurteilt, weil offene Arbeitsstellen erst mit Deutschen zu besetzen seien. Das Verfahren wurde vom Arbeitsamt angeschoben. Doch auch die "einfachen" Schikanen, die nicht durch die Medien gingen (wie die beiden genannten Fälle), zeichnen das Arbeitsamt als Kontrollinstanz, die weit davon entfernt ist, Arbeitsplatzvermittlung zu betreiben - statt dessen werden Arbeitslose verstärkt kontrolliert und bespitzelt. Dazu gehören z.B. die Verordnungen von Beschäftigungstherapien, der sechswöchige Kurs "wie lerne ich mich zu bewerben" oder die vierteljährlich wiederkehrende Meldepflicht für Arbeitslose. Diese "Maßnahmen" schaffen keine Arbeit, sie sind Schikane. Krampfhaft ist das Arbeitsamt dagegen bemüht, sein Image und seine statistischen Angaben zu schönen: so ist es zu verstehen, daß Menschen durch die Sperrung ihres Geldes vom Arbeitsamt gezwungen werden sollen, eine Beschäftigung anzunehmen, für die sie durch ihre Ausbildung überqualifiziert sind. Bei der nächsten Beschäftigungslosigkeit hieße das einen Einkommensverlust hinzunehmen und auf der Qualifizierungsskala tiefer eingestuft zu werden, d.h.: doppelte finanzielle Abgruppierung.. Auch die inzwischen übliche "Zumutbarkeitsklausel", d.h. den Anfahrtsweg einer Stecke von 3 - 4 Stunden zur Beschäftigungsstelle in Kauf nehmen zu müssen, gehört zu den gemeinten Schikanemaßnahmen.
Frauen sind in der Zeit des großen Sozialkahlschlags und gesellschaftskonservativen Rollbacks immer mehr betroffen. Vom Kapital mit großem Interesse verfolgt war schon immer die sog. "hausfrauisierte" Arbeit. Die Hausfrau taucht in den Statistiken der verwalteten Arbeitslosen nie auf. Sie wird als eine Art sich selbst bearbeitende "Naturressource" betrachtet, die ihre "(Arbeits)Frucht" in geeigneter Form später umsonst zur "Verfügung" stellt. In dieser Logik war die Hausfrau immer schon die ideale Arbeitskraft schlechthin. Die weibliche Lohnarbeit weltweit erweist sich bei näherer Betrachtung ihrer Entlohnung und Arbeitsbedingungen als "Verlängerung" der weiblichen Hausarbeit. Das Prinzip der "hausfrauisierten Lohnarbeit" setzt sich weltweit immer mehr auch bei Erwartungen an männliche Arbeitnehmer durch. Das Kapital erwartet von ihnen, daß sie ähnlich flexibel, billig und unorganisiert arbeiten sollen wie es sonst nur Frauen tun. Das Idealmodell hierfür sind kasernenähnlich organisierte "Weltmarktfabriken", deren Arbeitskräfte zu 80% weiblich sind und extrem billig entlohnt werden. Dies sind die zukünftigen Standorte des Kapitals, in denen fast alles produziert werden kann. Mit diesen Szenarien wird den Arbeitssuchenden und Noch-Beschäftigten gedroht, falls sie nicht "hausfrauisierte" Arbeitsbedingungen akzeptieren sollten. Vom Kapial wird diese Umstrukturierung als innovativ gelobt und gefördert. So feiert C. Lutz, Mitherausgeber der Schweizer Manager-Zeitschrift "Impuls", in seinem Artikel "Die Zukunft der Arbeit ist weiblich" das Verschwinden der freien Lohnarbeit als die Tugend des "Verschwindens fremdbestimmter Massenarbeit" und lobt das Bild der "flexiblen Lebensunternehmerin", deren "heterogenes Tätigkeiten-Portfolio (...) den 'Arbeitnehmer', der in eine starre Struktur eingebunden ist, ersetzen soll" ("Der Standard", 6.6.1997) [Portfolio meint hier das Bild, das Schema der Tätigkeiten]. Die "Lebensunternehmerin" ist bei genauerer Betrachtung die öffentlich freigesetzte, global angewandte "Hausfrau", die in dieser Vision des Kapitals direkt am Markt fruchtbringend tätig sein soll; dies bei "gestaltenden, kommunikativen, innovativen, sozialen und unternehmerischen" Tätigkeiten, die "Umsicht, Eigeninitiative, Ideen, Verantwortungsbereitschaft und soziale Kompetenz erfordern". Damit werde "die maschinenhafte Organisation des Industriezeitalters (...) durch die bionische Organisation des kulturellen Zeitalters abgelöst" [Bionik: Wissenschaft, die technische, besonders elektronische Probleme nach dem Vorbild der Funktionen von Körperorganen zu lösen sucht]. "Der Arbeitnehmer-Nachfolger" sei "weiblichen Geschlechts". Dies bedeutet keinerlei Aufwertung des weiblichen Geschlechts, sondern die Absenkung der Lohnarbeit auf die diffuse und nicht festgelegte Art der Arbeit der Hausfrau - so alt dieses Problem auch in der "Dritten Welt" sein mag, so aktuell wird es jetzt in den Zentren der "Ersten Welt" werden, flankiert von Sozialabbau und konservativem Rollback.
Während die fortschreitende Verarmung immer breitere Bevölkerungsschichten erreicht, wird durch die Rotstiftpolitik die Spaltung in Arbeitende, Arbeitslose, Kranke, "Behinderte", "AusländerInnen" und Flüchtlinge vorangetrieben. Die kapitalstarken Unternehmen reiben sich derweil die Hände und maximieren ihre Gewinne durch sinkende Lohnkosten und steigende Profite. Die Arbeitsämter fungieren dabei als Instanz zur Isolierung der Arbeitssuchenden, zur Verhinderung von Selbstorganisierungsansätzen und vor allem als Verwaltungsinstanz der Armut. Wir hoffen, dem Arbeitsamt Göttingen, das an all dem beteiligt ist, durch unsere Maßnahme eine Pause zum Umdenken verschafft zu haben. Es geht uns hier nicht darum, Einzelne zu schädigen, die sowieso der Schikane des Arbeitsamtes ausgesetzt sind. Wir erwähnen diese Selbstverständlichkeit deshalb, weil wir wissen, wie gerne in und von der bürgerlichen Öffentlichkeit aus Aktionen wie dieser Counter-Aktionen konstruiert werden, die militante Gruppen in den Dreck ziehen sollen.
Gegen das Europa der Bonzen und Reichen, statt Teilen verbindet: Reiche verschwindet!
Macht mit, machts nach, machts besser.
Autonome, Göttingen.

HILFE - WIR SIND NICHT WINTERFEST !!!

WIR SUCHEN EIN BEZAHLBARES

FENSTER

HÖHE 1,80 m × BREITE 1,90 m

BITTE EINE KURZE NACHRICHT AN DAS INSTITUT ZUR VERZÖGERUNG UND BESCHLEUNIGUNG DER ZEIT:

KASTANIENALLEE 86

EURE MÜHE WIRD BELOHNT

10435 PRENZLAUER BERG

Bärlin 7.11.'97

Hallo Leute,

wir haben im Infoladen 'Lunte' eine Foto - Dunkelkammer eingerichtet (s/w + Farbe)
Jede/r Interessierte kann sie benutzen, Fotopapier möglichst selbst mitbringen, Spende für Chemiekalien.
Entwickeln könnt ihr immer Montags oder nach Absprache. Wer noch altes, brauchbares Fotopäpier u.ä loswerden will, wir können's gebrauchen !
Für Leute, die keine Zeit haben, ihre Negative/ Abzüge selbst zu entwickeln oder sich fotografieren lassen wollen, steht der 'Ladenfotograf' gegen geringes Entgelt gerne zur Verfügung ! Anfänger können (kostnix) in die Laborkentnisse eingeweiht werden (nur s/w)
Ruft einfach an o. kommt vorbei :

'Lunte'
Mo ab 18 Uhr Archiv/Foto
jeden 1. im Monat 20 Uhr Ladenplenum
Di Gruppe'
Do ab 18 Uhr Cafe', 19.30 Volxküche+Kino
alles in der Weisestr.53 in Neukölln
Tel.: 6223234

++++++ Das Koblenzer radikal-Verfahren ist eingestellt ++++++

Am 25.8.97 stellte das Oberlandesgericht (OLG) Koblenz das Verfahren gegen vier Beschuldigte im „radikal-Verfahren", wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und weiterer Straftaten ein
Die akzeptierten Einstellungsbedingungen lauten dabei wie folgt:
Ente, Werner, Cracker und Rainer verzichten auf eine Haftentschädigung für die jeweils fast sechsmonatige Untersuchungshaft und es werden jeweils 1000,- DM Geldbuße zugunsten medico international gezahlt
Die Vier stimmten diesem Angebot zu, ohne sich zu den Vorwürfen einzulassen. Auch Distanzierungen oder Erklärungen zu zukünftigen politischen Aktivitäten wurden nicht abgegeben.

Während Bundesinnenminister Kanther und die Bundesanwaltschaft (BAW) am 13.6.95 die radikal noch im direkten organisatorischen Zusammenhang mit AIZ, RAF, K.O.M.I.T.E.E., und somit als Bindeglied und Anwerbeorgan für sämtliche bewaffnet kämpfende und militante Gruppen in der BRD beschrieben, zeichnet sich durch die Einstellung dieses Verfahrensteils ab, daß von diesem Konstrukt nicht mehr viel übrig geblieben ist. Damit endet ein Teil des radikal-Verfahrens nach mehr als zwei Jahren unspektakulär, aber doch nicht völlig unerwartet

Auch wenn es sich bei dieser Einstellung nur um einen Teil des Verfahrenskomplexes handelt, haben wir uns aus folgenden Gründen für eine Zustimmung zu dem Angebot entschieden:

- Die Konstruktion der BAW - die radikal sei eine kriminelle Vereinigung (nach §129 StGB) - ist ohne Verhandlung nicht gerichtlich festgeschrieben.
Das heißt, mit der Einstellung nach §153a StPO (Einstellung mangels offentlichen Interesses) ist das von den Verfolgungsbehörden angestrebte Präzedenzurteil, mit den, dann möglichen Auswirkungen für ähnliche Organisationsansätze innerhalb der radikalen Linken nicht ergangen.

- Eine Mobilisierung zum Prozeß hätte, unter den derzeitigen Bedingungen, keine politische Perspektive.
Der Gerichtssaal ist nicht der Ort, an dem wir unsere Diskussionen um revolutionäre Politik führen oder gar revolutionäre Ansätze entwickeln.
Damit wir einen Prozeß für uns offensiv hätten nutzen können, hätte es einer unterstützenden, mindestens aber interessierten Öffentlichkeit bedurft. Diese anfänglich erhoffte Unterstützung durch ein breites politisches Spektrum blieb allerdings weitgehend aus.
Die lange Dauer des Verfahrens tat ein Übriges, an den Kräften der bundesweiten Soligruppen zu nagen. Die üblichen Auseinandersetzungen und Streitereien über das weitere Vorgehen blieben nicht aus und trugen ebenfalls zu den Schwierigkeiten bei der Soliarbeit zu dem radikal-Verfahren bei.
Die Prozeßarbeit hätte darüber hinaus viel Kraft und finanzielle Mittel gebündelt, die wir besser für sinnvollere Projekte investieren sollten.

Für die Beschuldigten ist die Zahlung einer Geldsumme, im Vergleich zu einer eventuellen Verurteilung, das geringere Übel.
Mit der Einstellung unter den oben genannten Bedingungen wird zwar die Einknastung akzeptiert und unausgesprochen eine Schuld eingestanden, die den gegenüber stehenden „Risiken" eines Prozesses/ Urteils wiegen hier aber schwerer. Außerdem werden so die weiteren politischen Aktivitäten der Beschuldigten nicht durch mögliche (Bewährungs-) Auflagen eingeschränkt.

Aktueller Stand des Verfahrens/ das juristische Procedere:

Ein halbes Jahr nachdem die Anklage von der Staatsanwaltschaft Koblenz zugestellt wurde, entschied das dortige OLG Anfang 1997 überraschend, daß es örtlich nicht zuständig sei. Ungefragt fügte das OLG hinzu, daß die den 4 Angeklagten vorgeworfenen Straftaten ihrer Auffassung nach nicht für eine kriminelle Vereinigung ausreichten und daß selbst der Vorwurf der Unterstützung terroristischer Vereinigungen (§129a StGB) fraglich sei. Ähnliche Signale hatte zuvor auch die Koblenzer Staatsanwaltschaft gesendet und angedeutet, daß sie einer Einstellung nicht widersprechen würde, wenn sie vom Gericht vorgeschlagen werde.

Mit dieser Einstellung ergibt sich eine Situattion die richtungsweisend für die anderen Verfahrensteile ist.
Das heißt, durch die Entscheidung des OLG Koblenz gegen die Verhandlung und somit auch gegen die Verurteilung der radikal (nach §129 StGB) wird eine Verurteilung in den noch ausstehenden radikal-Verfahren unwahrscheinlicher.
Wir wollen nicht verschweigen, daß es auch Bedenken gegen die Annahme des Einstellungsangebotes gab. Sie sind weder rationaler noch taktischer Natur. Es ist eher das Gefühl und die politische Moral die rebellieren, und die von der vernünftigen Beurteilung der Möglichkeiten und der Kräfte besiegt werden.
Eine Einstellung nach §153a StPO (mit Bedingungen) meint den Verzicht auf ein schwerwiegendes Urteil für den Preis eines nicht ausgesprochenen Schuldeingeständnisses. Bei einer Geldstrafe bezahlt mensch für etwas, und der Verzicht auf eine Haftentschädigung ist interpretierbar als Eingeständis.
Diese Bedenken sind nicht wegzudiskutieren, aber wir können eben nicht mit dem Kopf durch die Wand.

Das bisher Gesagte beschreibt unsere Abwägung, soll aber nicht darüber hinweg täuschen, daß mit der Koblenzer Einstellung noch lange nicht alle radikal-Verfahren beendet sind:

Radikal-Verfahren

Im Verfahrenskomplex vom 13.6.95,
⇒ liegt seit März diesen Jahres die Anklage wegen Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung radikal gegen Glosch, Jutta, Ulli, Matthes und eine weitere Frau vor. Über die Zulassung der muß das OLG Düsseldorf bis Oktober 1997 entscheiden.
⇒ Die dort ansässige Staatsanwaltschaft hat außerdem gegen drei weitere Männer aus Münster Anklage in einem eigenständigen Verfahren wegen Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung radikal erhoben.
⇒ Ein Verfahren läuft noch gegen eine Frau aus Bremen, hier liegt aber noch keine Anklage vor.

Außerdem liegen bei der Bundesanwaltschaft (BAW) Verfahren wegen Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung radikal,
⇒ seit Dezember 1995 gegen einen Kieler,
⇒ seit Dezember 1996 gegen einen Spanier aus Vaals (Niederlande),
⇒ seit Januar 1997 gegen drei Personen aus Berlin
⇒ und seit März 1997 gegen zwei weitere Personen aus Berlin (Dieses Verfahren richtet sich gegen die „Dokumentation kriminalisierter radikal-Texte", die von 60 Gruppen und Prominenten herausgegeben wurde. Die beiden Personen, dabei einer der Koblenzer Beschuldigten, wurden in Münster mit 680 Exemplaren festgenommen.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die BAW auf Zeit setzt und diese Verfahren behält, besonders wenn sich bei den an die Oberlandesgerichte abgegebenen Verfahren kein Erfolg ihrer jahrelangen Bemühungen abzeichnet.
Aber auch wenn die BAW mit ihrem §129-Konstrukt gegen die radikal genauso scheitern sollte, wie zuvor gegen die Antifa (M), ist nicht davon auszugehen, daß sie ihr Ziel aus den Augen verliert. Unserer Einschätzung nach wird sie weiter daran arbeiten, den §129 StGB anhand einer Gruppe festzuklopfen, um darüber ein weiteres repressives Mittel in die

Da dies nicht geschah klagte sie an und legte folgerichtig auch Beschwerde gegen den „Nichteröffnungsbeschluß" des OLG Koblenz ein, worüber dann die nächsthöhere Instanz, der Bundesgerichtshof (BGH) zu entscheiden hatte.
Sein Verhältnis zur radikal hatte der BGH bereits 1995 klar geäußert. In einem Beschluß, der nachträglich den „Lauschangriff" 1993 in einem Haus in der Eifel (wo ein vermeintliches radikal-Treffen mitgeschnitten wurde) legitimierte, wie auch bei einer Haftbeschwerde sprach er von „dringendem Tatverdacht" bezüglich der kriminellen Vereinigung, schloß sich also dem Konstrukt der BAW an.
Doch Ende Juni dieses Jahres entschied der BGH anders als erwartet. Obwohl er die Möglichkeit gehabt hätte, an fast jedes OLG in der BRD zu delegieren, erklärte er das OLG Koblenz für zuständig und gab damit das Verfahren ausgerechnet an das Gericht, das vorher deutlich gemacht hatte, daß es kein gesteigertes Interesse an diesem Verfahren hat. Der BGH enthielt sich außerdem noch jeden inhaltlichen Kommentars: das Koblenzer OLG habe anhand der Anklage selbst zu entscheiden, ob die radikal eine kriminelle Vereinigung sei oder nicht. Da die dortige Rechtsauffassung aber schon bekannt war und der gegenteilige Fingerzeig von oben ausblieb.

Hand zu bekommen. Mit dem §129a StGB hat sie dies bereits und aus der Geschichte ist absehbar, wie er auch gegen Angehörige und das Umfeld sogenannter terroristischer Vereinigungen angewendet wurde und wird.
Sicherlich sind aber nicht Verurteilungen die einzige Motivation für die BAW (gewesen). Diese Verfahren nach §§129 und 129a ermöglichen den Ermittlungsbehörden immer auch das großflächige Ausforschen politischer Szenen und Freundeskreise. So haben die Behörden in diesem Verfahren durch Observationen, Postkontrollen, Telefonüberwachungen, Lauschangriffe und Beschlagnahmungen bei den Razzien zahlreiche Informationen aus der linksradikalen Szene sowie umfangreiche Informationen über die (vermeintliche) radikal-Struktur gewonnen.
Diese Informationen, die mittlerweile über 100 Aktenbände füllen, bleiben den Ermittlungsbehörden auch bei der Einstellung erhalten und sie werden damit auch zu gegebener Zeit arbeiten.
Nicht zuletzt zeigt sich an diesem Verfahren einmal mehr, daß es bei dieser Informationsbeschaffung nicht zwangsläufig darum geht, anzuklagen oder zu verurteilen. Viele §§129 / 129a Verfahren dienen in erster Linie Ermittlungen.

rechneten wir damit, daß dieser Teil der Anklage nicht zugelassen werden würde. Da damit der Kern der Anklage weggefallen war, aber trotzdem ein aufwendiger Prozeß bevor gestanden hätte, gingen wir nun davon aus daß mensch in Koblenz über eine Einstellung nachdenken würde. Wiederum: schneller als erwartet kam dann das entsprechende Angebot der Koblenzer Staatsanwaltschaft.

Erfahrungsgemäß gehen Präzedenzurteilen und der Aushöhlung von Grundrechten jahrelange Versuche und repressive Vorstöße voraus. Jüngere Beispiele hierfur sind die Kriminalisierungen der Interim, der Göttinger Drucksache oder der Graßwurzelrevolution. Wenn die Öffentlichkeit und die Linke nach anfänglicher Sensibilität daran gewöhnt wurden, wird das beabsichtigte Ziel ohne großes Aufsehen zu einem späteren, günstigeren Zeitpunkt durchgesetzt

Die weitere Entwicklung muß also aufmerksam beobachtet werden, den nach wie vor gilt: wenn die Linke derzeit kaum in der Lage ist Erfolge zu erzielen, sollte sie sich wenigstens der schrittweisen Verschlechterung der Widerstandsbedingungen widersetzen

Einstellung aller radikal-Verfahren!
Lebt und lest radikal!

Im September 1997 einige Stadte aus dem bundesweiten Solizusammenhang

Auch nach dieser Einstellung wird weiterhin Geld für die weiteren Verfahren benötigt
Bundesweites Solikonto für die Verfahren vom 13.06.95:
Berliner Bank, BLZ 100 200 00, KtoNr. 719 007 56

Bezugsadresse der radikal:
äußerer Umschlag: Ravage, Van Ostadesstraat 233n, NL-1073 TN Amsterdam,
innerer Umschlag: Z.K
radikal online:
http://www.xs4all.nl/~tank/radikal

Am 24. 10. fand das erste Treffen statt, auf dem das Ex-Kollektiv öffentlich erklärte, warum es im Februar '98 aufhören wird, und auf dem die Frage diskutiert wurde, wie es mit der Kneipe weitergehen kann. Trotz der zaghaften Mobilisierung waren ca. 50 Leute da.
Am Anfang gaben die KollektivistInnen einen kurzen Abriß über die Geschichte der letzten zweieinhalb Jahre und begründeten ihren Entschluß, aufzuhören und die Räume an den Mehringhof zurückzugeben. Sie wollten von uns* wissen, wie ihr Versuch, ein neues Konzept im Ex umzusetzen (Öffnung, verschiedene Szenen ansprechen,...) aufgenommen wurde. Außerdem interessierte sie unsere Reaktion auf den Entschluß, aufzuhören. Weiterhin wurde erwähnt, daß es erste Bewerbungen gibt.

Konsens in der Diskussion war unserer Meinung nach, daß es im Mehringhof weiterhin ein politisches Kneipenprojekt geben soll. Unklar war aber, welche Bedeutung(en) das Ex für die Anwesenden hat: Ist es vor allem als sozialer Treffpunkt wichtig? Als Infostelle? Als Ort für politische Veranstaltungen und Soliparties? Als Ort, der selbstverständlich der Lesbenwoche zur Verfügung steht? Oder als Raum in Reserve für zukünftige Bewegungshochs?
Vorgeschlagen wurde, sich mit der Geschichte des Ex auseinanderzusetzen, damit wir uns so bewußt machen, warum und wie wichtig die Struktur Ex für die politischen Bewegungen ist (und wir nicht erst hinterher jammern, wenn sie nicht mehr existiert). Aus Friedrichshain erzählten einige, daß sie nach den Räumungen schnell gemerkt haben, daß Räume wie das SEK ihnen jetzt sehr fehlen.



THE FUTURE IS UNWRITTEN oder WAS KOMMT NACH DEM EX???

Aus der Diskussion zum wie weiter - erste Ideen, gedacht und sogar gesagt:
Gesucht wird ein neues Kneipenkollektiv, aber auch ein neues (Finanz-)Konzept. Das heißt z.B. Kommerzialisierung oder Kostenentlastung des Projekts.
Angedacht wurden also verschiedene Möglichkeiten eines veränderten Kneipenkonzepts:
- Es gibt ein neues Kneipenkollektiv, das mit Solischichten oder anders von Gruppen kontinuierlich unterstützt wird
- Ein anderes Modell könnte sein, daß Gruppen aus den verschiedensten Szenen gemeinsam die Kneipe betreiben, ohne sich dafür Löhne zu zahlen. Die Koordination eines solchen Modells muß genau überlegt werden, aber gerade die Unterschiedlichkeit der Gruppen könnte aus dem Ex ein neues spannendes politisches Projekt machen.

Um die Möglichkeit zu schaffen, die Diskussion im größeren Rahmen öffentlich weiterzuführen, luden wir zum nächsten
Treffen am Samstag, dem 8.11. um 16 Uhr im Versammlungsraum
Nachdem nochmals die verschiedenen Konzepte vorgestellt wurden, zeigte sich der Bedarf über eine "Solistruktur" fürs Ex nachzudenken, da viele die Chance spannend und lohnend fanden, das Ex sozusagen an die Basis abzugeben.
Um in die Diskussion eine konkrete Struktur zu kriegen bereitet eine AG das nächste Treffen vor.

Also mobilisiert fleißig Einzelpersonen und Gruppen zum 22.11. um 18. Uhr als Termin für Leute und Gruppen, die konkrete Absichten haben, sich an einem neuen Konzept in irgendeiner Form zu beteiligen..

Die Protokoll-Kommission

* **das wir bzw. uns ist ein wir, daß dich nicht meint, wenn du dich nicht meinst, dich aber meint, wenn du dich (an diesem Punkt) meinst.** (gefunden in einer Interim)

14.–16.11.97

Antifa-Jugend-Treffen

Revolution-was sonst !? Perspektiven linksradikalen Widerstands

Antifagruppen aus dem Rhein-Main-Neckar-Gebiet "planen die Revolten, die wir längst schon machen wollten". Dazu wollen wir allen interessierten Gruppen und Einzelpersonen mit dem Antifa-Jugend-Treffen ein Forum bieten, in dem wir uns in Workshops und Diskussionsrunden unter anderem mit Perspektiven des Widerstands und verschiedenen Aktions- und Agitationsmöglichkeiten auseinandersetzen wollen.
Unsere Motivation für diesen Kongreß basiert auf der Idee, Leute aus vielen verschiedenen aktiven Gruppen zusammenzubringen, die ihre Infos und Erfahrungen austauschen können. Mit mehr Hintergrundwissen und überregionalen Kontakten können Aktionen leichter geplant und durchgeführt werden.

Es stehen u.a. folgende Workshops fest:

- Anti-Nazi-Arbeit
- Spaßguerilla & andere Aktionsformen
- Utopien
- Sexismus
- Anti-Castor
- Autonome Zentren etc.

Was aber auf jeden Fall bedeuten soll, daß Ihr Euch mit eigenen Ideen, vorzugsweise inhaltlicher Art, einbringen solltet.





Das ganze soll am Wochende vom 14.11. bis 16.11.97 stattfinden, und zwar in der Oetinger Villa, Kranichsteiner Str. 81 in 64289 Darmstadt, tel: 06151/ 712365 oder fax: 06151/ 782438. An diese Adresse könnt Ihr Euch bei eventuellen Rückfragen und für die Anmeldungen wenden.

Wegbeschreibung:

Wenn ihr am Hauptbahnhof steht und nicht mehr weiter wisst, nehmt den F-Bus (Richtung Oberwaldhaus), den D-Bus (Richtung Ostbahnhof) oder die Straßenbahnlinie 3 (Lichtenbergschule) bis zum Luisenplatz. Dort steigt ihr um in den H-Bus (Parkstraße) oder K-Bus (Jauptstraße) und fahrt bis zum Karlshof, wendet euch nach links, lauft ein paar Schritte und geht durch das große Tor in den Park, wo die Villa steht. Für Pennplätze (Schlafsäcke + Isomatte mitbringen) und Essen ist gesorgt. Die ganze Veranstaltung läuft auf Spendenbasis.

Rhein - Main - Neckar - JugendPlenum:

Autonome Antifa Darmstadt, Antifa Hanau, Antifa Aschaffenburg, AJA Heidelberg, einige Offenbacher und Frankfurter Antifas

Beschreibung einiger Workshops:

Anti-Nazi-Arbeit
Geplant ist eine offene Diskussion, in der jede/r Erfahrungen und Ideen einbringen und austauschen kann. Um diese und andere Themen kann es z.B. gehen:
-Sinn von Antifa-Arbeit
-Anti-Nazi-Arbeit vor Ort
-Informationsbeschaffung
-Struktur als Gruppe (offen,geschl.)
-Verhalten bei Konfrontation mit Faschos
-...und was sich noch aus der Diskussion ergibt
Wir planen keinen trockenen Vortrag, sondern hoffen auf Anregungen und Beiträge, die sich auch mit anderen Themen als die genannten Stichpunkte beschäftigen können.

UTOPIEN-Warum scheiterte die Russische Revolution?

In der radikalen Linken allgemein, besonders aber in der autonomen Antifaszene herrscht bei der Frage nach realistischen Utopien ratloses Schweigen. Viele lehnen eine Beschäftigung mit diesem Thema mit der Begründung, daß es bei der momentane Schwäche der Linken überflüssig sei sich darüber Gedanken zu machen. Dabei wird übersehen, daß die Stärke einer Bewegung immer damit zusammenhängt, was für eine Alternative sie den Menschen zu bieten hat. Solange keine gaubwürdigen Möglichkeiten jenseits des Kapitalismus aufgezeigt werden, wird linksradikale Politik diese System niemals ernshaft in Gefahr bringen können.
Damit eine Diskussion über Utopien nicht völlig im luftleeren Raum stattfindet, haben wir uns überlegt anhand von historischen Versuchen, eine anderre Gesellschaft aufzubauen, vorzugehen. Aufgrund ihrer geschichtlichen Bedeutung würden wir uns ganz gerne mit der Russischen Revolution beschäftigen. Nicht, weil wir ihrem Ergebnis irgend etwas Positives abgewinnen können, sondern gerade um uns die verheerenden Fehler bewußt zu machen und hoffentlich aus ihnen zu lernen.
Natürlich müssen wir nicht die ganze Zeit über über die Russische Revolution rede; es soll nur eine Möglichkeit sein die Diskusion ein bißchen konkreter zu machen.

Sexismus
Frauenunterdrückung ist neben Rassismus einer der Grundpfeiler faschistischer Ideologien. Der Kampf gegen sexistisches Verhalten muß genauso Bestandteil antifaschistischen Widerstandes sein, wie der Kampf gegen andere Formen der Unterdrückung.
Die Auseinandersetzung mit und die Bedeutung von sexistischer Gewalt ist nicht oder nur am Rande Teil der autonomen/Antifapolitik, unter dem Vorwand, der Kampf gegen andere Unterdrückungen sei dringlicher. Doch damit bleibt sie in dem Widerspruch stecken, Herrschaftsverhältnisse bekämpfen zu wollen und gleichzeitig die eigenen Machtverhältnisse ignorieren. Das eine geht nicht ohne das andere, dh. eine Veränderung von Gesellschaft bedeutet nicht nur den Kampf nach außen, sondern auch die eigenen Positionen und Machtverhältnisse zu reflektieren und zu verändern.



Volxsport

(Georg Elser: Mitglied im Rotfrontkämpferbund, sein Attentat auf Hitler am 8.11.39 scheiterte; er wurde am 9.April 1945 im Konzentrazionslager Dachau ermordet)

Wir haben am 2. November 1997 an der NPD-Zentrale in der Holzstr. 49 die Klingel sabotiert, eine Scheibe ihres Büros eingeworfen und die Parole „8.11. NPD-Nazi-Demo angreifen!" gesprüht.

Die NPD/JN ist seit den Verboten diverser anderer faschistischer Gruppen Sammelbecken der militanten Neonaziszene in Deutschland. Sie bildet gewaltbereite Jugendliche zu Nazikadern heran und stachelt zum Terror gegen Flüchtlinge, Linke und alle, die nicht ihrem faschistischen Bild entsprechen, auf.

Am geschichtsträchtigen 8. November will die NPD in München eine Demonstration gegen Jusos, VVN, PDS und Antifa durchführen.

Wir fordern alle AntifaschistInnen auf, an diesem Tag auf die Straße zu gehen und ihr Möglichstes zu tun, um den Naziaufmarsch zu verhindern.

Auch ein Verbot der linken Kundgebung durch das KVR soll uns nicht daran hindern, offensiv gegen rechten Terror zu protestieren.

Zeigen wir ihnen, daß es in dieser Stadt keinen Platz für Nazis und ihre menschenverachtende Ideologie gibt! Nicht am 1. März nicht am 8. November und an keinem anderen Tag!

Es gibt viele Formen des Widerstands, die sich alle ergänzen und unterstützen können: auf der Straße aktiv gegen Nazis vorgehen, ihre Strukturen öffentlich machen, sie stören, sabotieren und ihre Schaltzentrale angreifen.

Militanter Widerstand ist sinnvoll und machbar.

Wichtig dabei ist daß militante Politik immer in legalem öffentlichen Widerstand eingebettet ist, damit sie nicht zum Selbstzweck verkommt, sondern oppositionelle Bewegungen vorantreibt und unterstützt.

Militanz ist dort gefragt, wo legale Arbeit nicht ausreicht und Argumente nicht mehr greifen, wie es bei den Nazikadern der NPD der Fall ist.

Für die militante Initiative - Nazistrukturen angreifen!

Die Vernichtung der Wurzeln des Faschismus bleibt unser Ziel!

Antifaschistisches Kommando Georg Elser



An die Veganer

liebe tierrechts-, erdbefreier- und veganer-terroristen,

leider hat euch die diskussion um den umgang mit vergewaltigung in eurer szene nicht davon abhalten können, mit durchgeknallten aktionen auf euch aufmerksam zu machen. während alle welt darüber diskutiert, ob man supermärkte wegen rassistischer politik angreifen sollte oder nicht und dabei konsens zu sein scheint daß unbeteiligte nicht zu schaden kommen sollten, habt ihr verschiedene metzger in prenzlauer berg terrorisiert.

vielleicht wißt ihr es nicht, dann sagen wir es euch. kleine handwerker und gewerbetreibende schuften sich kaputt, um auf jeden fall weniger kohle zu verdienen als irgendwelche linksautonomen sozialarbeiter, heilpraktiker, lehrer usw sie sind kein angriffsziel, punkt.

ihr könnt vielleicht in bremen die existens von ökoschlächtern versauen, ihr könnt auch im ruhrgebiet förstern die beine brechen, aber ihr werdet in ostberlin mit eurem scheißdreck nicht durchkommen, weil es hier für spinner wie euch keinerlei rückhalt gibt. uns ist egal, was ihr eßt, aber wir werden es nicht zulassen, daß ihr die menschen in unseren kiezen terrorisiert und ihnen verbieten wollt, das zu essen, was sie sich leisten können.

sie sind auch kein angriffsziel, weil ihr irgendwelchen kruden ideologien anhängt. denn wer wie ihr menschen mit tieren gleichsetzt, ist sowieso einem biologistischen weltbild aufgesessen, daß faschistoiden euthanasiebefürwortern wie peter singer und mordenden us-abtreibungsgegnern sehr nahekommt. und wir wissen, daß es zwischen euch und solchen leuten verschiedenste überschneidungen gibt. paßt bloß auf!

geht dahin, wo ihr herkommt. prenzlauer berg ist keine spielwiese für fanatische esoteriker, die sich links schimpfen.

sollten eure menschenfeindlichen angriffe nicht sofort aufhören, liebe erdbefreier- und tierrechtsterroristen, dann wissen auch wir, wo wir euch und euresgleichen treffen können, basta.

autonome aktion "rettet die bockwurst"

ps. wir haben viiiiiiel power. dreimal täglich ein rindersteak macht wahnsinnig stark

Diskussionsbeitrag zur ETA

Angesichts der Entführung und Erschießung des Lokalpolitikers der PP Miguel Angel Blanco und des Medienechos, das diese Aktion der ETA auch in der BRD gefunden hat, wollen wir als eine Gruppe, die sich seit längerer Zeit für die Solidarität mit dem baskischen Befreiungskampf einsetzt, unsere Einschätzungen und Überlegungen zur Diskussion stellen. Wir verstehen dies als eine Anregung zur Auseinandersetzung mit der Perspektive des baskischen Befreiungskampfes und über Internationalismus in der BRD.

Die Erschießung des Kommunalpolitikers Miguel Blanco

Am 1.Juli 1997 befreite die Guardia Civil den Schließer Ortega Lara, der von ETA seit dem 17.Januar 1996 festgehalten worden war. Vier Männer wurden unter dem Vorwurf festgenommen, zu dem Entführungs- und Bewachungskommando zu gehören. Mit der Entführung des Schließers und mehreren, teilweise tödlichen Aktionen gegen Gefängnisbeamte im letzten Jahr hatte ETA direkt in den Kampf um die Rückführung der politischen Gefangenen ins Baskenland, ihre Zusammenlegung sowie die Respektierung der Menschenrechte im Knast eingegriffen. Von November 1995 bis Mai 1997 hatten die 550 baskischen politischen Gefangenen mit Hungerstreikketten und Selbsteinschließungen um ihre Forderungen gekämpft, begleitet von einer großen Mobilisierung auf der Straße. Seit dem 15. Dezember 1995 führen Woche für Woche jeweils 15 Angehörige einen einwöchigen Solidaritätshungerstreik durch. An einer Demonstration für die Rückverlegung der politischen Gefangenen am 30. November 1996 in Bilbao nahmen 50 000 Menschen teil. Gewerkschaften, Intellektuelle und selbst das baskische Regionalparlament haben sich für die Erfüllung der Forderungen des Kampfes der Gefangenen ausgesprochen

Am 10.Juli 1997, neun Tage nach der Befreiung Ortega Laras, entführte ETA einen jungen, politisch unbedeutenden Stadtrat der rechten Regierungspartei Partido Popular und drohte mit seinem Tod, falls innerhalb 48 Stunden nicht mit der Verlegung der Gefangenen begonnen werde. Die Regierung ging darauf nicht ein, sondern rief die BürgerInnen Spaniens per Massenmedien zu Streiks und Demonstrationen auf. Diesem Aufruf folgten circa eineinhalb Millionen Menschen, hauptsächlich in Madrid, Barcelona und im baskischen Bilbao - die größte Demonstration gegen ETA in der Geschichte. Nachdem ETA den jungen Lokalpolitiker tatsächlich nach 48 Stunden tötete, verstärkten sich im ganzen Staatsgebiet die Demonstrationen. Es kam zu einer Jagd gegen AnhängerInnen der baskischen Unabhängigkeitsbewegung und ihrer Organisationen, der Gewerkschaft LAB, der Jugendorganisation Jarrai und der Partei Herri Batasuna, die als Teil von ETA verleumdet und deren Verbot gefordert wurde. Dutzende von Lokalen von Herri Batasuna wurden angezündet, begleitet von Schlägereien auf der Straße.
Herri Batasuna bedauerte den Tod des Stadtrates und machte dafür die starre Haltung der Regierung in der Gefangenenfrage verantwortlich. Die Mitglieder der Gewerkschaft LAB beteiligten sich an einen zehnminütigen Trauer- und Proteststreik anläßlich der Beerdigung. Die Jugendorganisation Jarrai verurteilte die Agressionen, für die sie spanische Faschisten verantwortlich machte. Sie kündigte an, ihren Kampf zu verstärken. Am 28. Juli 1997 demonstrierten nach unterschiedlichen Angaben 20 000 bis 40 000 AnhängerInnen der baskischen Unabhängigkeitsbewegung für die Rechte der baskischen politischen Gefangenen und gegen die Repression.

„Solidarität mit dem baskischen Befreiungskampf"

- für uns und für viele andere hier war das während der 80er Jahre Teil unseres internationalistischen Selbstverständnisses. Mit Interesse und Solidarität haben wir die Entwicklung im Baskenland, genauso wie in anderen Teilen der Welt, in denen um Befreiung gekämpft wurde, verfolgt. Einige von uns waren damals in antiimperialistischen Gruppen, andere in autonomen oder feministischen Zusammenhängen aktiv. Auch ohne direkt in Soli-Gruppen zu arbeiten, fühlten wir uns den unterschiedlichsten Kämpfen weltweit verbunden und begriffen uns mit ihnen als Teil des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Die politischen Gefangenen, baskische, deutsche oder türkische, betrachteten wir als unsere GenossInnen, die es zu unterstützen und freizukämpfen galt.
Als Benjamin Ramos Vega am 28.Januar 1995 unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der ETA in Berlin verhaftet wurde, fanden wir uns auf dieser Grundlage zum „Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega" zusammen. Zu diesem Zeitpunkt war dieser Internationalismusbegriff der 80er Jahre innerhalb der Linken bereits mit vielen Fragezeichen versehen worden.

Der Gefangene. Nach dem Gemälde von N. Jaroschenko

Benjamin ist Teil des baskischen Gefangenenkollektivs. Er sitzt seit zweieinhalb Jahren im Knast, weil er sich seit vielen Jahren in seiner Heimatstadt Barcelona für die Solidarität mit dem baskischen Befreiungskampf und die baskischen politischen Gefangenen eingesetzt hat. Dafür wollen sie ihn im September in Madrid zu 42 Jahren Knast verurteilen. Dies versuchen wir gemeinsam mit den baskischen und katalanischen Solidaritätsgruppen zu verhindern.

Wir sind solidarisch

mit den Kämpfen, dem Widerstand im Baskenland. Zu diesem gehört auch die bewaffnete ETA. Sie war eine der Hauptkräfte des Kampfes gegen den Franco-Faschismus, und sie trug mit Aktionen wie dem Angriff auf den Regierungspräsidenten Carrero Blanco 1973 maßgeblich zum Sturz des Regimes bei. War sie während der Diktatur in den Kämpfen der ArbeiterInnen verankert, schaffte sie es in den 80er Jahren, Teil der Anti-AKW-Bewegung oder der Anti-NATO-Bewegung zu werden. Die baskische Befreiungsbewegung und ETA öffneten sich den neu entstandenen, autonomen Kämpfen und konnte sich in der Generation der 80er Jahre neu verankern. Die bewaffneten Angriffe ETAs blieben, wie sollte es auch anders sein, in den autonomen Bewegungen zwar meist umstritten, aber sie waren immer wieder in breite Initiativen eingebettet und konnten diesen teilweise auch neue Dynamik verleihen.
Die Bewegung der Totalverweiger, der HausbesetzerInnen, Kämpfe um Jugendzentren, gegen die systematische Deindustrialisierung des Baskenlandes, Kämpfe der Frauen für Selbstbestimmung und gegen patriarchale Strukturen, die Hungerstreiks der politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen, der Widerstand gegen die permanente Bullenpräsenz, gegen die Folter, Todesschwadronen und das Fortdauern frankistischer Strukturen im Polizeiapparat - auf diese Kämpfe beziehen wir uns. Wir denken, daß ETA, daß der bewaffnete Kampf nicht nur historisch, sondern auch heute in der baskischen Befreiungsbewegung verankert ist.

Es gibt nur eine antwort auf die Frage: Was kann man tun, um das strafsystem zu verbessern? Nichts. Ein gefängnis kann nicht verbessert werden. Mit ausnahme einiger unbedeutender kleiner veränderungen kann man absolut nichts tun, als es zu zerstören.
Peter Kropotkin

Links und zugleich nationalistisch

Die baskische Befreiungsbewegung begreift sich heute mehrheitlich als links und nationalistisch, mit dem Ziel der Unabhängigkeit des Baskenlandes. Sie ist eine der stärksten und aktivsten linken Bewegungen in Europa. Wir verbinden jedoch wenig mit der „nationalen Befreiung", die als Selbstverständnis und Ziel in den meisten Sektoren der baskischen Linken enthalten ist, dafür umso mehr mit den sozialen Inhalten und Zielen. Es ist nicht so einfach. Eine linke und zugleich nationalistische Bewegung wie die baskische ist vielschichtig, beinhaltet die revolutionäre Entwicklung genauso wie die Gefahr des Umschlagens ins Reaktionäre, diesem Verhältnis müssen wir versuchen, gerecht zu werden.
Das Wort „national" ruft nicht ohne Grund Assoziationsketten und Bilder hervor, die mit jeder Vorstellung von Befreiung unvereinbar sind. Der Nationalismus der baskischen Linken entstammt allerdings einer anderen Geschichte und Realität als der deutsche. Wir wissen, daß viele Linke diesen Unterschied nicht sehen (wollen). Wir wollen diese schwierige Diskussion hier nicht führen, aber anmerken, daß wir gerade an diesem Punkt oft ein ernsthaftes Interesse, sich mit einer unterschiedlichen und komplexen Realität auseinanderzusetzen, vermissen. Es fehlt an einer Diskussion, an der Fähigkeit, Fragen zu stellen und der

Diskussionsbeitrag zur ETA

Bereitschaft, eigene Positionen zu uberdenken. Das Verlangen nach einfachen Sachverhalten und die ideologischen Schlagwerkzeuge sind dagegen gut entwickelt - nur sieht die Realität anders aus, sie verlangt die Bereitschaft, sich in widersprüchlichen Situationen zu bewegen mit dem Bewußtsein dafür, daß es keine einfachen Lösungen gibt.

Wir haben Kritik

an Aktionen von ETA. Allerdings macht sie für uns nur Sinn als Beitrag zur Diskussion darum, wie linke, internationalistische Politik weitergehen kann. Achselzuckendes Nicht-Verhalten oder Distanzierungen sind Urteile. Sie beinhalten nicht die Möglichkeit zur Veränderung. Es geht uns nicht um die Frage des „ja" oder „nein" zum bewaffneten Kampf, es geht um das „wie" und das „wie weiter", um Kriterien, die für jede linke Bewegung gelten und gelten müssen.

Die Entführung des Kommunalpolitikers Miguel Angel Blanco und seine Erschießung nach einem Ultimatum von 48 Stunden halten wir fur einen schweren Fehler. Blanco war ein junger Stadtrat, der erst seit zwei Jahren Mitglied der PP war. Er hatte keinerlei wichtige Funktion, keine besondere politische Bedeutung. Er war Mitglied der PP und hat auf kommunaler Ebene die Politik der spanischen Regierung unterstützt und betrieben. Er hatte keinen Schutz. Er war leicht zu entführen. Wir werden den Verdacht nicht los, daß er deswegen zum Ziel wurde.

Mit einem Lokalpolitiker in der Hand ein Ultimatum von 48 Stunden zu stellen mit der Forderung, in dieser Zeit solle mit der Verlegung der Gefangenen ins Baskenland begonnen werden - was sollte damit erreicht werden? Die Erfahrung und Analyse von ETA, die sie auch in ihrer letzten Erklärung wiederholt hat, war und ist es, daß die spanische Regierung Menschenleben keine große Bedeutung zumißt, schon gar nicht dem einer politisch so unbedeutenden Person. Und nicht nur das: die Unnachgiebigkeit der Regierung ist keine spanische Besonderheit, auch keine der aktuellen PP-Regierung - es ist eine internationale Linie, die auch dann durchgesetzt wird, wenn, wie in Lima, der gesamte Generalstab des Militärs statt eines Kommunalpolitikers in der Hand der Guerilla ist. Auch die RAF und die Roten Brigaden haben diese Erfahrung bereits vor 20 Jahren gemacht, machen müssen. Niemals würde die Regierung auf ein solches Ultimatum eingehen, das mußte ETA wissen. Für uns ist auf diesem Hintergrund die Entführung und Erschießung eines solchen Mannes wie Miguel Angel Blanco völlig unverständlich.

Besonders wenn ZivilistInnen durch ETA verletzt oder getötet werden, spricht die Unabhängigkeitsbewegung von der Verantwortung des Staates für die Aufrechterhaltung und Verlängerung des bewaffneten Konfliktes und der Schmerzen, die daraus auf beiden Seiten resultieren. Das klingt seltsam und irgendwie falsch. Es war ja nicht der Konflikt, der Miguel Blanco erschossen hat. Konflikte schießen nicht. Die politisch-militärische Auseinandersetzung im Baskenland ist keine Naturkatastrophe, die unterschiedslos Opfer hervorbringt. ETA handelt und muß für ihre Aktionen Verantwortung übernehmen - sie wird auch an ihnen gemessen, wie wir gesehen haben. Die Folter, die Schüsse auf Demonstrationen, die Sekunde, wenn ein Gummigeschoß oder ein Schlagstock einen Kopf trifft - die Präsenz des spanischen Staates im Baskenland vermittelt dumpfe Gewalt und Brutalität. Mit immer härteren und gnadenlosen Aktionen dagegenzuhalten, was vermittelt das? Im Tod des Stadtrates ist der Impuls der Befreiung bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Es riecht nach dem Geist einer militärischen Machtdemonstration.

Für den Kampf um die Rückverlegung der baskischen politischen Gefangenen war die Aktion schädlich. Der zähe Kampf vieler Menschen hat im Baskenland zu einer Solidaritätsbewegung und breiten Unterstützung für die Forderungen der Gefangenen geführt, die in Europa heute einmalig sind. Es konnte erreicht werden, daß das baskische Parlament von der Zentralregierung die Erfüllung der Forderungen verlangte. Die breite Bewegung konnte sich bisher allerdings nicht gegen die Unnachgiebigkeit der Regierung durchsetzen. Wie kann man den Druck erhöhen? Das ist der Ausgangspunkt aller Initiativen für die (baskischen) Gefangenen und war es auch für die bewaffneten Aktionen. Die Frage, wie und mit welchen Mitteln dieser Kampf gefuhrt werden soll und kann ist offen. Wir wissen auch nicht, wie es geht.

Die Strategie der Solidaritätsbewegung zielte auf die Verbreiterung in Sektoren außerhalb der Linken. Wir haben aber den Eindruck, daß ETA sich nicht an diesem Ziel orientiert. Im März 1997 erschoß ETA einen Knastpsychologen. Er war Mitglied der sozialdemokratischen baskischen Gewerkschaft ELA, die entgegen den Vorgaben des Antiterrorpaktes mit der Gewerkschaft LAB eine Zusammenarbeit vereinbart und sich in diesem Rahmen auch für die Forderungen der Gefangenen eingesetzt hatte. LAB und ETA, zwei Organisationen der gleichen Befreiungsbewegung, haben an diesem Punkt offensichtlich eine entgegengesetzte Politik betrieben. Schädlich oder nicht, standen die Aktionen gegen Knastpersonal in einem klaren politischen Zusammenhang. Aber anders als der Schließer Ortega Lara, der auch schon zum Anlaß einer anwachsenden Anti-ETA-Bewegung geworden war, hatte der Stadtrat Miguel Blanco damit nichts zu tun. Diese Tatsache hat die Offensive der „Friedensbewegung" erst ermöglicht. Auch wenn ETA in ihrer Erklärung bekräftigt, es sei darum gegangen, für Verhandlungen mit den SprecherInnen der Gefangenen den Druck auf die Regierung zu erhöhen, sieht es so aus, als ob die Gefangenenfrage hier für andere Zwecke strapaziert wurde. Und das ist nach hinten losgegangen.

Bewaffneter Kampf und Verhandlungen

Wir glauben, daß diese Aktion nicht als einzelne zu verstehen ist, sondern nur vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung erklärbar wird.
ETA hat im April 1995 einen weiteren Verhandlungs- und Friedensvorschlag gemacht. Im Juli 1996 ließ sie eine Woche lang die Waffen ruhen. In ihrer letzten Erklärung forderte ETA erneut Verhandlungen. Die legalen Organisation der Bewegung versuchen, in der Basis und auf institutioneller Ebene Unterstützung für die Verhandlungsforderung zu gewinnen. In Madrid treffen diese Vorschläge auf eine Mauer der Unnachgiebigkeit. Nicht nur das: die PP-Regierung verschärft die Repression im Takt der Friedensvorschläge. Die Anklage gegen die Führung von Herri Batasuna in dem Prozeß, der am 1.Oktober beginnt, lautet auf „Mitgliedschaft in einer bewaffneten Bande" und wird als Auftakt zum Verbot propagiert. Das Delikt ist das öffentliche Zeigen des Videos, in dem ETA der Regierung ein Verhandlungsangebot macht. Die Gefangenenfrage war der einzige Ort, wo die Ablehnungsfront bröckelte. Der Antiterrorpakt, den alle Parteien außer Herri Batasuna unterzeichnet haben, brach daran zusammen. Daß der Weg für Verhandlungen vielleicht dann frei werden könnte, wenn sich an der Gefangenenfrage etwas bewegt, mag die Hoffnung hinter den Aktionen von ETA gewesen sein.

Die zentrale Bestimmung des bewaffneten Kampfes seit vielen Jahren ist es, Druck für die Durchsetzung von Verhandlungen zu erzeugen. Die Fixierung darauf und somit auf den Staat und, damit zusammenhängend, die nationalistische Verengung des politischen Projekts auf "den Konflikt Baskenland-Spanien" halten wir für zentrale Ursachen der Fehler bei den bewaffneten Aktionen. Gefangen in ihrer eigenen Strategie ist ETA (scheinbar) darauf angewiesen, ihre Feuerkraft aufrechtzuerhalten und zu erhöhen. Eine hohe Geschwindigkeit und Härte in den Aktionen ist die Folge.

Die Orte, in denen die spanische Bevölkerung lebt, gehören zum militärischen, nicht jedoch zum politischen Aktionsgebiet. Die Angriffe gelten primär dem Militär, Politikern, der Justiz - den „faktischen Mächten". Aber obwohl ETA schon seit zehn Jahren mehrfach eine Selbstkritik veröffentlicht hat, werden bis heute noch Aktionen gemacht, die auf die spanische Bevölkerung zielen. Die Bombe, die am 18. Juli am Strand von Lloret del Mar explodierte, war so klein, daß sie niemanden verletzte. Aber sie wirkt nur deshalb, weil sie Angst macht. Was soll es bewirken, wenn die spanische Bevölkerung Angst vor ETA hat?

Diskussionsbeitrag zur ETA

Der Friedensvorschlag von Euskadi Ta Askatasuna ist weiterhin gültig: die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung des Baskenlandes, dessen gesamtes Territorium respektierend, und die vorab erklärte Akzeptanz des Ergebnisses der demokratischen Debatte, die in der baskischen Gesellschaft geführt werden muß, um ihre Zukunft bestimmen zu können, würden einen sofortigen Waffenstillstand von ETA bewirken.
Aber die Arroganz, die politische Blindheit und Unfähigkeit der PP, gepaart mit der Komplizenschaft von Parteien wie der PNV[6], haben dazu geführt, daß ein Jahr später die Regierung von Aznar damit fortfährt Zeit zu gewinnen, um sich in La Moncloa[7] zu verewigen, und Zeit zu verlieren im Angesicht der Geschichte. Mit dem Fehlen einer positiven, einer Antwort des Friedens, hat Spanien eine neue Politik des Ausnahmezustands für das Baskenland hervorgebracht. Ein Ausnahmezustand, der in den letzten Monaten die Festnahme eines baskischen Bürgers alle paar Stunden beinhaltet, der durch die Kriminalisierung einer politischen Organisation, Herri Batasuna[8], die hochgerechnet auf die spanische Bevölkerung 2.700.000 Stimmen erhalten würde, gekennzeichnet ist, der Entführungen und Folterungen bedeutet, die durch die spanischen Institutionen gedeckt werden, mit einer medienabhängigen spanischen Gesellschaft, die sich angesichts gravierender Ereignisse verhält, als ob sie sich in einen „immensen Bernabéu"[9] befände.
Das Ausmaß des aktuellen Konfliktes zwischen dem Baskenland und Spanien bleibt der spanischen Gesellschaft unklar. Eine leichte Rechenoperation könnte ihr deutlich machen, daß, würden sie die Unabhängigkeit eines besetzten Spanien mit der gleichen Hartnäckigkeit verteidigen, mit der ETA die Unabhängigkeit des Baskenlandes verteidigt, dann befänden sich ununterbrochen 8000 spanische politische Gefangene in ausländischen Gefängnissen.

Ein Problem dieser Dimension wird nicht durch einen Chorgesang der Ablehnung, nicht mit hysterischen Kampagnen, und auch nicht durch Überfälle auf Lokale, die von als „Bürger" verkleideten Polizisten unter dem Schutz der Polizei durchgeführt werden, gelöst. Nicht einmal dadurch, daß man sich der Unterstützung solcher Landesverräter und Kollaborateure wie die der PNV versichert, deren einziges Anliegen darin besteht, in Spanien als demütige Basken anerkannt zu werden, während sie versuchen, im Regierungspalast voranzukommen. Nichts wird gelöst durch mehr oder weniger zufällige Operationen der Polizei, nicht einmal durch deren „internationale" Zusammenarbeit. Und zwar deshalb, weil nicht ETA das Problem ist. ETA ist nur der deutlichste Audruck derjenigen baskischen Bürger, die nicht bereit sind, die spanische und französische Unterdrückung zu dulden.
Und die spanische Regierung weiß gut genug, daß die Hand ETAs zum Frieden ausgestreckt ist. Wie sie es ebenso weiß, daß ETA nicht ruhen wird, bis die Befreiung des Baskenlandes erreicht ist

Die spanische Regierung hat ETA durch die Militäroperation, die mit der Befreiung Ortega Laras nach 532 Tagen Haft endete[10], einen Schlag zugefügt. Aber dieser polizeiliche Erfolg bedeutet für die Regierung von Aznar im Allgemeinen und für ihren Innenminister, den große Sprüche in den Medien liebenden Mayor Oreja, zugleich eine Niederlage. Es ist nur eine neue Fata Morgana der Repression, die noch eine Realität verdecken kann, die von neuem in ihrer ganzen Rohheit erblüht. Das Scheitern liegt außerdem in der offenen Brutalität, die es bedeutet, wenn eine Regierung ihre Schließer heiligspricht, um so die politische und menschliche Erpressung gegenüber den baskischen politischen Gefangenen und ihren Angehörigen aufrechterhalten zu können. Eine Regierung, für die Ortega Lara eine „menschliche Investition" im Hinblick auf die nächsten Wahlen darstellte. Eine definitiv schwache Regierung, weil sie nicht genug Mut besitzt, um den Weg der Vermenschlichung des Konfliktes zu beschreiten, und sich stattdessen, vor ihrer eigentlichen Verantwortung fliehend, einbunkert und ihre Misere hinter trügerischen Mobiliserungen zu verbergen sucht
Euskadi Ta Askatasuna hat bei zahlreichen Gelegenheiten ihre Bereitschaft bekräftigt, ihre bewaffneten Aktionen gegen spanische Schließer einzustellen, wenn die Rechte der baskischen politischen Gefangenen geachtet und sie in spanische Gefängnisse im Baskenland verlegt werden
Die spanische Regierung hat die Mittel und auch die Zeit, um die notwendigen Schritte einzuleiten Es geht hier nicht um 48 Stunden oder 532 Tage. Die Politik der Verstreuung[11] dauert schon zehn Jahre an und hat unter den Gefangenen und ihren Angehörigen schon zahlreiche Leben gekostet. Die Gerechtigkeit und das Baskenland verlangen, daß die baskischen Gefangenen im Baskenland sein sollen. Jetzt sofort!

Deshalb wurde die Aktion gegen den PP-Stadtrat in der Kampagne des Drucks bestimmt, die ETA durchführt, damit die Regierung ihrer Verantwortung gerecht wird und den Dialog mit den Sprechern beginnt, die vom Kollektiv der baskischen politischen Gefangenen bestimmt wurden. Damit die spanische Regierung ihrer eigenen Verfassung gerecht wird und aufhört, die Gefängnispolitik als Instrument der Folter und menschlichen Erpressung zu verwenden.
Angesichts der verständlichen Schmerzen der Angehörigen und Freunde von Miguel Angel Blanco, klagt ETA die politische Unverantwortlichkeit der PP und derjenigen politischen Parteien an, die ihre Haltung der Unbeweglichkeit unterstützt haben; die Medienkampagne der Verrohung; die in diesen Tagen deutliche Verwendung der Institutionen, um die Verantwortung wegzuschieben; die Verstärkung der polizeilichen und parapolizeilichen Lynchjustiz gegen die patriotische Linke, mitsamt den Risiken, die so eine Politik mit sich bringt.
Obwohl das widerliche Maulheldentum der Polizei, die sich stärker und besser bewaffnet als ihre Widersacherin weiß, und die moralischen Unverschämtheiten, die sich die spanische Regierung und ihre autonomistischen Komplizen täglich leisten, es ihr schwer machen, ruft Euskadi Ta Askatasuna zu menschlicher Vernunft und politischem Mut auf. Mut zu einem Schritt auf dem Weg des Friedens, den ihr die Demokratische Alternative[12] seit über zwei Jahren aufzeigt. „Aski da, bai!" - Habt Mut, die souveräne Entscheidung des Baskenlandes zu akzeptieren und zu respektieren.

Die Demonstrationen

Die Kehrseite davon ist, daß die Organisationen der Linken, die gemeinsam mit ETA gegen Franco gekämpft haben, wenn, dann nur kosmetische Widersprüche zur Linie der Regierung gegen die baskische Unabhängigkeitsbewegung haben. Die Kommunistische Partei bot einem Gründer der Todesschwadrone GAL, Ricardo Damborenea, das Parteibuch an, als dieser aus der PSOE ausgeschlossen wurde und zur PP von Aznar ging - ein Beispiel von vielen. In Spanien gibt es keine wahrnehmbare Position gegen die militärisch-polizeiliche Besatzung des Baskenlandes, gegen die Kill-Fahndung und Folter. Das prägte auch die Demonstrationen vor und nach dem Tod von Miguel Blanco. Die Millionen, die auf die Straße gingen, waren sicherlich aus unterschiedlichen, auch aufrichtigen Motiven dabei, aber: irgendein Widerspruch zur Regierungspolitik war nicht zu hören. Der Innenminister Mayor Oreja, die Inkarnation der harten Linie, ist zum populärsten Mann Spaniens avanciert. Zehntausende klatschen den Sondereinheiten der Antiterrorpolizei am Grabe des Stadtrates zu. Niemand aus diesen Demonstrationen versuchte, das öffentliche Brandschatzen gegen die Büros von Herri Batasuna zu verhindern. Die „blaue Krawatte", das Symbol der AntiETA-Bewegung, wurde im ganzen Land geflaggt, Fernsehsender unterbrachen ihre Sendungen und blendeten das Symbol ein, Züge standen still und sechs vom Staat gecharterte Flugzeuge brachten Leute aus dem ganzen Land zur zentralen Demonstration nach Bilbao Eine kollektive Inszenierung des spanischen Staates und seiner politischen Klasse, in der Zwischentöne erfolglos bleiben müssen.

Diese Inszenierung, die ganze Breite der reaktionären politischen und psychologischen Propaganda ist erst möglich geworden durch die falsche Aktion gegen Miguel Angel Blanco

e Frage: „Was kann man tun, Ein gefängnis

Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega
Berlin, 3.8.97

[1] Partido Popular (PP) konservativ, seit März 1996 an der Regierung
[2] Plaza de Oriente Platz in Madrid, auf dem Franco immer seine Kundgebungen abhielt
[3] Lasa und Zabala baskische Flüchtlinge, die 1983 von der Todesschwadrone GAL entführt und vom Chef der Antiterrorfahndung gefoltert und verhört, anschließend getötet und verscharrt wurden. Ihre Leichen wurden 1995 identifiziert
[4] Anuk und Basajaun: ETA-Mitglieder, die nach ihrer Festnahme 1993 gefoltert und anschließend aus dem Fenster zu Tode gestürzt wurden
[5] 1959 Gründungsjahr der ETA
[6] Partido Nacional Vasco (PNV) baskische Nationalpartei, konservativ, stellt die Autonomieregierung und ist als Koalitionspartner der PP an der Zentralregierung beteiligt
[7] La Moncloa Madrider Regierungspalast
[8] Herri Batasuna („Einheit des Volkes"), linke baskische Partei, die etwa 13% der Stimmen erhält Gegen 23 führende Mitglieder soll am 1 10 1997 ein Prozeß wegen „Unterstützung einer bewaffneten Bande" beginnen, in dem sie angeklagt werden, den Friedensvorschlag ETAs in einem Wahlspot ausgestrahlt zu haben
[9] Bernabéu Madrider Fußballstadion
[10] Ortega Lara am 1 7 1997 befreite die Guardia Civil in einem Großeinsatz den Schließer aus einem unterirdischen versteck, indem er eingesperrt war Vier vermeintliche ETA-Mitglieder wurden festgenommen
[11] Verstreuung („dispersion") 550 Gefangene sind auf über 100 Knäste in Spanien, seinen Kolonien und Frankreich verteilt
[12] Demokratische Alternative Friedensvorschlag der ETA vom April 1996

Mexiko: EZLN gewinnt gegen FZLN 12:2

Die EZLN übernimmt die Hauptstadt

Das war eine der Schlagzeilen am Abend des 12.9.97, als 1111 Zapatistas in Mexico- Stadt einmarschierten und , begleitet von mehreren hunderttausend Menschen- die Einhaltung der Verträge von San Andrés, sowie die Entmilitarisierung von Chiapas forderten.

Die Vorgeschichte

Am 1.1.1996 veröffentlichte die EZLN die vierte Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald u.a.mit der Aufforderung an die Zivilgesellschaft, eine politische Organisation neuen Typs zu gründen. Diese Organisation sollte

- eine Verbindung zwischen Regierten und Regierenden sein
- wie die EZLN- nicht für die Machtübernahme kämpfen,
- dem befehlenden Gehorchen folgen, d.h. mit Basisentscheidungen arbeiten.
- explizit **KEINE** Partei sein und es dürfen auch keine Parteimitglieder mitarbeiten
- mit zivilen und friedlichen Mitteln für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie kämpfen
- automom und unabhängig sein
- keine organische Beziehung zur EZLN haben

Nach 11/2 Jahren der Vorbereitung wurde im August zum Gründungskongreß der **Frente Zapatista de Liberación Nacional** (Zapatistische nationale Befreiungsfront-FZLN) aufgerufen, der vom 13. - 16. 9.1997 in Mexico-Stadt stattfinden sollte. Gleichzeitig mit dem Aufruf kündigte die EZLN an, das 1111 Zapatistas ,-für jedes Dorf, das die EZLN unterstützt, eine/r - nach Mexico-Stadt marschieren Sie sollten einerseits die Erfüllung der Vertragsabkommen von San Andrés fordern und andererseits als BeobachterInnen am Gründungskongreß der FZLN teilnehmen. Die Termine waren- wie so oft - gezielt ausgewählt: ist doch der September der Monat des Vaterlandes und der 16.9. der mexikanische Unabhängigkeitstag. Außerdem wurde der Marsch ermöglicht durch den Wahlsieg der revolutionären demokratischen Partei (PRD) im Stadtgebiet von Mexico-Stadt am 6.7.1997.
Die Ankündigung des Marsches rief grosses Aufsehen hervor, bedeutete es doch, das die Abschottungs- und Isolierungspolitik der Regierung nicht aufgeht und die EzZLN erneut den militärischen Absperring durchbrechen wollte.. Die Regierung behauptete dann auch gleich, das die EZLN sich mit der Gründung der FZLN in eine politische Kraft verwandeln und die Waffen niederlegen würde. Dazu sagt Subcommandante Marcos, das die Zeit, die Waffen niederzulegen ist solange nicht gekommen ist, , wie die Regierung die Forderungen der Indigénas nicht erfüllt. Genauso lange ist es für die EZLN unmöglich,Teil der FZLN zu sein, die ja dem zivilen und friedlichem Kampf verpflichtet ist.

Der Marsch der ZapatistInnen

Nachdem klar war, das keine bewaffneten Kräfte, (was die Regierung doch sehr beunruhigt hätte) sondern Teile der zivilen Unterstützungsbasen am Marsch teilnehmen werden, sammelten sich am Abend des 8.9. 15000 Indigénas (eine bisher nicht dagewesene Zahl) in San Cristóbal de las Casas (CHIAPAS), um die Karawane zu verabschieden. Der Konvoi aus ca. 40 Fahrzeugen fuhr zunächst weiter in den Süden nach Juchitán, dann nach Oaxaca. Von dort aus fuhr über Puebla nach Tepotzlán im Bundesstaat Morelos. In Juchitán, Oaxaca und Tepotzlán fanden jeweils Veranstaltungen mit Vertreter/Innen verschiedenster indigener Gruppen statt. Obwohl die Kundgebungen z.T. um 3 Uhr morgens stattfanden, standen immer tausende von Menschen bereit, die Zapatistas zu empfangen.Von Tepotzlán aus folgte die Karawane (die auf 159 Fahrzeuge angewachsen war) bis nach Mexico-Stadt der Route, die Emiliano Zapata 1914 genommen hatte.

In Xochimilco, einem Stadtteil von Mexico-Stadt, fand die erste Kundgebung der Zapatistas statt. Allerdings verließen hier nur die Anführer/Innen die Busse, um ein Comunicado zu verlesen. Anschließend ging es zum Paseo de la reforma, der Hauptverkehrsader durch Mexico-Stadt. Dort begann eine Demonstration, die bis zum Regierungspalast am Zocálo führte, dem größten öffentlichen Platz in Mexico-Stadt.
Diese Demonstration war der phänomenale Abschluß eines Triumphzuges für die Sache der Zapatistas und widerlegte alle Unkenrufe, das die Unterstützungsbewegung am Abflachen sei. Hatten in den letzten Tagen während des Marsches schon Tausende von Menschen ihre Sympathie mit dem Kampf der Indigénas durch Spaliere in den Strassen mit Transparenten, Musikapellen und Durchhalteparolen ausgedrückt, so war die Ankunft in Mexico-Stadt schier unglaublich. Tausende von Menschen fuhren der Karawane entgegen und brachten riesige Mengen an Lebensmittelön mit. Im Stadtgebiet waren die Strassen voll mit Leuten, die einen Blick auf die Zapatistas erhaschen wollten und ihre Unterstützung aussprachen. An der Demonstration beteiligten sich mehrere hunderttausend Menschen und weitere Tausende säumten die Strasse. Bei der Abschlußkundgebung war der Zocalo voll (und er soll 1,5 Millionen Menschen fassen).was die wenigsten Veranstaltungen schaffen. Die Begeisterung der Massen schliug hohe Wellen und die „Ihr seid nicht allein „-Rufe wollten nicht aufhören. Die Zapatistas verlangten von Präsident Zedillo die Erfüllung der Verträge über indigene Rechte und Kultur, die im Frühjahr 1996 in San Andrés unterschrieben, aber bisher nicht eingehalten wurden. In einem Comunicado des geheimen indigenen Komitees der EZLN hieß es" Wenn er (Zedillo) die Verträge nicht erfüllt, dann sagen wir ihm. das er das dem Volk von Mexico klar sagen soll" und „wenn er den Krieg will, bitteschön, vorwärts....weil wir eine sehr mächtige Waffe haben, die die Regierung nicht hat. Diese Waffe heißt Würde." Desweiteren verlangten sie den Abzug der Soldaten aus Chiapas. (Es ist übrigens nicht wahr, was z.T. auch in linken Zeitungen zu lesen ist, das Teile des Militärs abgezogen werden. Die Truppen werden nur verschoben und z.T. werden neue Militärcamps z. B: im Süden von Chiapas eingerichtet.)
Am nächsten Tag nahm die Delegation an der Eröffnung des FZLN- Kongresses teil und verlasen eine Grußbotschaft des geheimen indigenen Kommitees. Der 14 September stand ganz im Zeichen des nationalen indigenen Kongresses, der sich das 2. Mal zusammengefunden hatten und an dem die Zapatistas teilnahmen.
Waren bis dahin alle Veranstaltungen sehr von militärischer Disziplin geprägt, so änderte sich das am 15.9. völlig. Da hatten die Zapatistas zu einem Treffen mit der Zivilgesellschaft auf dem Gelände der Universität eingeladen. Hier gab es dann die Möglichkeit, direkt mit ihnen zu reden. Viele nutzten das , es wurden Picknicks abgehalten und in 2-er,3-er oder auch Gruppengesprächen haben die Indigénas von ihrem Kampf und ihrem Leben erzählt. Leider war es oft schwierig,mit den Frauen zu reden, da sie oft kein Spanisch können und ein männlicher Übersetzer nötig war. Die ganze Atmosphäre auf dem Campus war ruhig und entspannt und hat vielleicht dazu beigetragen, Berührungsängste- auf beiden Seiten - zu überwinden. Der spontanste Kontakt kam wohl durch ein Fußballspiel zustande, an dem sich zum Schluß 100 Menschen beteiligten und das die Zapatistas mit 12:2.gewonnen haben. Bitter war es nur, in den Gesprächen feststellen zu müssen, das die einzelnen Leute keine Ahnung davon hatten, was sie am nächsten Tag machen. Das erfuhren sie immer erst am Morgen bei der Abfahrt . Wo bleibt da die vielgepriesene Basisdemokratie?
Nach der wieder sehr militärischen Abschlußveranstaltung des FZLN-Kongresses gab es noch eine Fiesta. Hier war es wieder total nett zusehen, wie die älteren

Mexiko

Nicht-Indigénas sich die Zapatistas schnappten und sich mit ihnen zu den Klängen der Marimba drehten.
Es war überhaupt sehr spannend, in diesen Tagen die Zapatistas zu beobachten, wie sie mehr und mehr ihre Zurückhaltung verloren. Für sie war das alles ja noch viel aufregender bzw. beängstigender als für alle anderen. Das einzige was sie wußten, war schließlich, das es in die große Stadt geht. Viele waren vorher noch nie in einem Städtchen gewesen. Insbesondere die Frauen kommen oft nicht über die Grenźen ihres Dorfes hinaus. Aber selbst die „Alten" haben sich z.T. barfuß auf den Weg gemacht. Sie hatten Angst, das sie vielleicht umgebracht werden und überhaupt keine Ahnung, was auf sie zukommt. Nach dem herzlichen Empfang wurden sie zusehends und die Gesichter strahlten, was natürlci nur an den Augen abzulesen war, da sie alle vermummt waren.
Am nächsten Tag wurde die Delegation öffentlich verabschiedet, Tausende von Händen geschüttelt mit der Aufforderung, bald wiederzukommen. Auch als die Busse längst abgefahren waren, standen die Menschen noch an der Strasse und riefen den Zapatistas hinterher, das sie nicht allein sind.
Zurück bleiben Freude, Trauer und Skepsis. Freude über den Empfang, der Menschen bereitet wurde, die keine Ahnung von dem Echo hatten, das ihr Aufstand hervorgerufen hat und das sie sicherlich gestärkt hat. Trauer darüber, das sie jetzt wieder in ihre beschissenen Lebensbedingungen zurückmüssen. Skepsis darüber ob die „Zivilgesellschaft", die zum x-ten Male von der EZLN dazu aufgefordert wurde, sich zu organisieren, es schafft, die Energie und Kraft zu behalten, die sie in diesen Tagen gezeigt hat. Skepsis darüber, ob die neu gegründete Frente der Aufgabe, die sie sich gestellt, gewachsen ist. Bereits während der Gründung wurde sehr kontrovers über die Frage der Machtübernahme diskutiert und darüber, ob sympathiesierende Mitglieder der PRD in der FZLN mitarbeiten dürfen. Das erinnert stark an den demokratischen Nationalkonvent, an dem 6000 Delegierte begeistert teilgenommen haben und der sich ziemlich rasch über ähnliche Fragen völlig zerstritten hat. Es bleibt abzuwarten, wohin sich die FZLN entwickelt.
Zum Schluß noch ein paar Worte zum Kongreß:
Es haben ca. 3000 Personen teilgenommen, darunter mehrere BeobachterInnen aus dem Ausland. Die Organisation war ziemlich chaotisch, so war z.B. der Saal für die Eröffnungsveranstaltung viel zu klein und eine Menge Leute mußte draußen bleiben. Das Wort `Akkreditierung` ist für viele, die mit Chiapas zu tun haben mittlerweile zu einem Reizwort geworden und bei diesem Kongreß wurde das nicht besser. Die Arbeitsgruppenverteilung kam auch ziemlich schleppend zustande. Es gab 15 Arbeitsgruppen, die alle 11/2 Tage dieselben Themen über Aufbau, Organisation und Struktur diskutierten und eben auch über obg. Fragen. Sie einigten sich darauf, das ein Kampf für die Macht nicht in Frage kommt und das PRD- Mitglieder als Privatpersonen mitarbeiten, aber ihre Parteipolitik nicht vertreten dürfen Im Abschlußplenum wurde eine Verbindungskommission für alle Bundesstaaten gewählt und als eine der ersten Aufgaben eine Kampagne zur Entmilitarisierung in Chiapas beschlossen.

Spanien

Sasé - Räumung eines besetzten Dorfes in den spanischen Pyrenäen - am 23/24. Oktober ´97

Im Januar '96 besetzte die „asociación colores" (eine anfangs 50-köpfige Gruppe mit 8 Kindern , bemüht um eine Lebensweise im Einklang mit der Natur, bereit das dem Verfall ausgesetzte Dorf auf ursprüngliche Art zu restaurieren) das in der Provinz Huesca befindliche Bergdorf. Eigentümer ist der spanische Staat, dessen Länderregierung D.G.A. (diputación general de aragon) anfangs mit den Bewohnern verhandelte. Im Sommer '96 verließ „colores" Sasé nach der Zusage ein entsprechendes Ersatzobjekt auswählen zu können. Dies blieb ein Versprechen der Regierung, worauf das Dorf nach dreimonatigem Ausharren in fatalen Zuständen (Leben mit Kindern in Plastikzelten, fehlendes Trinkwasser...) wiederbewohnt wurde. Der von der Regierung angestrengte Prozeß fiel gegen die Bewohner aus - Räumung!
Die für August '97 angesetzte Räumung konnte zunächst aufgrund zahlreicher Soli-Besuche verhindert werden, jetzt im Oktober waren es jedoch wieder nur die üblichen 30 Bewohner,die den ca. 50 Beamten der „Guardia Civil" widerstehen konnten. Am 23. Okt. 97 wurden wir erstmals geräumt und die Wohnhäuser zugemauert. Die in die Berge geflüchteten Bewohner öffneten dann nachts erneut die Häuser. Am 24. Oktober waren dann inclusive des Solikommandos ca. 60 Personen im Dorf. Ein Einsatzkommando der Guardia Civil stürmte und besetzte mit rund 100 "Beamten" in gewohnter Manier das Dorf, wobei es zu 55 Festnahmen kam. Die Gefangenen wurden physisch und psychisch malträtiert (Einsatz von Gummigeschossen, Schläge, Tonfas...) wobei es zu aussergewöhnlichen Excessen kam. Zweiunddreissig Prozesse, zumeist wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt begründet, wurden angestrengt. Zwei Bewohner sitzen immer noch im Knast. Seit inzwischen zwölf Tagen sitzen nun fünfzehn Leute in Boltaña im zuständigen Dorf vor dem Gericht und befinden sich im Hungerstreik.

Die Ziele im einzelnen:
- **Freilassung der Gefangenen**
- **Wiederaufnahme des Prozesses**
- **Rückkehr der Familien ins Dorf**

Wir fordern die spanische Regierung auf, den Erhalt der leerstehenden Dörfer zu fördern und nicht darauf zu harren das die teils fünfhundert Jahre alten Gebäude von selbst zusammenbrechen. In diesem Fall handelt es sich um europäisches Kulturgut und um geschichtsträchtige Kleinodien von Architekturkunst. Theoretisch wäre sogar die Unesco angehalten das Ganze zum Welterbe zu erklären.

Soli-Konto : caja postal c/c 29/96.579.419

Adressen der Gefangenen:

Victoria Maldonado Valdivieso (Luna)
Cárcel de Torrero
av. de America 80
Zaragoza

Juan Carlos Garcia Sáez
centro penitenciario de Huesca
av. Ramon y Cajal s/n
22006 Huesca

Kontaktadresse :

El Lokal
c/ de la cora 1 bis
08001 Barcelona
tel. 34 - 3 - 44 22 101
34 - 3 - 32 90 643
fax 34 - 3 - 32 90 858
e-mail ellokal @ pangea.org

Am 11. 7. 1972

Termine und Termiten

Freitag, 28.November, 19.30 Uhr
Humboldt-Uni, Hauptgebäude, Hörsaal 3038

Der lange Abschied von Atatürk.
Autoritärer Staat, Demokratie und politischer Islam in der Türkei.
Buchvorstellung und Diskussion mit taz-Korrespondent Ömer Erzeren

Veranstalter: ID Verlag, RefRat-HUB

Cuba - La revolución en el año 1997

Buchvorstellung, Info- und Diskussionsveranstaltung mit E.F. Fürntrapp-Kloep, Herausgeber und Mitautor des Buches *KUBA - Ein >Yankee< berichtet.*

10.11.97 um 19.30 Uhr im Mehringhof,
Großer Versammlungsraum, Gneisenaustr. 2a, Aufgang III, 2. OG. li.

Arbeitsbrigaden nach Cuba

3 Wochen Arbeit auf Heilkräuterfeldern, im Umweltschutz und in einer Fabrik für grüne Medizin sowie Gespräche und Besichtigungen. Termine:
1.3. - 22.3.98
22.3. - 12.4.98

Alle Kosten mussen selbst getragen werden. Weitere Infos bei: FG Berlin-Kuba, Grimmstr. 6, 10967 Berlin, Tel. 030/6912025 (Di. 19-21h, sonst AB)

Cuba no está sola

NOVEMBE[R]
★ STRESSFAKTOR

Di 11.
- ★ Dokumentarfilmabend im El Locco: **Rot liegt in der Luft**, 1977, 180 min., 20°°

Mi 12.
- ★ Film im El Locco: **Wir wollen auch leben**, BRD 1978, 72 min., über Arbeitslosigkeit und Kriminalität ausländischer Jugendlicher in Berlin, 20°°
- ★ 1991 wird der 19jährige **Mete Eksi** am Adenauerplatz erschlagen

Do 13.
- ★ Kino in der Köpi: **Dosen +Doofen** (Doku über Sprayer-Kids) und **Beat Street**, 21°° und gratis!
- ★ Video im El Locco: **Andrej Rubljow**, historischer Spielfilm, 185 min., 20°°
- ★ Film im A-Laden über **Medienkritik (1)** (Noam Chomsky), 19.30 Uhr, +Vokü
- ★ Film im M99: **Hotel Terminus** (Teil 2) 140 min., siehe 9.11.

Fr 14.
- ★ Vor 7 Jahren wurden 11 besetzte Häuser in der **Mainzer Straße** nach 2 Tagen Straßenschlacht geräumt
- ★ **Winterreise**, kritisch-poetische Lieder, Stadtleben, mit Gitarre und Mandoline, im El Locco, 20°°
- ★ **Uwe Schenk** (B) und **Babaloo** (Brasil.), Gitarrenimprovisationen, 21°°, Lychi 60
- ★ Konzert in der Köpi: **Police Bastard** (HC Punx aus GB) und **P.A.I.N.** (Reggae Punk aus GB), 22°°
- ★ **Bud's Balooxe** und **Special Guests** (Ska) im Supamolli, 21°°
- ★ **Bingo spielen**, ab 18°° im Café in der Samariter 32
- ★ **Glut und Asche**, Reflexionen zur Politik der autonomen Bewegung mit „Geronimo", Buchladen *Schwarze Risse*, 20°°

Sa 15.
- ★ Kino im Größenwahn: **Clerks – Die Ladenhüter**, (USA 1994); Komödie um einen Supermarktangestellten, der in groteske Verwicklungen mit Kunden und Bekannten verstrickt wird, 17°°
- ★ **Duplikat-Party** im Supamolli, 21°°
- ★ **Sabotabby** (Wobbly-Folk aus Ottawa), das Haus, Alt-Kaulsdorf 43, Hellersdorf, 21°°

So 16.
- ★ Filme im M99: **Die Maus, die brüllte** (Satire) 70 min., 20 Bogenschützen eines Herzogtums erklären den USA den Krieg; **Politik und Polemik**, 60 min., BRD-Werbewahlspots der letzten 50 J.
- ★ **Zur Kurdistan-Solidarität**, deutsche Waffen nach Kurdistan – deutsche Linke nach Chiapas? (ReferentInnen: Teile der Newroz-Demo-Vorbereitung), Größenwahn, 19°°
- „Volkstrauertag": Nazis, Bundeswehr und andere legen - z.T. gemeinsam – Kränze nieder. Soldaten sind Mörder!

Mi 19.
- ★ Film im A-Laden über **Medienkritik (2)**, 19.30 Uhr, +Vokü

Do 20.
- ★ Kino in der Köpi: **Die Rebellion der Gehenkten** (nach B. Traven), 21°° und gratis!
- ★ Video im El Locco: **Der Stalker**, UdSSR 1980, 163 min., 20°°
- ★ Musik in der Lychi 60: **Guapo** (Noise-Brett), der Beschreibung nach so etwa zwischen *Tortoise* und *Shellac*, 21°°
- ★ Veranstaltungsreihe zu Wissenschaft und Politik: **Der deutsche Herbst 1977**, (Dieter Hummel, Rechtsanwalt; Joachim Rohloff, konkret-Autor), Freie Uni, Rost- und Silberlaube, Hörsaal 2, 18°°
- ★ Europaweite **Demo** in Luxemburg aus Anlaß des Europäischen Beschäftigungsgipfels

Veranstaltungen in der Umwelt-Bibliothek

Mittwoch 05.11.1997 "Deutschland im Herbst"
Episodenfilm von elf Regiesseuren wie Fassbinder, Kluge, Reitz und Schlöndorff (Videogroßbildprojektion)

Mittwoch 12.11.1997 Gewerkschaften und Gewerkschaftler in der Wende
Eine Veranstaltung der Gruppe "Vereinigte Linke Berlin"

Mittwoch 19.11.1997 Unterwegs - der Tanz um das goldene Kalb; linker Widerstand als mediale Welt, Dokumentarfilm, CH, 1987 (Videogroßbildprojektion)

Mittwoch 26.11.1997 The couse of Irland
Dokumentarfilm von Chris Reeves, GB, 1983 (Videogroßbildprojektion)
Augenzeugen berichten über Ursachen und Auswirkungen des nordirischen Konflikts zwischen 1969 und 1983.
Zu dieser Veranstaltung ist in der UB eine kleine Ausstellung zum Thema Nordirland zu sehen.

Mittwoch 10.12.1997 Mütter und Söhne
Spielfilm (Videogroßbildprojektion)
Die Geschichte zweier nordirischer Mütter, die um das Leben ihrer Söhne kämpfen. Die Söhne, beide IRA-Aktivisten, beteiligen sich im Gefängnis an einem Hungerstreik für bessere Haftbedingungen.
Zu dieser Veranstaltung ist in der UB eine kleine Ausstellung zum Thema Nordirland zu sehen.

Alle Veranstaltungen beginnen 20.30 Uhr, Eintritt frei

Veranstaltungsort:
Umwelt-Bibliothek Berlin,
Schliemannstr. 22, Berlin-Prenzlauer Berg

Öffnungszeiten der Umwelt-Bibliothek Berlin

Archiv: Di ab 20 Uhr, Mi und Do 13-16 Uhr
Infocafe: Mo, Di, Mi ab 20 Uhr, Fr (Frauencafe) ab 20 Uhr, Sa (Fruhstuck) ab 12 Uhr
Beratungen: KdV-Beratung Mo 18-20 Uhr, Anti-Sekten-Beratung Do ab 21 Uhr

Geronimo liest am Freitag, 21.11.97 um 20.00 Uhr im EX (Mehringhof, Gneisenaustr. 2a) aus seinem neuen Buch **„Glut & Asche"**

Film + Vokü in der Lunte :
Do 14.11 "Europa" von Lars von Trier
Seine Mutter war Jüdin,sein Vater im Widerstand.Kein Wunder also,daß Deutschland für von Trier ein faszinierendes Thema hergibt ...... (1991)
Do 21.11 "El Mariachi" von Rodriguez
Fantastischer Mix aus Action-,Gangsterfilm und Western. (Mexico 1992)
jeweils 21 Uhr in der Weisestr.53/Neukölln (U8 Boddinstr.)

TRAUTES HEIM – GLÜCK ALLEIN?

SPONSERED BY

ZUM VERZEHR BESTIMMT
SAPPHOECHT
FLIRT
NATURREIN
FILTER
Lesbische Liebe fördert das Wohlbefinden

YORCKSTR. 59
hinterhof zweite etage

Samstag
15.11.
21 Uhr

FRAUEN LESBEN PARTY

Soliparty für das »Sorglos«-Konto